



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Zwischen alten Normen und neuen Anforderungen

Eine kritische Analyse des Diskurses um die Frauenquote

verfasst von

Sonja Leithner

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 298

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Psychologie

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Slunecko

Danksagungen

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Menschen bedanken, die mich während meines Studiums und beim Verfassen dieser Diplomarbeit unterstützt haben.

Besonderer Dank gilt dabei meinem Diplomarbeitsbetreuer Thomas Slunecko, der mich von Beginn bis Ende dieser Arbeit mit wichtigen Anmerkungen unterstützt hat und der mir mit seiner über die Mainstream-Psychologie hinausgehenden Lehre einen Raum eröffnet hat, der meine vorliegende Arbeit überhaupt erst möglich gemacht hat.

Auch Lisa Wanner hat durch ihr umfangreiches Feedback zum empirischen Teil dieser Arbeit einen erheblichen Beitrag zum Fortschreiten meiner Diplomarbeit geleistet. Großer Dank gilt auch ihr.

Bei Inez Klemenjak möchte ich mich vor allem für ihre Hilfestellungen im ersten Entstehungsprozess dieser Arbeit, den Zuspruch und die beruhigenden Worte sowie das Korrekturlesen eines Teils dieser Arbeit bedanken.

Christina Rauchwarter gilt mein Dank für die dazwischengeschobenen Treffen, durch die ich etwas Abstand zum Stress der Diplomarbeit gewinnen konnte und auch das offene Ohr während der zahlreichen und stundenlangen Telefonate, nicht nur seit Beginn meines Schreibprozesses, sondern das ganze Studium hindurch und darüber hinaus.

Dank gilt auch Markus Pindeus für seine emotionale und finanzielle Unterstützung während der ersten Jahre meines Studiums. Ohne diese hätte ich wahrscheinlich gar nie begonnen zu studieren.

Meinen Eltern Walter und Eva Leithner danke ich insbesondere dafür, dass sie stets für mich da sind, für das Vertrauen in meine Fähigkeiten und Kraft zur Bewältigung des Studiums sowie ihre finanzielle Unterstützung. Meiner Mutter gilt zudem großer Dank für das unermüdliche Korrekturlesen meiner Diplomarbeit.

Meinen Arbeitskolleg_innen und meinem Chef danke ich für den, trotz Arbeit, immer gemütlichen Raum, der mir Ablenkung geboten hat, aber meine Arbeit auch durch zahlreiche Gespräche, sowohl gesellschaftspolitischer als auch persönlicher Natur, bereichert hat – Servicebüro-Crew, ich schätze euch alle sehr.

Besonderer Dank gilt dabei meiner Arbeitskollegin, aber viel mehr als das Freundin, Anna Svec. Ich danke ihr besonders für ihr Verständnis in allen Lebenslagen, für ihre aufbauenden Worte, das manchmal so bitter nötige Zurechtrücken unserer Selbst- und Fremdwahrnehmungen und alles, was ich von und durch sie gelernt habe. Ich wäre heute nicht dieselbe ohne sie.

Und schließlich David Kumnig. Danke für die wertvolle Unterstützung meines Schreibprozesses durch Anmerkungen, Kritik und lange Gespräche. Danke fürs motivieren, trösten, einfach da sein, Unmut abfangen und herumblödeln, fürs voneinander lernen und zusammen lachen, fürs gemeinsam neue Wege suchen und finden, die zahlreichen „du schaffst das“ und den unermüdlichen Glauben an mich. Danke für all das und noch so viel mehr.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	7
2 Problemstellung und Erkenntnisinteresse	10
3 Fragestellungen	11
Theoretischer Zugang	12
4 Das „Geschlecht“ innerhalb der Verhältnisse	12
4.1 Das „Zwei-Geschlechter-Modell“ entsteht	12
<i>Exkurs: Geschlechtliche Arbeitsteilung</i>	13
4.2 <i>Sex</i> und <i>gender</i> – eine (un)mögliche Unterscheidung.....	15
4.3 Soziale (Re-)Produktion von „Geschlecht“	16
5 Das Subjekt im Neoliberalismus	18
5.1 Neoliberalismus.....	18
5.2 Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität.....	19
5.2.1 Die Regierung im Liberalismus.....	22
5.2.2 Neoliberale Gouvernementalität.....	24
6 Vom Individuum zum Subjekt	25
6.1 Subjekt, Macht und Subjektivierung.....	25
6.2 Neoliberale Subjektivierung.....	27
6.2.1 Das unternehmerische Selbst.....	28
6.3 Geschlechtliche Subjektivierung.....	30
6.3.1 Unternehmerin ihrer selbst	31
Methodischer Zugang	35
7 Grundlagen der Methode	35
7.1 Diskurs, Diskurstheorie und Diskursanalyse	35
8 Angewendete Methoden	37
8.1 Kritische Diskursanalyse.....	38
8.2 Wiener kritische diskursanalytische Schule.....	40
8.3 Feministische Kritische Diskursanalyse	41
Empirischer Zugang	47
9 Materialauswahl und -korpus	47
10 Strukturanalyse	49
10.1 Diskursposition der Zeitschriften	50
10.1.1 Focus.....	50
10.1.2 Der Spiegel	51
10.2 Strukturanalytische Aspekte des Materialkorpus.....	52

11 Feinanalyse	56
11.1 Veröffentlichungskontext	56
11.2 Sprachlich-inhaltliche Feinanalyse	57
11.3 Fazit.....	103
Literaturverzeichnis	108
Anhang	118

Der Neoliberalismus rühmt »Karrierefrauen« und verunglimpft arme Frauen, farbige Frauen, Sexarbeiterinnen und alleinstehende Mütter als Schmarotzer, Schlampen und Schwindler. Die »Karrierefrau« ist die neoliberale Heldin: Sie feiert marktkonform ihre Triumpfe, ohne Hierarchien anzutasten.

Die »Karrierefrau« ist allerorten das neue Idealbild für junge Mädchen: Sie ist der wandelnde Vorzeigelebenslauf, sie wertet mit Make-up und Schönheitsoperationen ihr »erotisches Kapital« auf, um damit ihr Einkommen oder das ihres Chefs zu maximieren. Sie ist immer schön, ausnahmslos weiß und fast völlig fiktional. Dennoch hat ihre Freiheit Vorfahrt, denn rund um den Erdball kürzen die Staaten Leistungen und Hilfen für arme Frauen und setzen alles daran, »mehr Frauen in die Vorstände« zu bekommen. Der Neoliberalismus kolonisiert unsere Träume. Er frisst unsere Freiheitsideale und spuckt sie als Strategien der Sozialkontrolle wieder aus.

Laurie Penny (2015, S. 11)

1 Einleitung

Der Neoliberalismus, als aktuell dominierendes Wirtschaftsmodell, führte zur Ausdehnung „des Markt-Prinzips in neue Sphären“ und wurde „zum gesellschaftsstrukturierenden Prinzip“ (Haidinger & Knittler, 2014, S. 69). Gefordert ist nun ein neuer Mensch: „flexibel und individualisiert, kommunikativ und international, genoptimiert und zukunftsgläubig, unternehmerisch und konkurrenzorientiert, aktiv und maximierend. Nichts bestimmt ihn mehr als der ökonomische Erfolg“ (Michalitsch, 2006a, S. 14). Um diesen zu erreichen heißt es, sich flexibel an unternehmerischen Standards zu orientieren und sich gemäß diesen Anforderungen zu optimieren. Nicht nur im Bereich der Geschäftswelt, sondern in jeglichen Bereichen des Lebens soll dem Leitbild eines aktiven und eigenverantwortlichen „unternehmerischen Selbst[s]“ (Bröckling, 2013, S. 65) gefolgt werden. Ein beständiger Konkurrenzkampf zwingt dabei die Einzelnen, sich von anderen abzuheben und wie ein Produkt zu vermarkten (ebd., S. 67).

Die Leitfigur des „unternehmerischen Selbst“ ist dabei nur auf den ersten Blick ohne „Geschlecht“, denn die mit ihr in Verbindung gebrachten Eigenschaften wie etwa „aktiv“ und „unabhängig“, sind in der westlichen Gesellschaft vorwiegend männlich konnotiert (Pühl & Schultz, 2001, S. 104). Seine vermeintlich geschlechtslose Konstruktion steht daher im Widerspruch zur Subjektkonstitution in realen Gegebenheiten, in denen „Geschlecht“ eine nicht ausblendbare Rolle spielt (Ludwig, 2011, S. 169 ff.).

Selbst wenn der Prozess neoliberaler Transformation zuweilen widersprüchlich verläuft und in gewissen Bereichen zur Egalisierung der Geschlechter beitragen kann, beruht er doch auf einem spezifischen Geschlechterverhältnis und reproduziert dieses zugleich. So zeigt beispielsweise Tove Soiland (2009) auf, wie neoliberale Denkweisen in verschiedensten Maßnahmen der Gleichstellungspolitik sichtbar werden „indem . . . strukturelle Phänomene so [ge]rahmt [werden], dass sie als individuell handhabbare erscheinen“ (S. 40). Der Appell einer Verhaltensänderung – meist in Richtung „männlich“ codierter Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen – richtet sich vorwiegend an Frauen. Vorherrschende androzentristische Strukturen werden somit nicht grundlegend hinterfragt, sondern Frauen aufgefordert, sich diesen besser anzupassen (ebd., S. 44).

Ähnliches passiert, wenn bestehende Geschlechterdifferenzen – im Sinne neoliberaler Verwertungslogik – nach ihrem eventuellen ökonomischen Nutzen durchforstet werden. Geschlecht wird in diesem Prozess zu einer Humanressource bzw. zu Humankapital (Meuser, 2009). Es stehen hier allerdings meist „weibliche“ Ressourcen im

Vordergrund, womit „Geschlecht“ als eine Ressource konstruiert wird, die vorwiegend Frauen „besitzen“ und die es effizienter zu nutzen gilt (S. 99). In dieser Aufwertung von „Geschlecht“ „als Humanressource [scheint sich] ein Grundmotiv der hierarchisch strukturierten Geschlechterdifferenz zu wiederholen. . . . Die Konnotation von Geschlecht und Humankapital [erfolgt] allein mit Bezug auf Frauen . . . von einem männlichen Humankapital [ist] nicht die Rede“ (S. 100). Die Auflösung von traditionellen Geschlechterarrangements durch politische Maßnahmen führt somit vielfach nur zu neuen, auf Unterschieden basierenden, Konstruktionen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ (Soiland, 2009, S. 46).

Auf Basis dieser Überlegungen geht es in der vorliegenden Arbeit darum, welche Subjektivierungsformen sich im Spannungsverhältnis zwischen – an alle als vermeintlich geschlechtlose unternehmerische Personen gerichteten – neoliberalen Anrufungen und gegebenen Geschlechterarrangements herausbilden.

Dazu wird, nach genauer Präzisierung der Problemstellung und des Erkenntnisinteresses der Arbeit (Kapitel 2) sowie den daraus abgeleiteten Fragestellungen (Kapitel 3), zunächst das Thema „Geschlechterkonstruktionen“ näher ins Blickfeld gerückt (Kapitel 4). Es soll gezeigt werden, dass das heute vorherrschende Verständnis von „Geschlecht“ als Kategorie und die daraus resultierenden Geschlechterverhältnisse keineswegs losgelöst vom historischen und gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden können und daher auch unsere Selbstverhältnisse maßgeblich beeinflussen.

Darauf folgen kurze historische Eckdaten zum politischen Projekt Neoliberalismus und ein Abriss seiner für diese Arbeit relevanten Charakteristika (Kapitel 5). Es werden vor allem jene Aspekte berücksichtigt, welche in erheblichem Maße an der Bildung neoliberaler Subjektivierungsformen beteiligt sind. Das im Anschluss näher beleuchtete Konzept der Gouvernamentalität des französischen Philosophen Michel Foucault liefert den Grundstein um zu erfassen, wie Subjekte im Neoliberalismus mittels dieser politischen Rationalitäten regiert werden und sich entsprechend auch selbst regieren.

Daran anschließend wird auf den Prozess der Subjektivierung eingegangen, um zu beleuchten, auf welche spezifischen Arten und Weisen, innerhalb der vorherrschenden neoliberalen Gouvernamentalität, die Individuen als Unternehmer_innen angerufen werden (Kapitel 6). So kann gezeigt werden, wie es dem Neoliberalismus als politischem Projekt gelingt, soziale Realitäten und somit auch neue Subjektivierungsformen herzustellen. Ein besonderer Fokus innerhalb dieses Kapitels wird dabei auf vergeschlechtlichter Subjektconstitution liegen.

Der zweite Teil (Kapitel 7 und 8) dieser Arbeit erläutert das methodische Vorgehen. Dazu werden zunächst die allgemeinen Grundannahmen und Begrifflichkeiten der Diskursanalyse näher ausgeführt (Kapitel 7), um daran anschließend die angewandten Ansätze und die ihnen zugrundeliegenden Annahmen und analytischen Vorgehensweisen zu präzisieren (Kapitel 8).

Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit (Kapitel 9, 10 und 11) liegt der Fokus zunächst auf der Materialauswahl sowie der Erstellung des Materialkorpus (Kapitel 9), bevor im Zuge der Strukturanalyse (Kapitel 10) – durch die Herausarbeitung besonders dominanter Themen und anderer Auffälligkeiten – ein Überblick über die Struktur dieses Korpus geschaffen wird.

Im Anschluss daran wird ein ausgewähltes Diskursfragment einer Feinanalyse unterzogen, welche sich vor allem der Untersuchung sprachlich-rhetorischer und inhaltlicher Aspekte und deren Interpretation widmet (Kapitel 11).

In einem abschließenden Résumé werden die Ergebnisse der Untersuchung – mit Rückbezug auf die Fragestellung – zusammenfassend dargestellt sowie auf offene Fragen und Anknüpfungspunkte weiterführender Forschung hingewiesen.

2 Problemstellung und Erkenntnisinteresse

Denn die meisten Frauen sehen Chancen anders als Männer und warten oft zu lange. Frauen müssen lernen, Möglichkeiten nicht nur zu sehen, sondern auch für sich zu nutzen! Solche konkreten Maßnahmen halte ich für den richtigen Weg, da brauchen wir keine starre Quote. Am Ende zählt die Leistung – übrigens für Männer und Frauen. (Liz Mohn, 2011)¹

Dieses irritierende Zitat findet sich in einem Artikel der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ zum Thema „Frauenquote“ und gibt die während eines Interviews getätigten Aussagen von Liz Mohn, der Leiterin des Medienhauses Bertelsmann, wieder. Wenn hier scheinbar propagiert wird, dass Frauenquoten zu vernachlässigen sind, da es nur auf die persönliche Leistung ankomme, werden einerseits alle anderen Faktoren, die Frauen eventuell davon abhalten, beruflich aufzusteigen, ausgeblendet und andererseits wird die Problematik in die Eigenverantwortung der Einzelnen gelegt. Ausbleibender Erfolg von Frauen wird also allein auf deren mangelhafte Leistung reduziert. Dies ist laut Bröckling, Krasmann und Lemke (2012, S. 29 f.) ein Charakteristikum neoliberaler Denkweisen, innerhalb derer gesellschaftliche Machtverhältnisse ausgeblendet und die Freiheit der einzelnen Bürger_innen hoch gehalten wird. Vor allem große und bedeutende Unternehmen und Institutionen tragen über Medien wie Internet, Fernsehen und Zeitungen zur Verbreitung dieses Denkens bei. Damit haben sie einen großen Einfluss auf die Diskurse innerhalb der Gesellschaft (S. Jäger, 2012, S. 52). Ziel ist es, dadurch die Subjekte in leistungsstarke, effiziente „unternehmerische Selbst[s]“ (Bröckling, 2013) zu verwandeln, um sie so, im Sinne einer Humanressource, besser ökonomisieren zu können (ebd.; Meuser, 2009). Dabei konnten einige Autor_innen aufzeigen, dass dieses neoliberale, unternehmerische Selbst durch die ihm zugeschriebenen Eigenschaften als „männliches“ Subjekt konstruiert ist (Pühl & Schultz, 2001, S. 104).

Auch unsere Geschlechtszugehörigkeit muss, so Villa (2011, S. 97), erst hergestellt werden. Denn „Individuen [sind] nicht natürlicherweise ein Geschlecht, sondern müssen sich [durch ihr Verhalten, Denken, etc.] als einem Geschlecht angehörig ausweisen“ (ebd.) Das heißt wir schaffen unser Geschlecht selbst. Die Art dieses Schaffens steht uns jedoch nicht gänzlich frei, sondern ist durch die Geschlechterverhältnisse und -hierarchien geprägt, in denen wir aufwachsen und uns gegenwärtig befinden (ebd., S. 40 ff.). Diese Geschlechterarrangements werden ihrerseits wieder maßgeblich durch den neoliberalen

¹ <http://www.welt.de/wirtschaft/article12800567/Fuer-mich-sind-Frauen-keine-schuetzenswerten-Wesen.html>

Kapitalismus beeinflusst, welcher zutiefst in unser aller Leben eingreift (ebd., S. 42; Michalitsch, 2006a, S. 101 ff.). Wurden früher noch traditionelle Rollenbilder von den Medien propagiert wird gegenwärtig zunehmend Gleichstellung zum Thema gemacht, um im Sinne einer neoliberalen Verwertungslogik alle Bürger_innen gleichermaßen nutzbar zu machen (Meuser, 2009). Gleichstellungspolitische Maßnahmen beschränken sich aber vorwiegend auf den Arbeitsmarkt und lassen die Sphäre des Privaten außer Acht. So wird von allen die gleiche Leistung gefordert, trotzdem leisten Frauen nach wie vor den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit (Haidinger & Knittler, 2014, S. 133; Michalitsch, 2006a, S. 132 f.).

Mein Erkenntnisinteresse ist es ausgehend davon zu untersuchen, welche Formen der Subjektivierung sich im Spannungsfeld zwischen vorherrschenden Geschlechterhierarchien und neoliberalen Anrufungen an die Individuen herausbilden.

Daraus ergeben sich die im folgenden Kapitel dargelegten forschungsleitenden Fragestellungen.

3 Fragestellungen

In der vorliegenden Arbeit soll – ausgehend vom zuvor erläuterten Erkenntnisinteresse – untersucht werden, welche Subjektivierungsformen sich im medialen Diskurs um die gleichstellungspolitische Maßnahme der „Frauenquote“ identifizieren lassen.

Folgende Fragestellungen sollen mich während meiner Forschung leiten:

- Wie werden die Akteur_innen im „Frauenquoten-Diskurs“ charakterisiert?
- Welche Geschlechterstereotype und Geschlechterhierarchien finden sich in jenem Diskurs?
- Lassen sich neoliberale Regierungstechniken im untersuchten Diskurs finden?
- Welche Personen kommen im Diskurs um die „Frauenquote“ zu Wort?

Theoretischer Zugang

4 Das „Geschlecht“ innerhalb der Verhältnisse

Das „Geschlecht“ einer Person hat mitunter einen entscheidenden Einfluss auf ihren Werdegang. Kaum ein Aspekt ist im öffentlichen wie privaten Diskurs so präsent, wenn auch nicht immer direkt an der Oberfläche und auf den ersten Blick ersichtlich. Die Vorstellung zweier Geschlechter, Männer und Frauen, die einander von Natur aus, sowohl physisch wie auch psychologisch (ergänzend) entgegengesetzt sind, hält sich – als zentraler Grundpfeiler der Gesellschaft – bis heute hartnäckig.

Dabei hat der Begriff des „Geschlechts“ schon längst seine vermeintliche Eindeutigkeit eingebüßt, und die Vorstellung natürlicher Zweigeschlechtlichkeit steht genauso wie die Trennung von *sex* und *gender*, als biologisches und soziales Geschlecht im Kreuzfeuer der Kritik.

Im Folgenden wird nun ein Überblick über das Verständnis von „Geschlecht“, dessen sozialer Konstruiertheit und den daraus resultierenden Geschlechterverhältnissen geliefert, welches dieser Arbeit zugrunde liegt. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann aufgrund der breitgefächerten Debatten über das Dargelegte nicht beansprucht werden, wohl aber das nötige Wissen zum Verständnis des weiteren Verlaufs der Arbeit bereitgestellt werden.

4.1 Das „Zwei-Geschlechter-Modell“ entsteht

Das heute vorherrschende Verständnis von „Geschlecht“ als Kategorie, unter der *alle* Männer bzw. *alle* Frauen subsumiert werden, war von der Antike bis zur Neuzeit undenkbar. In dieser Zeit war die Abstammung in Europa von weitaus höherer Bedeutung, die Unterscheidung in Frauen und Männer dieser nachgereiht. Denn eine Königin hatte „eben *nicht* das gleiche Geschlecht“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 8) wie eine Bäuerin und auch die Arbeitsteilung wurde über den Status geregelt (ebd., S. 10). Obwohl durchaus ein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht wurde, war dieser doch im Kern kulturell und sozial bestimmt (Ruck, 2014, S. 126). Erst mit dem Aufstieg des Bürgertums, ab Mitte des 18. Jahrhunderts, verlor die Abstammung an Bedeutung und die Einteilung in Frauen und Männer bekam eine neue Akzentuierung (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 9). Die zuvor bezüglich der Anatomie dominierende Vorstellung eines „Ein-Geschlechter-

Modells“², wurde nun durch das heute noch vorherrschende „Zwei-Geschlechter-Modell“ und die damit einhergehende Idee biologisch eindeutig zu unterscheidender Geschlechterdifferenzen ersetzt (ebd., S. 195). Die Frau galt demnach „nicht mehr als >unvollständiger Mann<, sondern die >Geschlechter< wurden schon auf biologischer Ebene als einander komplementär betrachtet“ (Ruck, 2014, S. 126).

Durch die in der Zeit der Aufklärung propagierten Ideale Freiheit und Gleichheit „gewann die Naturalisierung von Ungleichheit eine zentrale Bedeutung, weil andere Legitimationen undenkbar geworden waren“ (ebd., S. 125). Real gegebene Ungleichheiten ließen sich vor dem Hintergrund dieser theoretischen Gleichheit der Geschlechter, nur durch vermeintlich natürliche, in der Biologie angesiedelte Ursachen begründen (ebd.). Den Nachweis „natürlicher“ Unterschiede von Frauen und Männern – welcher von Beginn an hierarchisch, zugunsten des Mannes, strukturiert war – lieferte vor allem die Medizin mit Hilfe anatomischer Untersuchungen. Der Mann wird im Zuge dessen zum „wahren Menschen“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 16), also zur Norm, von der die Frau abweicht (ebd., S. 16 f.).

Die Annahme von anatomischen Differenzen führte in Folge auch zu Erwartungen an das Verhalten von Frauen und Männern, die zu Aussagen über verschiedene Wesenszüge derselben führten (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 16). Dadurch konnte die vorherrschende Arbeitsteilung anhand von geschlechtlichen Zuschreibungen, sowie die damit einhergehende Verbannung von Frauen aus dem öffentlichen wie politischen Raum legitimiert werden (ebd., S. 17). Es sind also jene biologischen Theorien der Geschlechterdifferenz welche auch die Basis der „vergeschlechtliche[n] Arbeits- und Machtteilung in der europäischen Gesellschaft“ (Ruck, 2014, S. 126) bilden.

Exkurs: Geschlechtliche Arbeitsteilung

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts ergaben sich aufgrund des technischen Fortschritts wichtige Neuerungen in den Produktionsprozessen. In folgedessen entstanden neue Berufsfelder, welche nicht nur zu einem Anwachsen der Mittelschicht, sondern auch zu „einer zunehmenden Trennung der beruflichen Tätigkeiten von Männern und Frauen“ (Ruck, 2014, S. 127) führten. Die weitgehende Umstellung auf Massenproduktion führte

² Innerhalb dieses Modells wurden die weiblichen Genitalien „als nach innen gewendete Version der männlichen angesehen, darin waren sie den männlichen unterlegen, als solche aber ‚gleich‘. Frauen wurden damit als *graduell* unterschiedlich und nicht qualitativ different angesehen“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 195).

dazu, dass „sich die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und . . . die Ideale der Mittelschicht über diese hinaus auch in die unteren Schichten aus[breiten]“ (ebd., S. 127) konnten. Im Zuge dessen verschoben sich „die beruflichen Tätigkeiten von Frauen massiv . . . hin zu Arbeiten in Feldern, die dem >privaten< Bereich zugeordnet wurden“ (ebd.) und später „vor allem auf unbezahlte *Hausarbeit* enggeführt wurde[n]“ (ebd.).

Die männlichen Bürger gingen vermehrt Berufen nach für welche sie spezifische Ausbildungen qualifizierten.³ Die Arbeitsstelle befand sich, anders als beispielsweise auf Bauernhöfen, auf einer ausgelagerten Arbeitsstätte. Die räumliche Trennung des Privat- und Erwerbslebens führte zur Entwicklung zweier eigenständiger Sphären (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 11). Da Frauen der Zugang zur Erlangung notwendiger Berufsqualifikationen verwehrt blieb, folgte daraus „die *alleinige* Berufstätigkeit des (Ehe)Mannes“ (ebd.).⁴

Auch wenn heute aufgrund von Verschiebungen der Rollenbilder und ökonomischer Notwendigkeiten durch sinkende Löhne die Frauenerwerbstätigkeit gestiegen ist, bleibt die mehrheitliche Auslagerung der Reproduktionsarbeit in private Haushalte bestehen (Ruck, 2014, S. 207; Soiland, 2004, S. 19). Die neoliberale Privatisierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen verlagerte mehr und mehr Tätigkeiten ins Private, wo diese Arbeiten vorwiegend von Frauen übernommen werden (Ruck, 2014, S. 207). „Die daraus resultierende Doppelbelastung von Frauen ist nicht nur eine Begleiterscheinung neoliberaler Privatisierungsprozesse, sondern ihr Funktionsprinzip“ (ebd.). Ohne diese schlecht oder unbezahlte Arbeit von Frauen könnte die neoliberale Sparpolitik gar nicht verfolgt werden (ebd.; vgl. auch Soiland, 2004, S. 20). Es sind also insbesondere „Frauen, die stillschweigend durch den Sozialabbau und die dadurch anfallenden Mehrarbeiten adressiert werden“ (Ruck, 2014, S. 208).⁵

³ Soziale Herkunft, die nicht mit einem Vermögen verbunden war, hatte „keine *unmittelbar* materiellen Vorteile“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 11) mehr, ermöglichte aber trotz allem den Zugang zu einer Ausbildung und bürgerlicher Erziehung. Damit einher, ging „eine *eigene* Konzeption einer Kindern *entsprechenden* Erziehung. Die Kindheit wurde damit zu einer eigenen Lebensphase. . . . Mit der Konstruktion einer heute selbstverständlichen *eigenständigen* Bedeutung von Kindheit ging . . . die Konstruktion einer dazu *komplementären Mütterlichkeit* einher“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 12; vgl. auch Ruck, 2012, S. 129 und Schüle, 2003).

⁴ Es handelt sich hierbei allerdings um bürgerliche Leitbilder, die sich keineswegs mit der Lebensrealität der Gesamtbevölkerung deckten, wohl aber als das für alle erstrebenswerte Ideal konstruiert wurden (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 11).

⁵ „Gerade in bürgerlichen heterosexuellen Haushalten mit mittlerem Einkommensniveau wird diese Form der Arbeit oftmals an andere Frauen abgegeben – an zumeist migrantische Haushalts- und Kinderbetreuungshilfen“ (Ruck, 2014, S. 208).

4.2 Sex und gender – eine (un)mögliche Unterscheidung

Ab Beginn der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts begann sich eine Kritik an Ansätzen zu etablieren, welche von Geschlechterdifferenzen als von der Natur vorgegebene Tatsachen ausgehen und die Unterdrückung der Frauen ins Zentrum rücken (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 189).

Mit der, verstärkt von den USA ausgehenden Unterscheidung zwischen *sex* und *gender* wurde versucht, diese starre Weltsicht ins Wanken zu bringen (ebd.). Der Begriff *sex* meint dabei das biologische, anatomische Geschlecht, also primäre und sekundäre Geschlechtsmerkmale, Hormonhaushalt etc. *Gender* bezeichnet im Gegensatz dazu das soziale Geschlecht, also alle gesellschaftlich vermittelten „Verhaltenserwartungen, Eigenschaftszuschreibungen, Tätigkeiten und [die] darauf bezogenen sozialen Positionierungen“ (ebd.).

Es sollte so der Weg bereitet werden „die soziokulturelle Bedeutungsaufladung der Geschlechterkategorien“ (ebd.) im Sinne Simone de Beauvoir's (2008) viel zitierten Satzes „man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“ (S. 334), von rein anatomischen Merkmalen des Geschlechtskörpers abzulösen. So wurde es möglich, die vermeintliche Natürlichkeit zwischen körperlichen und gesellschaftlichen Merkmalen zu dekonstruieren und die damit verbundenen sozialen Hierarchien aufzuzeigen.

Dieser Ansatz ist jedoch auch selbst nicht von Kritik verschont geblieben, geht er doch von einem binären Geschlechterverhältnis aus, in dem *gender* lediglich als Bezeichnung des „psychologischen Unterschied[s], der dem biologischen entspricht, darauf aufbaut oder durch ihn verursacht ist“ (Connell, 2013, S. 27) fungiert und somit *sex* weiterhin als statisch und naturgegeben erscheinen lässt, was die Konzeption einer „natürlichen Zweigeschlechtlichkeit“ stabilisiert.

Spätestens seit dem Erscheinen von Judith Butlers (1991) Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“ in den 1990er-Jahren hat sich die Sicht, dass auch das biologische Geschlecht nicht determiniert ist, mehr und mehr etabliert. Laut Butler ist *sex* ebenfalls konstruiert, in dem Maße, dass der biologische Körper gesellschaftliche Aufladungen der Geschlechtsidentität *gender* annimmt. Die Geschlechtsidentität wird demnach nicht von der Biologie festgelegt, stimmt also nicht notwendigerweise mit dem genetischen Geschlecht überein. *Sex* und *gender* werden somit in gleicher Weise als „von heterosexuell organisierten Machtverhältnissen konstituiert“ (Michalitsch, 2006, S. 37) gesehen. Das eine (*sex*) ohne das andere (*gender*) zu betrachten wird als unmöglich angesehen, „da sie einander *wechselseitig* konstituieren. Eine Folgerung ist, dass es eine einfache, ‚natürliche‘,

von der Dimension des Sozialen freie Wahrnehmung und Betrachtung des Körpers *nicht geben kann*“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 197).⁶

4.3 Soziale (Re-)Produktion von „Geschlecht“

Beide Komponenten, *sex* und *gender*, können, wie in Kapitel 4.2 darlegt, nicht losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden. Sie werden über Sprache, Wissen und Handeln (re-)produziert, mit dem Resultat, dass sich Subjekt und Körper wechselseitig definieren. Die Geschlechtsidentität ist demnach Ergebnis eines fortwährenden sozialen Konstruktionsprozesses. „Geschlecht“ (*sex* und *gender*) wird so von einer deterministischen Konstante zu einer historisch und gesellschaftlich gewachsenen und damit hinterfrag- und veränderbaren. Somit kommen „alle Aspekte von Gesellschaft . . . als mögliche Momente der gesellschaftlichen Konstruktion und Organisation von Geschlecht . . . in den Blick“ (Maihofer, 2004, S. 34).

Wenn wir nun nicht davon ausgehen können, dass jeder Mensch mit einem von zwei Geschlechtern „ausgestattet“ ist, welches von der Natur unabänderlich vorgegeben wird, sondern „Geschlecht“ und Geschlechterverhältnisse historisch und gesellschaftlich erklärt werden müssen, bleibt die Frage, wie dieser soziale Konstruktionsprozess von statten geht.

Die Theorie des „doing gender“ von Candace West und Don H. Zimmerman (1987) gilt als einer der prominentesten Versuche, diese Frage zu beantworten. West und Zimmerman definieren dabei *gender*⁷ „as an outcome of and a rationale for various social arrangements and as a means of legitimating one of the most fundamental divisions of society“ (ebd., S. 127). Es handelt sich also weder um eine Eigenschaft, noch eine Variable oder Rolle, sondern um das Produkt sozialer Interaktionen, welches durch diese konstituiert wird (ebd., S. 129).

Die Kernaussage innerhalb dieses Theoriegebäudes ist, dass die Zugehörigkeit zu einem „Geschlecht“ beständig in Interaktionen hergestellt werden muss. Dazu stehen laut

⁶ „Das bedeutet umgekehrt aber *nicht*, dass das Körperliche *nur* sozial sei. . . . Gemeint ist vielmehr, dass aus am Körper verorteten Genitalien noch keine Geschlechter und insbesondere noch keine *Geschlechterordnung* entsteht, sondern erst aus einer Geschlechterordnung heraus Genitalien mit Bedeutung aufgeladen und zu ‚Geschlechtszeichen‘ werden können“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 197).

⁷ West und Zimmermann (1987) unterscheiden zwischen *sex* als biologisches Kriterium zur Klassifikation in Frauen und Männer, *sex-category* als Zuordnung zu einer Geschlechtskategorie – welche dem *sex* nicht entsprechen muss – aufgrund ihrer Darstellung in sozialen Interaktionen und *gender*. Unter *gender* verstehen sie „[an] activity of managing situated conduct in light of normative conceptions of attitudes and activities appropriate for one's sex category“ (ebd., S. 127).

Meißner (2008) eine Reihe von symbolischen Hinweisen bereit wie etwa „Namen, Pronomina, Kleidung, Stimmlage, Gestik, Mimik, Körperhaltung, Verhaltensweisen“ (S. 9). „Geschlecht“ wird also im Sinne dieses Theoriegebäudes als etwas beschrieben, das man *tut*. Dabei ist dieses Tun nicht losgelöst von anderen Individuen zu erfassen, sondern vollzieht sich stets in deren virtueller oder realer Präsenz (West & Zimmerman, 1987, S. 126). Es unterliegt immer der Beobachtung aller Beteiligten, die beurteilen, ob es sich dabei um situationsadäquates Verhalten handelt. Entspricht es den Anforderungen, so kann Verhaltenssicherheit entstehen. Die Vorstellung einer binären Geschlechterordnung ist dabei schon so in diese Anforderungen eingelassen, „dass die Frage nach der Situationsangemessenheit des Verhaltens immer auch eine Frage danach ist, ob das Verhalten und Handeln der Person dem in Anspruch genommenen Geschlechtsstatus zugerechnet werden kann – oder aber nicht“ (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 205). Personen müssen ihr Verhalten in Situationen also nicht nur einfach verantworten, sondern sie müssen es als Mann oder als Frau verantworten (ebd.).

Wir stellen also etwaige Differenzen im Alltag her, ohne aber jedes Mal zu hinterfragen, was unser Handeln begründet. Haben sich die Unterschiede im Laufe der Zeit eingespielt, werden sie im Sinne eines Zirkelschlusses als Beweis für eine vermeintliche „Natürlichkeit“ herangezogen. Dies bildet die Basis aller sozialen Konstruktionen der Wirklichkeit (Gildemeister & Hericks, 2012, S. 204). Damit wird die Sichtweise zurückgewiesen, dass „Geschlecht“ etwas ist, das sich nur in Alltagshandlungen ausdrückt, nicht aber durch diese erst hergestellt wird.

Trotz aktiver Beteiligung der Individuen an den Geschlechterkonstruktionen, handelt es sich hier nicht um eine freiwillige Darstellung, denn auch wenn Differenzen zwischen den „Geschlechtern“ interaktiv im Handeln hervorgebracht werden, ist diese Hervorbringung doch in überindividuelle Institutionen und Regeln eingebettet. In unserer Gesellschaft, in der die Vorstellung einer „natürlichen Zweigeschlechtlichkeit“ eine vermeintliche Gewissheit besitzt, ist die „korrekte“ Darstellung des eigenen „Geschlechts“ eng damit verbunden, als kompetente_r und handlungsfähige_r Akteur_in wahrgenommen zu werden (Meißner, 2008, S. 11).

Vor dem Hintergrund der dargelegten Theorien wird auch die in Kapitel 4.1 bearbeitete geschlechtliche Arbeitsteilung „nicht als Folge der Geschlechterdifferenz gesehen, sondern als eine ihrer Voraussetzungen: Mit dem Verrichten bestimmter Tätigkeiten wird zugleich Geschlecht hervorgebracht“ (Meißner, 2008, S. 11). Es gilt also

nicht primär die gegebenen Geschlechterhierarchien aufzuspüren, sondern genau jene Mechanismen, durch welche diese überhaupt erst hergestellt werden können (ebd.).

5 Das Subjekt im Neoliberalismus

5.1 Neoliberalismus

Die „Geburt“ des Neoliberalismus lässt sich auf die 1930er-Jahre zurückverfolgen. Er entstand als Antwort auf die Delegitimierung des vorherrschenden Laissez-faire-Liberalismus – welcher staatliche Eingriffe strikt ablehnt und auf die Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte vertraut – durch die damalige Wirtschaftskrise und ihre Folgen (Burgin, 2012, S. 8; Young, 2014, S. 37). Die neoliberale Schule sah ihre Theorie als Gegenentwurf zu den fehlgeleiteten ökonomischen Entwicklungen und plädierte für regulierende Interventionen in den Markt (Young, 2014, S. 36). Sie war der Ansicht „nur in einer politisch verfassten institutionalisierten und staatlich durchgesetzten Ordnungspolitik können sich ökonomische Prozesse frei entfalten“ (ebd., S. 40).⁸

Arbeitsbeschaffungsprogramme, Regulierungen der Banken, sowie eine ab Ende der 30er Jahre einsetzende Kriegskonjunktur setzten den Befürworter_innen der Marktfreiheit allerdings ebenso zu, wie eine generelle Ablehnung ihrer Theorien durch die Ökonomie und andere Wissenschaften (Burgin, 2012, S. 8, 13). Es war in folgedessen der Keynesianismus – welcher für „sicherheitsstiftende Institutionalisierungen wie beispielsweise die Regulierung von Finanzmärkten . . . und ein ausgebautes gesetzliches Alters- und Gesundheitssystem“ (Herr, 2014, S. 49 ff.) plädiert – der sich durchsetzen konnte und für die nächsten Jahrzehnte zur dominierenden Wirtschaftslogik wurde (ebd., S. 14).

Die Krise des Fordismus – und mit ihr die Krise des Keynesianismus – in den 70er Jahren führte schließlich zu einem weiteren Umbruch, im Zuge dessen sich die auch heute noch hegemoniale Spielart des Neoliberalismus durchsetzen konnte (Young, 2014, S. 33). Es war dies die neoliberale Strömung der „Chicago School of Economics“, als dominierender Zweig des US-amerikanischen Neoliberalismus (Gertenbach, 2010, S. 60). Mit dieser Ausrichtung folgte die Abkehr vom ursprünglichen Programm des Neoliberalismus, die als regulierende Alternative zum Laissez-faire-Liberalismus kreiert wurde, hin zu einem „ökonomischen Tribunal“ (Gertenbach, 2010, S. 62) das die

⁸ Aufgrund der propagierten Ordnungspolitik, wird diese Strömung des Neoliberalismus auch Ordoliberalismus genannt. Die Begriffe Neoliberalismus und Ordoliberalismus werden allerdings weitgehend synonym verwendet (Young, 2014, S. 38).

Gesellschaft als Ganzes in ihrem Sinne umbauen soll. Von nun an werden abermals „Staatsintervention als Verzerrung des Marktgeschehens“ diskreditiert und die „radikale Freiheit der Märkte“ (Young, 2014, S. 45), also die Freiheit von staatlichen Zwängen aller Art, propagiert. „Der Individualismus, der von den Anti-laissez-faire-Neoliberalen aufs Schärfste abgelehnt wurde, feiert nun den Siegeszug über jegliche moralischen und ethischen Prinzipien“ (ebd., S. 46). Im Zuge dessen wird auch „Nicht-Ökonomisches . . . mit ökonomischen Kategorien untersucht, individuelles Verhalten und soziale Beziehungen der ökonomischen Perspektive unterworfen“ (Michalitsch, 2006a, S.85).

In den vergangenen Jahren ist es zunehmend gelungen den damit einhergehenden Abbau sozialer Leistungen im medialen Diskurs zu legitimieren (Butterwege, Lösch & Ptak, 2008, S. 9). Weil aber die Loyalität der Bürger_innen durch die Zurichtung des Wohlfahrtsstaates nicht mehr durch sozialstaatliche Zugeständnisse gesichert werden kann, ist „der Neoliberalismus . . . darauf angewiesen, die Treue zu seiner Politik und zum System durch sogenannte Sinnstiftung, Betonung von Identität und Identifizierung, also durch nachdrückliche Bewußtseinsbildung zu gewährleisten“ (Herbert Schui, 1997; zitiert nach Gerlach, 2000, S. 1054). Das neoliberale Paradigma beschränkt sich mittlerweile nicht mehr auf wissenschaftliche Diskurse, sondern dominiert auch das „Alltagsverständnis von Ökonomie“ (Michalitsch, 2006a, S. 74 f.). „Das rationale Kosten-Nutzen-Kalkül wird damit zur universellen Grundlage menschlichen Verhaltens“ (ebd., S. 89).

Das auf den französischen Philosophen Michel Foucault zurückgehende Konzept der Gouvernementalität, auf welches in den folgenden Kapiteln näher eingegangen wird, ermöglicht es zu erfassen, wie Subjekte im Neoliberalismus mittels dieser politischen Rationalität regiert werden und sich entsprechend auch selbst regieren (Bröckling, 2012, S. 21).

5.2 Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität

Das Konzept hat seinen Ursprung in Michel Foucaults Vorlesungen von 1978 und 1979 zur „Genealogie des modernen Staates“ (Foucault, 2004a, S. 508) oder, wie er es später bezeichnete, zur „Geschichte der Gouvernementalität“ (Foucault, 2012a, S. 64), die er in Paris am Collège de France abhielt und durch die er den Begriff „Gouvernementalität“

nachhaltig prägte (Bröckling, Krasmann & Lemke, 2012, S. 9 f.; Kammler, Parr & Schneider, 2014, S. 260).⁹

Selbst fasst Foucault (2012a) die wichtigsten Aspekte der „Gouvernementalität“ wie folgt zusammen:

Unter Gouvernementalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter ‚Gouvernementalität‘ die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus, den man als ‚Regierung‘ bezeichnen kann, gegenüber allen anderen – Souveränität, Disziplin – geführt und die Entwicklung einer ganzen Reihe spezifischer Regierungsapparate einerseits und einer ganzen Reihe von Wissensformen andererseits zur Folge gehabt hat. Schließlich glaube ich, dass man unter ‚Gouvernementalität‘ den Vorgang oder eher das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat geworden ist, sich Schritt für Schritt ‚gouvernementalisiert‘ hat. (S. 64 f.)

Der aus den Worten „Regieren (,gouverner‘) und Denkweise (,mentalité‘)“ (Lemke, 1997, S. 146) gebildete Neologismus zeigt also die Verbindung zwischen Regierung und politischen Rationalitäten an, die als zusammenhängend gedacht und analysiert werden müssen. Er bezeichnet damit also eine spezifische Art und Weise, wie Einzelne und Gruppen geführt und in bestimmte Richtungen gelenkt werden – also wie sie regiert werden, indem sie sich an bestimmte Rationalitäten orientieren. Er rekurriert damit aber keineswegs auf Regierung in seiner alltagssprachlichen Bedeutung – wie schon aus dem oben angeführten Zitat ersichtlich wird – sondern bezieht sich auf dessen alte Bedeutung, welche nicht – wie heute üblich – ausschließlich die Regierung durch eine politische Institution bezeichnet (Lemke, 1997, S. 149).¹⁰

Regierung in Foucaults Verwendung umfasst alles, von der Regierung anderer bis zur Selbst-Regierung, in jedem Fall aber das Führen von Menschen (ebd.). Ein besonderer Fokus von Foucaults Analysen liegt auf Techniken der Selbstführung, mittels derer die

⁹ Entlehnt hat Foucault diesen Begriff bei Roland Barthes, der damit schon mehr als zwanzig Jahre zuvor „einen Mechanismus [bezeichnete], der Ursache und Wirkung verkehrt und die Regierung als Autor gesellschaftlicher Verhältnisse präsentiert“ (Kammler, Parr & Schneider, 2014, S. 260).

¹⁰ Vor dem 18. Jahrhundert besaß der Begriff „Regierung“ noch eine wesentlich breitere Bedeutung und bezog sich auf eine Vielzahl von Phänomen wie etwa „sich selbst oder einen Gegenstand (räumlich) fortbewegen, das (materielle) Auskommen sichern, jemanden (moralisch) zu führen oder (medizinisch) etwas verordnen“ (Lemke, 1997, S. 149).

Subjekte regierbar gemacht werden. Regierung in diesem Sinne „bezieht sich somit nicht in erster Linie auf die Unterdrückung von Subjektivität, sondern vor allem auf deren ‚(Selbst-)Produktion‘, oder genauer: auf die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden können“ (Bröckling, Krasmann & Lemke, 2012, S. 29). Der Begriff „Regierung“ fungiert damit sowohl als vermittelndes „Bindeglied zwischen strategischen Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen“¹¹ als auch „zwischen Macht und Subjektivität“ (Bröckling, Krasmann & Lemke, 2012, S. 8) und macht es möglich zu analysieren, in welcher Weise Herrschaftspraktiken sich mit „Praktiken des Selbst“ (Foucault, 2013b, S. 287)¹² verbinden.

Foucault „analysiert Regierung [demnach] nicht nur als eine Machttechnologie, sondern vor allem unter dem Aspekt ihrer *politischen Rationalität*“ (ebd.) und den dadurch entstehenden realen Auswirkungen. „Regierung bezeichnet ein diskursives Feld, innerhalb dessen die Ausübung der Macht ‚rationalisiert‘ wird“ (Lemke, 1997, S. 147), also Rationalitäten am Werk sind, die unsere Wahrnehmung und unser Denken beeinflussen, Verhalten anleiten und sich in Institutionen manifestieren. Somit können mittels dieses Konzepts die Zusammenhänge zwischen der Formierung des modernen Staates und spezifischer Subjektivierungsweisen nachgezeichnet werden. Der Staat interessiert Foucault dabei aber nicht im Sinne traditioneller Staatstheorie, die das Objekt ihrer Untersuchung immer schon voraussetzt. Was ihn umtreibt sind die Praktiken und Handlungen, genauer gesagt die Regierungsweisen, die es ermöglichen, dass uns *der* Staat, der für Foucault (2012b) „nichts anderes [ist] als der bewegliche Effekt eines Regimes vielfältiger Gouvernamentalität“ (S. 70), als scheinbare Wirklichkeit entgegentritt. Es ist das „Bedingungsgefüge, das den modernen westlichen Staat und die Bevölkerung hervorbringt“ (Bargetz, Ludwig & Sauer, 2015, S. 8), welches ihn interessiert, also genauer gesagt „welche Art von Macht es ist, die sich als staatliche organisieren kann“ (Demirović, 2015, S. 66).

¹¹ Foucault unterscheidet zwischen Macht und Herrschaft und spricht erst dann von Herrschaftszuständen, wenn „Machtbeziehungen derart verfestigt [sind], dass sie auf Dauer asymmetrisch sind und der Spielraum der Freiheit äußerst beschränkt ist“ (2013b, S. 289).

¹² Der Begriff „Technologien des Selbst“ den Foucault zur Bezeichnung der erwähnten Praktiken einführt, kommt zwar erst in den auf die Vorlesungen zum Konzept der Gouvernamentalität folgenden Arbeiten auf, kann aber, so Ludwig (2011), „als Konsequenz der Einführung des Regierungsbegriffs gesehen werden“ (S. 109, Anm. 58).

Foucault hat sich in seinen Arbeiten vor allem dem historischen Verlauf mit all seinen Dynamiken gewidmet, welche zur Vormachtstellung der Gouvernamentalität als spezifische Regierungskunst geführt haben (Foucault, 2004a, 2004b). Im Folgenden wird nun näher auf diese Entwicklung, ausgehend von der Regierung im Liberalismus bis hin zur neoliberalen Gouvernamentalität unserer Zeit, eingegangen.

5.2.1 Die Regierung im Liberalismus

Im Laufe des 18. Jahrhunderts bildet sich mit dem Liberalismus eine neue Regierungsform aus, deren entscheidendes Moment das der „Freiheit“ ist. Die Individuen und ihre Freiheit bezeichnen „jedoch weniger den Ausgangspunkt dieser Regierungspraktiken als das Prinzip einer Gouvernamentalität, die darauf abzielt, das als ihren Effekt zu produzieren, was sie als existierend beschreibt“ (Lemke, 1997, S. 172). Der Liberalismus kann damit „als ein Wissen oder ein Programm“ (ebd., S. 173) über eine Idealvorstellung der Realität gesehen werden. Das neue dieser Regierungsform ist, dass sie nicht mehr allein über Gesetze und Zwang operiert – was jedoch nicht bedeutet, dass diese bedeutungslos werden (Foucault, 2004a, S. 22 f.) –, sondern auf das freiwillige Handeln der Individuen im Sinne der Regierung setzt. Statt ausschließlich auf Verbote zu setzen, kommt es zur Lenkung von Verhalten, indem mögliche Handlungsoptionen strukturiert werden – durch die Erzeugung eines „Sog[s], der bestimmte Verhaltensweisen wahrscheinlicher machen soll als andere“ (Bröckling, 2013, S. 38). Machttechnologien werden so in vermeintlich freie Entscheidungen der Subjekte transferiert (Ludwig, 2011, S. 112). Lemke (1997) beschreibt diese wesentliche Neuerung wie folgt:

An die Stelle einer externen Opposition von Macht und Subjektivität tritt ein inneres Band: Das Prinzip der Regierung erfordert die ‚Freiheit‘ der Regierten, und der rationale Gebrauch dieser Freiheit ist die Bedingung einer ‚ökonomischen‘ Regierung. Die Kunst der liberalen Regierung besteht darin, an die Stelle einer äußerlichen Begrenzung über das Recht eine interne Regulation zu setzen: die *Politische Ökonomie*. (S.173)

Das Ausweiten der Ökonomie auf die politische Sphäre ist laut Foucault (2012a) ein ganz wesentlicher Aspekt im Zuge des Regierens (S. 49), dessen Zweck „in der Vervollkommnung, Maximierung oder Intensivierung der von der Regierung geleiteten Vorgänge“ (ebd., S. 54) liegt.

Auch die oben erwähnte Freiheit muss durch die Brille dieser Ökonomie betrachtet werden, denn sie „ist nicht einfach da, wird anerkannt oder gewährt, sondern sie wird hergestellt oder zerstört, weil (und soweit) sie für einen Gesamtnutzen erforderlich ist“ (Kammler, Parr & Schneider, 2014, S. 155). „Die neue Regierungskunst stellt sich also als

Manager der Freiheit dar“ (Foucault, 2004b, S. 97).

Durch die Ersetzung der von Außen auf die Individuen wirkenden Regulierungen durch eine innere Regulation, d.h. durch die vermeintliche Freiheit der Subjekte, kommt es auch zu einer Veränderung der Beziehung zwischen Regierten und Regierung (Lemke, 1997, S. 175). Von nun an steht damit ein freies Subjekt im Mittelpunkt des Regierungshandelns, welches nach den „natürlichen“ Gesetzen des Marktes¹³ operiert.

Im Zuge dessen wird die Frage, ob bestimmte gesellschaftliche Bereiche mehr regiert werden sollten (durch Verbesserung von Vorschriften, die Einführung neuer Reglementierungen etc.) durch jene, ob zu viel regiert wird und damit die „natürlichen“ Prozesse des Marktes gestört werden könnten, ersetzt (Lemke, 1997, S. 174 f.). Die Ausübung der Regierung ist demnach nicht mehr Selbstzweck, sondern muss stets kritisch nach einem möglichen „zu viel“ hinterfragt werden. Freiheit wird so zu einem „Instrument der Regierungskunst, da sie einen unverzichtbaren Bestandteil der Gouvernamentalität und die (positive) Grundlage des Regierungshandelns bildet“ (Lemke, 1997, S. 185). Paradoxiertweise geht diese Entwicklung gerade nicht mit einem Weniger an Regulationsmechanismen einher. „Im Gegenteil verschärft das Element der Freiheit die Notwendigkeit ihrer Abstimmung und Steuerung“, denn nur so kann „damit das Handeln der Individuen für die Zwecke der liberalen Regierung eingesetzt werden“ (ebd.).

Zusammen mit der Freiheit muss daher ein zweites Moment gedacht werden – das der Sicherheit. Aber nicht Sicherheit im Sinne von Schutz des Lebens, sondern Sicherstellung einer bestimmten Form dieser Freiheit (ebd.). Damit ein bestimmter Gebrauch von ihr gewährleistet wird – nämlich einer, der die „natürliche“ Regulation nicht ver- oder behindert –, werden „*Dispositive der Sicherheit*“ (ebd., S. 184) eingeführt. Dadurch etabliert sich allerdings die ständige Gefahr, die hergestellte Freiheit wieder zu zerstören. „Mit einer Hand muß die Freiheit hergestellt werden, aber dieselbe Handlung impliziert, daß man mit der anderen Einschränkungen, Kontrollen, Zwänge, auf Drohungen gestützte Verpflichtungen usw. einführt“ (Foucault, 2004b, S. 98). Die Sicherheitstechnologien produzieren also eine Freiheit, die beständig in Gefahr ist und daher permanente Interventionen erforderlich macht, um die individuelle, aber auch die kollektive Freiheit zu etablieren und sicherzustellen (Bublitz, 2014, S. 95).

¹³ Im 18. Jahrhundert kommt es zu einer Transformation des Marktes, der nun nicht mehr rechtlichen und moralischen Gesetzen, sondern „natürlichen“ Mechanismen gehorchen [soll], die die Bildung eines ‚natürlichen‘ Preises erlauben. . . . Der Markt wird damit zu einem Ort, an dem sich die Wahrheit offenbart, und jede ‚gute‘ Regierung muss dieser Wahrheit entsprechend handeln“ (Lemke, 1997, S. 175).

Diese Überlegungen führten dazu, dass Foucaults die Bedeutung von Prozessen der Disziplinierung innerhalb liberaler Gesellschaften relativiert und die These einer Verschiebung der Disziplinargesellschaft¹⁴, von welcher Foucault Anfang der 70er noch sprach, hin zur Sicherheitsgesellschaft aufstellt (Lemke, 1997, S. 191). Bröckling, Krasmann und Lemke (2012) führen dies wie folgt aus:

Geht dieses [Disziplinarsystem] von einer (präskriptiven) Norm aus, so ist der Ausgangspunkt des Sicherheitssystems das (empirisch) Normale, das als Norm dient und weitere Differenzierungen erlaubt. Statt die Realität an einem zuvor definierten Soll auszurichten, nimmt die Sicherheitstechnologie die Realität selbst als Norm: als statistische Verteilung von Häufigkeiten, als Krankheits-, Geburten- und Todesraten etc. Die ‚Dispositive der Sicherheit‘ ziehen keine absoluten Grenzen zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen, sondern spezifizieren ein optimales Mittel innerhalb einer Bandbreite von Variationen. (S. 13 f.)

Es findet jedoch keine gänzliche Ersetzung der bisherigen, an Disziplin orientierten Gesellschaftsform statt, sondern man hat, so Foucault, (2012a) „in Wirklichkeit . . . ein Dreieck: Souveränität – Disziplin – gouvernementale Führung, dessen Hauptzielscheibe die Bevölkerung ist und dessen wesentliche Mechanismen die Sicherheitsdispositive sind“ (S. 64).

5.2.2 Neoliberale Gouvernementalität

Mit dem in der Krise befindlichen Wohlfahrtsstaat, dessen steigende Sozialausgaben für sinkende Wachstumsraten verantwortlich gemacht werden, kommt es ab den 70er-Jahren zu einer Transformation der liberalen Regierungskunst hin zur gegenwärtigen neoliberalen Gouvernementalität. Auch der Neoliberalismus wird „als ein politisches Projekt [aufgefasst], das darauf zielt, eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt“ (Bröckling, Krasmann & Lemke, 2012, S. 9). Im Wesentlichen beinhaltet diese neue Gouvernementalität eine Veränderung des liberalen Denkens bezüglich zweier wesentlicher Punkte. Zum ersten kommt es zu einer Veränderung des Verhältnisses von Staat und Markt. Es ist nun nicht länger der Staat, der die Marktfreiheit überwacht, sondern der Markt selbst ist es, der zum führenden Regulations- und Organisationsprinzip des Staates wird (ebd., S. 15), welcher sich „im Neoliberalismus durchwegs an Marktkriterien messen“ (Ludwig, 2011, S. 221) muss. Der Markt stellt damit

¹⁴ In dieser Disziplinargesellschaft sind es vor allem die „installiert[en] hierarchisierende[n] Trennungen, die zwischen Ungeeignetem und Geeignetem, Normalen und Anormalen unterscheiden“ (Bröckling, Krasmann & Lemke, 2012, S. 13). Die Disziplinartechnologie „funktioniert über den Entwurf eines optimalen Modells und seiner Operationalisierung, das heißt sie setzt Techniken und Verfahren ein, um Individuen an dieser Vorgabe auszurichten und sie daran anzupassen“ (ebd.).

„nicht mehr einen gesellschaftlichen Bereich neben anderen dar, sondern wird zum Organisationsprinzip für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen“ (ebd.). Mit der Entstehung dieser neuen Regierungsform geht also auch eine Veränderung bzw. Erweiterung des Verständnisses von Ökonomie einher, welche

die buchhalterische, umfassende und permanente Kontrolle des Details mit einer an Gewinn- und Verlustrechnung geschulten Wachsamkeit kombiniert und die Stabilität der Gesellschaft und ihren Reichtum durch einen Prozess der fortlaufenden Selbstüberprüfung und -regulierung der Bevölkerung garantiert. . . . Die politische Ökonomie vereint Buchführung mit Menschen- und Selbstführung; beides verschränkt sich in der Optimierung des sozialen und ökonomischen Potentials der Bevölkerung. (Bublitz, 2014, S. 88)

Zum anderen verändert sich im Neoliberalismus das Verständnis von Freiheit. „Die Freiheit im Neoliberalismus [wird nun] als unternehmerische Freiheit“ (Ludwig, 2011, S. 221; vgl. auch Foucault, 2004b, S. 333 ff.) konzipiert. Bezugspunkt rationalen Handelns ist nicht länger „eine gegebene menschliche Natur, sondern ein künstlich hergestellter Verhaltensstil“ (Lemke, 1997, S. 241). Rationalität in diesem Sinn bedeutet Marktorientierung und Nutzenmaximierung (Michalitsch, 2006a, S. 66). „Auf dieser Grundlage werden die Subjekte als unternehmerische Subjekte regiert – sprich: regierbar gemacht und konstituiert“ (Ludwig, 2011, S. 221). Innerhalb der neoliberalen Gouvernamentalität verknüpft sich so das Freiheitsversprechen mit der Forderung an die Subjekte, ihr Leben in Eigenverantwortung und nach unternehmerischen Prinzipien auszurichten (ebd.).

In den nachfolgenden Kapiteln wird nun das Konzept der Subjektivierung näher beleuchtet, um darauf aufbauend herauszuarbeiten, auf welche spezifischen Arten und Weisen, innerhalb der vorherrschenden neoliberalen Gouvernamentalität, die Individuen als Unternehmer_innen angerufen werden. So soll gezeigt werden wie es dem Neoliberalismus als politischem Projekt gelingt, soziale Realitäten und somit auch neue Subjektivierungsformen herzustellen.

6 Vom Individuum zum Subjekt

6.1 Subjekt, Macht und Subjektivierung

Das Eingebundensein menschlicher Subjekte in Produktionsverhältnisse bedeutet gleichsam, dass sie auch in Machtbeziehungen eingebunden sind (Foucault, 2013a, S. 245).

Das Thema Macht erscheint in einer Vielzahl von Foucaults Analysen als vordergründig; von vielen Seiten wurde ihm vorgeworfen, er würde das Subjekt in seinen Theorien eliminieren (Lembke, 2005, Abs. 3). Foucault (2013a) selbst merkt dagegen an: „Ich [habe] mich um eine Geschichte der verschiedenen Formen der Subjektivierung des Menschen in unserer Kultur bemüht Das umfassende Thema meiner Arbeit ist also nicht die Macht, sondern das Subjekt“ (S. 240). Es findet sich jene knappe Definition von „Subjekt“ bei ihm, welche auch auf dessen Verhältnis zur Macht eingeht:

Das Wort ‚Subjekt‘ hat zwei Bedeutungen: Es bezeichnet das Subjekt, das der Herrschaft eines anderen unterworfen ist und in seiner Abhängigkeit steht; und es bezeichnet das Subjekt, das durch Bewusstsein und Selbsterkenntnis an seine eigene Identität gebunden ist. In beiden Fällen suggeriert das Wort eine Form von Macht, die unterjocht und unterwirft. (ebd., S. 245)

Weil das Subjekt stets in einem politischen und sozialen Kontext verortet werden kann, welcher sich kontinuierlich wandelt, kann auch das Subjekt selbst nie als ein fertiges betrachtet werden. Um das Prozesshafte in den Blick zu rücken, verwendet Foucault den Begriff „Subjektivierung“ (Lembke, 2005, Abs. 6). Es handelt sich dabei um eine Machtform, die „Individuen in Subjekte“ (ebd.) verwandelt. Das bedeutet, dass „Menschen bzw. Individuen sich in Wissens-, Macht- und Selbstpraktiken als ein Subjekt zu verstehen lernen, d.h. die Deutungsfigur des ‚Subjekts‘ auf sich zu beziehen lernen“ (Ricken, 2013, S. 33). Dies geschieht in einem Prozess der Unterwerfung unter andere, der gleichzeitig – durch das Reflektieren der eigenen Identität und Bindung an diese – der Moment ist, in dem das Subjekt entsteht und durch den seine Handlungsfähigkeit ermöglicht wird (Lembke, 2005, Abs. 6).

Butler (2013) hat sich im Anschluss an Michel Foucault näher mit dem Paradox des gleichzeitigen Vorhandenseins von Unterwerfung und Handlungsfähigkeit auseinandergesetzt und beschreibt das Verhältnis von Macht und Subjekt wie folgt:

Erstens als das, was das Subjekt ermöglicht, als Bedingung seiner Möglichkeit und Gelegenheit seiner Formung, und zweitens als das, was vom Subjekt aufgenommen wird und im ‚eigenen‘ Handeln des Subjekts wiederholt wird. Als Subjekt *der* Macht (wobei der Genetiv sowohl das ‚Zugehören‘ zur Macht wie die ‚Ausübung‘ der Macht bezeichnet) verdunkelt das Subjekt seine eigenen Entstehungsbedingungen; es verschleiert Macht mit Macht. Die Bedingungen ermöglichen nicht nur das Subjekt, sie gehen auch in die Formung des Subjekts ein. Sie werden vergegenwärtigt in den Handlungen dieser Formung und in den auf sie folgenden Handlungen des Subjekts. (S. 18)

Macht ist demnach die Bedingung der Konstitution des Subjekts, sie wird gleichzeitig von diesem aufgenommen und in Handlungsfähigkeit übersetzt. Das Subjekt „ist somit

zugleich Wirkung und Voraussetzung, Schauplatz, Adressat und Urheber von Machtinterventionen“ (ebd., S. 21).

Die Subjekte unterwerfen sich also nicht nur, sondern gestalten sich auch selbst mittels (Regierung durch) Selbsttechnologien (siehe Kapitel 5.2). Somit wird nicht nur einseitig Macht auf sie ausgeübt, sondern sie üben sie auch gegenüber sich selbst aus (Ludwig, 2011, S. 110).

Damit zeigt sich auch – als Zusammenspiel von Freiheit und Macht – die Verbindung von Subjektkonstitution und dem Versprechen der Freiheit des modernen Staates, welches verhindert, dass die Konstitution der Subjekte „auf die Unterwerfung von Untertanen reduziert werden“ (ebd., S. 111) kann. Denn Macht kann nur über Subjekte ausgeübt werden, die „frei“ sind, also über Subjekte, deren Handlungen nicht gänzlich determiniert sind. „In diesem Verhältnis ist Freiheit die Voraussetzung von Macht . . . , insofern Freiheit vorhanden sein muss, damit Macht ausgeübt werden kann“ (Foucault, 2013a, S. 257).

Durch diesen Blickwinkel seiner Analysen gelingt es Foucault, die verschiedensten Formen von Subjektivität zu ergründen und historisch zu verorten, was ihm erlaubt, „die apriorische Identität von Subjekt und Individuum zu durchbrechen“ (Bröckling, Krasmann & Lemke, 2012, S. 31), das Subjekt jenseits klassisch-liberaler Theorien zu konzeptualisieren und aufzuzeigen, dass der heutige „Besitzindividualismus“ (ebd.) nur eine Form der Subjektivierung unter anderen ist (ebd.).

6.2 Neoliberale Subjektivierung

Da der Neoliberalismus, wie schon in Kapitel 5.1 deutlich wurde, nach der Maxime „mehr Markt, weniger Staat“ versucht, sämtliche Lebensbereiche seiner ökonomischen Logik – im Sinne von Optimierung und Nutzenmaximierung – zu unterwerfen, kommt es zur Ökonomisierung des Sozialen und in weiterer Folge zur Kopplung der Individuen mit dem Markt mittels Selbststeuerung. Das Subjekt im Neoliberalismus wird so zu einem ökonomischen Subjekt, dessen Status primär von der eigenen Leistung und dem Einkommen determiniert wird¹⁵ und das sich selbst über die Positionierung am Markt als Marktteilnehmer_in bestimmt (Michalitsch, 2006a, S. 94 f.). „Damit wird . . . das Leistungsprinzip als unhinterfragbare Basis vorausgesetzt . . . und ungleiche

¹⁵ Die neoliberale Argumentation, dass nur die Leistung zählt, vermittelt vermeintlich gleiche Chancen für alle aufzusteigen und sich einen Platz im System zu finden. Verschleiert werden hier jedoch marktstrukturierende Machtnetzwerke (Institutionen, Lobbys etc.), zu denen nicht privilegierte oftmals keinen Zugriff haben.

Startbedingungen und produktive Tätigkeiten jenseits des Marktes werden ausgeblendet“ (ebd., S. 92). Sich dieser Marktförmigkeit zu entziehen ist kaum möglich; das Marktprinzip wird in den Köpfen der Individuen verankert und zu einer Frage der Existenz. Sie werden als beständig in Konkurrenz zu einander stehend gedacht, das Ziel der Maximierung des individuellen Nutzens immer vor Augen. In diesem „liegt die Komponente der Verführung neoliberaler Konzepte, die sich mit dem Versprechen der Inauguration neuer Freiheiten verbindet, indem prinzipiell alles Marktprozessen überlassen bleibt“ (ebd., S. 95).¹⁶

Durch die gleichzeitige diskursive Verknüpfung von Wohlstand und Wohlbefinden, lässt sich ökonomische Profitmaximierung mit gesellschaftspolitischen Zielen verbinden – „Wirtschaftswachstum, Erfolg im Wettbewerb und persönliches Glück ergänzen sich“ (ebd., S. 96).

Nach Lemke (1997, S. 256) macht überhaupt erst die Optimierung des Verhältnisses zu sich und der Arbeit eine Transformation von Produktionsstrukturen im neoliberalen Sinn möglich. „Die Ökonomisierung des Sozialen mündet in die ökonomisierte Formierung von Subjektivität“ (Michalitsch, 2006, S. 98). Dies stellt „die entscheidende Bedingung dar, unter der die Figur des Unternehmers“ – auf die im Folgenden näher eingegangen wird – „über den Bereich der Wirtschaft hinaus hegemonial werden konnte“ (Opitz, 2007, S. 105).

Die so neu geschaffene Form neoliberaler Subjektivität ermöglicht es, laut Michalitsch (2006a), „bestehende Regulationsmechanismen fast gänzlich durch die Selbststeuerung des 'autonomen' Individuums zu ersetzen“ (S. 96). Neoliberale Marktverhältnisse werden so zu Gesellschaftsverhältnissen und damit auch zu Selbstverhältnissen.

6.2.1 Das unternehmerische Selbst

Ab den 1990er-Jahren setzen sich eine Vielzahl von Studien – ausgehend von Foucaults Konzept der Gouvernementalität – zunächst mit dem Thema der Regierungspraktiken als Fremdführung auseinander. Später fokussiert sich das Interesse zunehmend auf Selbsttechnologien, welche Individuen anwenden, um sich selbst zu führen (Bührmann, 2012, S. 145).

¹⁶ Die mit dieser „Freiheit“ einhergehende propagierte Eigenverantwortung, die zu einer Individualisierung der Subjekte führt, realisiert sich bei einem Fehlschlag besonders dramatisch. Die Verantwortung für ihr Handeln und auch das damit verbundene mögliche Scheitern wird in die Hände einzelner Individuen gelegt, mögliche kollektive Verantwortlichkeiten werden somit verschleiert (Michalitsch, 2006a, S. 95).

Die schon in Kapitel 5.1 und 5.2.2 erwähnte Krise des Wohlfahrtsstaates, im Zuge dessen vermeintlichen „Sozialschmarotzer_innen“ eine Mentalität der Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung entgegenstellt wurde, führte durch die Änderung individueller „Regulierungs- und Regierungsverhältnisse im Institutionengefüge von Arbeit, Familie und Sozialstaat“ (ebd., S. 149) zu einem „Wandel moderner Subjektivierung hin zum unternehmerischen Selbst“ (ebd., S. 145) als hegemoniale Subjektivierungsweise westlicher Gesellschaften.

Dieses unternehmerische Selbst bezeichnet nach Bröckling (2013) keine greifbaren Personen, sondern die Art und Weise, in der Menschen angerufen werden, sich in eine bestimmte Richtung hin zu verändern (ebd., S. 46). Denn dieses Selbst ist nicht eines das schon existiert, sondern es muss erst hervorgebracht werden (ebd., S. 47). Wie es hervorgebracht werden kann, verrät vor allem die Managementliteratur der 80er-Jahre (ebd., S. 62), welche dafür plädiert, Mitarbeiter_innen durch ein Mehr an Freiräumen, Anreizen und einer „internen Wettbewerbsstruktur“ (ebd., S. 63) zu mehr Innovation und Unternehmergeist anzutreiben. „In dem Maße, in dem man sie dazu anhält, wie Unternehmer zu agieren, wird dieses Verhaltensmodell zur sozialen Norm und beeinflusst das Handeln“ (ebd.). Auch in den 90ern sind es vor allem Ratgeber, die dieses Programm weiter radikalieren und – im Sinne neoliberaler Verwertungslogik – unternehmerische Tugenden für alle Lebensbereiche propagieren (ebd., S. 65). Persönlichkeits- und Unternehmensoptimierung werden so parallelisiert und Individuen dazu aufgerufen, sich selbst als ein Produkt zu inszenieren, das es am Markt zu verkaufen gilt (ebd., S. 66 f.). So soll die gesamte Lebensführung der Steigerung des eigenen Marktwertes gewidmet werden, um sich gegen die Konkurrenz durchsetzen zu können. Da die Etablierung solch einer Konkurrenzgesellschaft schon impliziert, dass nicht alle ihre Ziele in gleichem Maße erreichen können, kommt es zu einer, wie Bröckling (2013) es nennt, „paradoxe[n] Mobilisierung: Jeder soll Entrepreneur werden, aber wären es tatsächlich alle, wäre es keiner“ (S. 126). Die Individuen sind daher stets Unternehmer_innen ihrer Selbst, aber im Vergleich mit anderen niemals unternehmerisch genug.

Entsprechende Leistungen zu erbringen und immer zu erbringen, kann dabei nicht mehr durch Zwang oder Bestrafung erreicht werden, sondern alle sind angehalten, sich selbstständig und eigenverantwortlich zu motivieren und auf veränderte Anforderungen zu reagieren (Opitz, 2007, S. 101). „Das Vokabular des Unternehmertums ermöglicht somit die »Übersetzung« einer politischen Rationalität in Versuche, problematisch gewordene Aspekte der sozialen, wirtschaftlichen und persönlichen Existenz zu lenken“ (Rose, 2000,

S. 11). Dieses Vokabular, das zu Durchsetzungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Erfolgswillen aufruft (ebd., S. 15), verbindet folglich „politische Rhetorik und Regulierungsprogramme mit den »Selbststeuerungs«-Fähigkeiten der Subjekte selbst“ (ebd., S. 12). Fremd- und Selbstführung gehen dadurch eine Verbindung ein, die das gesamte Leben zu einem Unternehmen macht (ebd.).

Auch ein Scheitern – für das in dieser Logik natürlich selbst die volle Verantwortung getragen werden muss – ändert daran nichts. „Unternehmer seiner selbst bleibt das Individuum nach dieser Ratio auch, wenn es seine Anstellung verlieren sollte. Das Ich kann sich nicht entlassen; die Geschäftsführung des eigenen Lebens erlischt erst mit dem Tod“ (Bröckling, 2013, S. 67).

6.3 Geschlechtliche Subjektivierung

In Kapitel 4.1 konnte bereits gezeigt werden, dass „Geschlecht“ als gesellschaftsstrukturierende Kategorie seit dem 18. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung gewonnen hat und somit auch im Zuge der Subjektconstitution eine herausragende Stellung einnimmt. Besonders Judith Butler hat große Teile ihrer Arbeit diesem Zusammenhang gewidmet. Sie richtet in ihrer Subjekttheorie den Fokus auf die Herstellung der Subjekte, welche „den Diskursen, den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den Mechanismen der Sprache und des Sprechens nicht vorgängig“ (Villa, 2003, S. 41) sind, sondern durch diese – im Sinne einer Subjektivierung – erzeugt werden. Es geht ihr also darum die Mechanismen, mit denen eine bestimmte „Idee des Subjekts“ (Villa, 2003, S. 43) wie etwa die des Subjekts „Frau“ hergestellt wird, aufzuspüren und in weiterer Folge zu ergründen, wie Ideen solcher Art zu gelebten Praxen werden. „Geschlecht“ ist demnach etwas, dass selbst „innerhalb eines Machtdispositivs“ (Ludwig, 2011, S. 158) hervorgebracht wird. Es wird fortwährend durch diskursive und nicht-diskursive Praktiken neu hergestellt und trägt dadurch zur Subjektconstitution bei. Butler identifiziert dabei Heterosexualität als strukturierende Kraft und zeigt, wie „über eine >heterosexuelle Matrix< *sex* und *gender* als entweder weiblich oder männlich hervorgebracht werden“ (ebd.).¹⁷ „Geschlecht“ wird damit zu einer Norm, die zur Vergeschlechtlichung der Subjekte im Zuge ihres Konstitutionsprozesses beiträgt.

¹⁷ Die „heterosexuelle Matrix“ stellt ein diskursives Geflecht dar, welches Zuschreibungen und Vorstellungen von „Geschlecht“ umfasst. Es ist „das Raster der kulturellen Intelligibilität, durch das die Körper, Geschlechtsidentitäten und Begehren naturalisiert werden“ (Butler, 1991, S. 219). Es unterstellt, dass es, „damit die Körper eine Einheit bilden und sinnvoll sind, . . . ein festes Geschlecht geben [muss], das

Um die Auswirkungen dieser Norm in der sozialen Wirklichkeit zu erkunden, bedient sich Butler dem der Sprechakttheorie entlehnten Performativitätskonzept. Dieses beschreibt, wie innerhalb von Sprechakten Objekte durch die Bezeichnung und in dieser hervorgebracht werden (ebd., S. 164). Die Sätze einer Hebamme „Es ist ein Junge“ bzw. „Es ist ein Mädchen“ beispielsweise sind performative Akte, die nicht das „natürliche Geschlecht“ repräsentieren, sondern die Neugeborenen erst zu männlichen oder weiblichen Subjekten machen. (ebd., S. 164 f.). Dies ist allerdings kein einmaliger Akt, die Körper und das „Geschlecht“ entstehen durch Wiederholungen, genauer gesagt aus „Wiederholungen der Norm“ (ebd., S. 165). Das vergeschlechtlichte Subjekt wird also durch einen „Prozeß ständigen Wiederholens, durch den sowohl »Subjekte« wie »Handlungen« überhaupt erst in Erscheinung treten“ (Butler 1997, S. 32), erzeugt. „Geschlecht“ als Norm bleibt dabei allerdings ein Ideal, das angestrebt aber nie vollständig erreicht werden kann (Butler, 1991, S. 112).

Es gibt dabei auch nicht „«jemand», die oder der eine geschlechtliche Norm aufnimmt. Diese Zitierung der geschlechtlichen Norm ist vielmehr notwendig, um sich als ein »jemand« zu qualifizieren, um als ein »jemand« lebensfähig zu werden“ (Butler, 1997, S. 319). Das Subjekt erkennt sich also erst durch „das Zitieren von Geschlecht als Norm in performativen Praxen“ (Ludwig, 2011, S. 169 f.) selbst und wird von anderen anerkannt. Es „konstituiert sich mithin über ein (Selbst-)Verhältnis zu einem vergeschlechtlichten Körper“ (ebd., S. 170) und erzeugt als Ausdruck der vorherrschenden heteronormativen Logik spezifische Formen männlicher oder weiblicher Subjekte (ebd., S. 168). Durch die Naturalisierung des „Geschlechts“ werden die in die Konstitution vergeschlechtlichter Subjekte verstrickten Machtverhältnisse unsichtbar (ebd., S. 170).

6.3.1 Unternehmerin ihrer selbst

Einige Autor_innen haben sich der Frage gewidmet, ob das neoliberale Subjekt denn ein „Geschlecht“ habe. Dabei hat sich die vermeintlich geschlechtsneutrale Anrufung der Subjekte als ein blinder Fleck in der Literatur und Forschung zur neoliberalen Subjektivierung – mit besonderem Fokus auf Gouvernementalitätsstudien im Anschluss an Foucault – herauskristallisiert (Pühl & Schultz, 2001, S. 103). Ist dort vom neoliberalen Subjekt die Rede, dann zumeist nicht, wie in dieser Arbeit versucht, in geschlechtssensibler Weise. Da jedoch das unternehmerische Selbst – als verallgemeinerte

durch eine feste Geschlechtsidentität zum Ausdruck gebracht wird, die durch die zwanghafte Praxis der Heterosexualität gegensätzlich und hierarchisch definiert ist“ (ebd., S. 220).

neoliberale Leitfigur – durch männlich konnotierte Handlungsrationitäten und geschlechtsspezifische Anrufungen formiert wird, produziert und reproduziert es zugleich die in unserer westlichen Gesellschaft vorherrschende Vorstellung von „Männlichkeit“ (Pühl & Schultz, 2001, S. 104).

Es stellt sich daher die Frage, ob es auch ein Pendant zum „Unternehmer seiner Selbst“, also eine „Unternehmerin ihrer Selbst“ gibt – oder „Selbst-Unternehmerin“ wie Bröckling (2002, S. 184) es nennt – und damit einhergehende geschlechtsspezifische Anforderungen an die Subjekte. Das in Kapitel 6.2.1 geschilderte „unternehmerische Selbst“ scheint ohne „Geschlecht“ zu sein, und „in der Tat erfasst die totale Mobilmachung im Zeichen des Marktes gleichermaßen Männer wie Frauen, aber sie erfasst sie nicht unbedingt in gleicher Weise“ (ebd.). Zu dieser Conclusio kommt Bröckling durch die Untersuchung von Geschlechterkonstruktionen innerhalb der Ratgeberliteratur, bei der zu aller erst ins Auge sticht, dass sich viele speziell für Frauen konzipierte Erfolgsratgeber ausmachen lassen, jedoch keine die sich ausschließlich an Männer richten – „in den Erfolgsratgebern bleiben die Frauen das markierte Geschlecht“ (ebd., S. 184).¹⁸

Frauen werden damit einmal mehr mit „Geschlecht“ gleichgesetzt – „Geschlechtlichkeit“ und „Weiblichkeit“ bleiben diskursiv verschränkt. Männer werden dagegen durch ein vermeintlich geschlechtsloses unternehmerisches Subjekt repräsentiert (Ludwig, 2011, S. 203 f.).

Während sich also die Imperative dieser geschlechtsspezifischen Literatur auf den ersten Blick wenig von jener ohne Adressierung an Frauen unterscheiden – propagiert werden Selbstverantwortung, -vermarktung und -optimierung –, wird auf den zweiten Blick jedoch klar, dass ein besonderer „weiblicher“ Erfolgsweg proklamiert wird (Bröckling, 2002, S. 184). So gehen eine Vielzahl dieser Bücher davon aus, Frauen wären mit ganz eigenen und anderen Problematiken konfrontiert als Männer, weshalb sie auch unterschiedliche Strategien entwickeln müssten um Erfolg zu haben. „Die Botschaft ist identisch, doch anrufbar sind und angerufen werden die Frauen immer noch eher in ihrer Identität als Frauen“ (ebd.). Eigenschaften, die Frauen nach Maßgabe der Autor_innen unbedingt entwickeln müssten sind Selbstachtung, -bewusstsein und -vertrauen. Diese werden als etwas präsentiert, das alle haben sollten, also als Norm, als etwas, von dem

¹⁸ Diese fortwährende geschlechtsspezifische Regierung innerhalb neoliberaler Transformationsprozesse führt dazu, dass das Private und die damit verbundenen Reproduktionstätigkeiten weiterhin ein mit „Weiblichkeit“ verknüpfter Bereich bleiben (Michalitsch, 2006b, S. 121). Auch erfolgt die Integration von Frauen – entgegen dem medialen Bild der Karrierefrau – in weiten Teilen des Arbeitsmarktes immer noch nur in marginalisierter Form (ebd., S. 127).

nicht genug vorhanden sein kann und dass sich mit Hilfe der Ratgeber erlernen lässt (ebd., S. 186 f.). Durch die Postulierung dieser Eigenschaften als Lernziel, werden Frauen die erwähnten Eigenschaften implizit aufgrund ihres „Geschlechtes“ abgesprochen (ebd., S. 185). Während Frauen ihr Verhalten von Grund auf ändern sollen, werden Männer lediglich zur Sensibilisierung aufgerufen. Auch Frauenförderung erscheint daher laut Tove Soiland (2009) vielfach „als eine Art Nachhilfe oder nachholende Entwicklung“ (S. 45).

Damit werden dichotom stereotype Vorstellungen von Geschlechterrollen reproduziert, innerhalb derer von zurückhaltenden, ängstlichen Frauen ausgegangen wird, die die Durchsetzungskraft und das Selbstbewusstsein eines Mannes erst noch erlernen müssen (Bröckling, 2002, S. 185). Auch werden damit einmal mehr hegemonial „männliche“ Eigenschaften als einzig wahre Erfolgsgaranten und anzustrebendes optimales Verhalten konstruiert.

Paradoxerweise werden zeitgleich „weibliche“ Formen der Menschenführung und Kommunikation als neues Erfolgsrezept präsentiert. Der Erfolgsfaktor „männliche Dominanz“ wird durch emotionale Intelligenz ersetzt, welche – durch ihre geschlechtsspezifische Sozialisation – Frauen in besonderem Ausmaß besitzen sollen. „Weibliche“ Soft Skills wie etwa Kooperationsbereitschaft werden als genau jene Fähigkeiten angepriesen, die Projektteams zum Aufstieg verhelfen. Doch hinter der Rhetorik von weiblicher Empathie und Sanftheit verbirgt sich ein schonungsloser Konkurrenzkampf und der Appell mit jenen – und nur mit jenen – zu kooperieren, die auch „dem eigenen Fortkommen nützen“ (ebd., S. 191).

Den eigentlichen Kern des Konzeptes der „Unternehmerin ihrer Selbst“ bildet das taktische Hin- und Herpendeln zwischen „männlicher Härte“ und weiblich konnotierten Eigenschaften wie Fürsorge und Empathiefähigkeit. Sollen Geschlechterverhältnisse als „Subtext neoliberaler Anrufungen“ berücksichtigt werden, reicht es also nicht, moralische Normen zu untersuchen, welche zur Selbstverantwortung aufrufen und dazu, niemandem zur Last zu fallen (Pühl & Schultz, 2001, S. 103 f.). Stattdessen muss auch danach gefragt werden „welches >zur Last zu fallen< im Sinne von >von anderen versorgt werden< weiterhin gesellschaftsfähig ist bzw. wie die Sorge für andere in eine an Frauen herangetragene individualisierte Handlungsrationalität, also eine >feminisierte Verantwortung<, umformuliert wird“ (ebd., S. 104).

In diesem Feld paradoxer Anforderungen, in welchem sich die Subjektivierungsform der „Unternehmerin ihrer Selbst“ herausbildet, sollen sich Frauen also auf ihr „Anders-Sein“ besinnen und nach traditionellen Weiblichkeitsmodellen

agieren und sich gleichzeitig „vom Verhaftetsein an ihr Geschlecht lösen“ (Bröckling, 2002, S. 191) können, um alle ihre Ressourcen zu mobilisieren und flexibel reagieren zu können.

Es soll nun auch „die Geschlechtsidentität konsequent in den Dienst des Erfolges gestellt und der gleichen Flexibilisierungsnorm unterworfen werden wie jede andere Dimension des Selbst“ (ebd., S. 192), während sie gleichzeitig „Festschreibungsstrategien der Geschlechterordnung“ (Pühl & Schultz, 2001, S. 121) unterworfen bleibt.

Methodischer Zugang

7 Grundlagen der Methode

7.1 Diskurs, Diskurstheorie und Diskursanalyse

Das Feld der Diskursforschung hat sich in den letzten Jahren, vor allem in den Sozialwissenschaften, spürbar erweitert und vervielfältigt. In diesen herrscht „ein Grundkonsens darüber, dass die Beziehungen der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte symbolische Sinnsysteme oder Wissensordnungen vermittelt werden“ (Keller, 2011, S. 7). Kein Konsens herrscht, wenn es darum geht, eine gemeinsame Definition der Diskursanalyse zu finden. Im Allgemeinen kann von einer „Forschungsperspektive auf besondere, eben als Diskurse begriffene Forschungsgegenstände“ (ebd., S. 9) gesprochen werden.

Die Wurzeln aktueller Diskursforschung können nach Keller (2011) bis zu den frühen Theorien von Michel Foucault zurückverfolgt werden. Schon aus dessen 1966 erschienenem Werk „Die Ordnung der Dinge“ ist herauszulesen, dass er sich klar gegen die Vorstellung einer linearen Entwicklung der Wissenschaft, welche fortschreitenden Erkenntnisgewinn erwarten lässt, ausspricht. Vielmehr gelingt es ihm, im Rückblick auf verschiedene Epochen „spezifische, sukzessiv auftauchende und sich ablösende grundlegende Wissensordnungen bzw. allgemeine Erkenntnisstrukturen“ (ebd., S. 16) aufzuspüren. Er zeigt also auf, dass Wissen und auch Erkenntnisse keine von Gesellschaft losgelöst betrachtbare Historie besitzen.

Sowohl Diskurstheorien, als auch -analysen beschäftigen sich im Allgemeinen mit dem Sprachgebrauch innerhalb von gesellschaftlichen Praktiken. Durch sprachliche Bezeichnungen werden Phänomene mit Bedeutungen aufgeladen, demzufolge sozial konstruiert, und schaffen damit eine bestimmte Form von Realität. Einzelne Elemente, wie etwa ein Zeitungsartikel, werden dabei als Teil einer größeren und komplexeren Diskursstruktur verstanden, die sowohl von institutionell-organisatorischen Kontexten erzeugt, als auch stabilisiert wird (Keller, 2011, S. 14 ff.).

Der Diskursbegriff bezieht sich, je nach Gegenstand der Untersuchung und Forschungszielen der Diskursanalyse, mitunter auf sehr Unterschiedliches. Foucault (1981) versteht Diskurse „als Praktiken . . . , die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (S. 74), genauer gesagt als die sprachlichen Aspekte von diskursiven Praxen, also dem Netz aus Medien, Autoren, Institutionen etc., welches Wissen produziert (S.

Jäger, 2012, S. 23). Gegenstände, Phänomene u. dgl. werden somit durch ihre Bezeichnung erst diskursiv hervorgebracht, womit nach Bublitz (2001) „die Differenz von Bezeichnetem und Bezeichnendem“ (S. 231) verschwindet. Diskurse repräsentieren damit nicht nur die soziale Wirklichkeit, sondern konstituieren und ordnen die Gesellschaft und sind daher nicht vorab, sondern erst nach der Analyse des Diskursmaterials, mittels derer sie rekonstruiert werden, benennbar (ebd.). Mittels Diskursanalyse wird versucht, „gesellschaftliche Regelmäßigkeiten [zu rekonstruieren], ohne deren Ordnungsstrukturen aus einer vorgängig formulierten Gesellschaftstheorie zu beziehen“ (ebd., S. 233). Das heißt, sie kommt ohne das vorhergehende Sammeln von empirischen Einzelbeobachtungen aus, die dazu dienen eine schon bestehende Theorie zu überprüfen. Das was sie aufspüren möchte – die Regelstrukturen der Gesellschaft – liegt „im empirischen Material selbst“ (ebd.) vor. Mittels dieses erwähnten Aufspürens soll ermöglicht werden, Aussagen in der Gesellschaft und ihre Zusammenhänge zu identifizieren. Diskursanalyse ist demnach ein Verfahren zur Analyse der Gesellschaft und ermöglicht Aussagen über Aussagen in dieser zu machen (ebd.), oder wie Foucault (1981) es nennt „Diskurse über Diskurse“ (S. 292) hervorzubringen. Diskursanalyse kann und will nicht darüber Auskunft geben wie etwas wirklich gewesen ist, sondern vielmehr aus der Perspektive der Analytiker_innen die Bedingungen rekonstruieren, unter denen diskursive Regelmäßigkeiten der sozialen Wirklichkeitskonstruktion hervorgebracht werden (Bublitz, 2001, S. 233). Sie ist dabei selbst Teil einer bestimmten Theorie von Gesellschaft, in deren „Zentrum der Diskursbegriff als strukturierendes Prinzip von Kultur und Gesellschaft steht“, das heißt „Diskursanalyse generiert selbst eine Gesellschaftstheorie, aus dem, was jeweils Diskursgegenstand ist, und aus der Art und Weise der Problematisierung des Gegenstandes werden jeweils Grundannahmen über die Funktionsweise von Gesellschaft rekonstruiert“ (Bublitz, 1999, S. 27). Theorie und Methode entwickeln sich also synchron während des Forschungsprozesses, was bedeutet, dass Diskurse gleichzeitig Gegenstand der Analyse, als auch Instrumente der Diskursanalyse sind (ebd.; Bublitz, 2001, S. 232). Dabei lassen sich aber nur Elemente der Diskurse als solche erkennen über die bereits Wissen in der Gesellschaft vorhanden ist. Das heißt die Analyse „findet die Konstruktionsweisen von Gesellschaft im Archiv der Gesellschaft selbst. . . . Es kann nur das (re-)konstruiert werden, was schon vorhanden oder . . . zumindest denkbar ist“ (Bublitz, 2001, S. 237).

Diskurse konstruieren aber nicht nur Realität, wie zuvor ausführlich dargelegt wurde, sondern ihnen haftet gleichermaßen die Möglichkeit zur Dekonstruktion an. Hannelore Bublitz (2001) führt dazu weiter aus:

Durch die Koppelung von Konstruktion und Dekonstruktion erhalten Diskurse gleichermaßen den Status von Gegenständen einer Diskurstheorie, in deren Licht sie soziale Wirklichkeiten und Ordnung(en) konstituieren, und von diskursanalytisch-methodischen Verfahrensregeln, die die Regelmäßigkeit des Sozialen als Artikulation einer Wirkmächtigkeit von Diskursen zu rekonstruieren erlauben. (S. 234)

Indem die Diskursanalyse also ermöglicht, das historische Gewordensein der Ordnungsstrukturen der sozialen Wirklichkeit aufzuzeigen, weist sie damit implizit auf die Möglichkeit zur Veränderung ebendieser hin, sie vollzieht also eine Deontologisierung der gegebenen Verhältnisse (ebd.; Bublitz, Bührmann, Hanke & Seier, 1999, S. 13).

Wie schon zuvor erwähnt orientiert sich das Vorgehen der Diskursanalyse stark an dem Gegenstand der Untersuchung und kann dadurch mitunter variieren. Nach Margarete Jäger (2004, S. 339) lassen sich jedoch fünf wesentliche Grundprinzipien von Diskursanalysen ausmachen. In einem ersten Schritt wird das interessierende Thema – der Diskurs(strang) – sowie auch das Medium, anhand dessen dieses untersucht werden soll (z.B. Tageszeitung), begründet und charakterisiert. Dabei werden die „wichtigsten Verläufe und Schwerpunkte des Diskurses“ (ebd.) herausgearbeitet. Darauf folgend wird ein Materialarchiv erstellt und sich an diesem mit Hilfe eines für das Forschungsvorhaben geeigneten Analyseleitfaden abgearbeitet. In einer anschließenden Strukturanalyse werden inhaltliche Merkmale des Materials aufgedeckt. Dazu gehören die im Material behandelten Themen, deren Häufungen sowie auch „das Fehlen bestimmter Thematiken“ (ebd.). Ausgehend von den Ergebnissen der Strukturanalyse werden in einem vierten Schritt ein oder mehrere für den interessierenden Diskurs(strang) typische Elemente des Materialarchivs einer Feinanalyse unterzogen. „Dies geschieht, indem die Textoberfläche ebenso wie die sprachlich-rhetorischen Mittel . . . und die inhaltlich-ideologischen Aussagen systematisch analysiert werden“ (ebd.). Den Abschluss bildet die Zusammenführung und Reflexion der in der Struktur- sowie anschließenden Feinanalyse gewonnen Erkenntnisse, um Aussagen über die Gesamtheit des untersuchten Diskurs(stranges) tätigen zu können (ebd.).

8 Angewendete Methoden

Im Zuge meines Forschungsvorhabens kommen die Kritische Diskursanalyse (vgl. S. Jäger, 2001, 2012, 2013), der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse (vgl. Reisigl & Wodak, 2001; Reisigl, 2007; Wrana, Ziem, Reisigl, Nonhoff & Angermüller, 2014), sowie die Feministische Kritische Diskursanalyse (vgl. Lazar, 2004, 2007) in Kombination mit

einem queer-linguistischen Ansatz (vgl. Coates, 2013; Motschenbacher & Stegu, 2013) zur Anwendung, auf welche in den folgenden Unterkapiteln näher eingehen wird.

8.1 Kritische Diskursanalyse

Die *Kritische Diskursanalyse (KDA)* nach Siegfried Jäger (2012) orientiert sich stark an Michel Foucaults Diskurstheorie und bietet, wie auch dieser, kein fixes Grundgerüst zur Analyse, sondern vielmehr Vorschläge und Werkzeuge mit denen es gilt, eigenständig, angepasst an das jeweilige Forschungsziel, zu verfahren. Das heißt, es ist vom Gegenstand der Analyse abhängig zu machen, welche der angebotenen Instrumente zur Anwendung kommen (ebd.). Auch kann es notwendig sein die Werkzeugkiste zu erweitern, ungeeignete Instrumente zu ersetzen oder schon vorhandene zu präzisieren (S. Jäger, 2013).

Die *KDA* bezieht ihre Analyseinstrumente aus den Sozialwissenschaften, der Linguistik und anderen Disziplinen. Siegfried Jäger (2012) merkt hier allerdings an, dass sie „nur am Rande an Sprache interessiert [ist], denn diese existiert nur als Konstruktionssystem für mögliche Aussagen. Und darum geht es: Die Ermittlung von möglichen Aussagen als den Atomen von Diskursen“ (S. 8).

Diskurs definiert die *KDA* allgemein als einen Wissensfluss bzw. als soziale Vorräte von Wissen. Diskurse werden hier nicht als bloße Spiegel der Wirklichkeit angesehen, sondern führen „gegenüber der Wirklichkeit ein . . . >Eigenleben<“ (S. Jäger, 2012, S. 33), indem sie selbst eine eigene Art von Materialität herstellen. Sie erzeugen also eine eigene Form der Wirklichkeit die sich aus vergangenen Diskursen und auch aus aktuellen formiert (ebd.). Mit anderen Worten wird Bewusstsein durch Produktion einer gesellschaftlichen Wirklichkeit formiert, die zur Subjektbildung beiträgt. Dabei sind die Diskurse derart mit der Gesellschaft verstrickt, dass sie aktuelle Gegebenheiten, aber auch wie sich diese gesellschaftliche „Wirklichkeit“ zukünftig entwickelt, maßgeblich mitbestimmen. Ein Diskurs kann nach diesem Verständnis als etwas aufgefasst werden, dass von allen Subjekten, also der Gesellschaft an sich, gemacht wird. Da es aber „für empirische subjekte [*sic*]“ [k]einen „subjektivitätsraum [*sic*] gänzlich außerhalb jeglicher diskurse [*sic*] geben kann“ (Link, 1986b; zitiert nach S. Jäger, 2012, S. 40), erzeugen auch die Diskurse eine spezifische Form von Subjektivität.

Die von der *KDA* zur Verfügung gestellten Methodiken wollen das Rüstzeug bereitstellen, um „die dem Wissen impliziten Machteffekte und ihre jeweilige Akzeptabilität offenzulegen“ (S. Jäger, 2012, S. 39). Wie auch in den Arbeiten Foucaults

(siehe Kapitel 5.2 und 6.1) sind die Begriffe Macht und Wissen von zentraler Bedeutung, da die *KDA* Diskurse ebenso als Träger von spezifischen Wissensformationen versteht die Macht ausüben, indem sie Verhaltensweisen und neue Diskurse auslösen können (ebd., S. 11). In der Analyse kann so versucht werden, die Verstrickung von Diskursen, als einen Komplex von Macht und Wissen, mit der Subjektkonstituierung näher zu beleuchten, ohne dabei einem objektiven allgemein gültigen Wahrheitsanspruch verhaftet zu sein. Ganz im Gegenteil möchte die *KDA* genau diese „Wahrheiten“ in Diskursen an die Oberfläche holen, sie damit kritisierbar machen und in weiterer Folge potentielle Veränderungen ermöglichen (ebd., S. 8). Der Ansatz verfolgt dabei sowohl den Anspruch der Inter- sowie auch Transdisziplinarität (ebd., S. 11), um der Komplexität von Diskursen Rechnung zu tragen.

Siegfried Jäger (2012, S. 80 ff.) führt einige Terminologien ein, um Diskurse trotz ihrer Fülle und Verschränkungen strukturierbar und damit auch leichter analysierbar zu machen. Im Folgenden werden diese näher erläutern und im Zuge der Analyse des Datenmaterials auch – wo nötig – auf diese zurückgegriffen.

Texte oder Textteile, welche sich auf spezifische *Themen* beziehen, bezeichnet Jäger als *Diskursfragmente* (ebd., S. 80). Bezüglich der vorgefundenen Themen kann sich eine zusätzliche Unterscheidung in *Haupt-* und *Unterthemen* als sinnvoll erweisen (ebd., S. 87). Treten thematisch gleichartige Fragmente gehäuft auf, lassen sie sich zu einem *Diskursstrang* verbinden (ebd., S. 80 f.). Da sich Texte in der Regel auf verschiedene Themen beziehen, also mehrere Diskursstränge enthalten, kommt es zu so genannten *Diskursstrang-Verschränkungen*. Durch diese Verschränkungen beeinflussen sie sich wechselseitig und erzeugen *diskursive Effekte*. So kann beispielsweise „eine rassistisch gefärbte Argumentation . . . der Stützung eines nationalistischen Argumentationszusammenhangs dienen“ (ebd., S. 81).

Als *diskursive Ereignisse* werden jene Ereignisse bezeichnet die besonders wirkmächtig sind. Dies äußert sich in der Regel dadurch, dass sie von Politik und Medien in besonders großem Ausmaß aufgegriffen werden und damit einen enormen Einfluss auf Diskursstränge ausüben. Diskursive Ereignisse können in weiterer Folge Aufschlüsse auf den *diskursiven Kontext* geben, auf welchen sich Diskursstränge beziehen (ebd., S. 82). Diskursstränge selbst können auf einer Vielzahl verschiedener *Diskursebenen* wie etwa der Politik oder den Medien operieren, wobei diese Ebenen sich gegenseitig beeinflussen und mitunter stark verschlungen sind. So kommt es etwa dazu, dass Medien Alltagsdiskurse mitunter stark beeinflussen (ebd., S. 84). Der Standort, von welchem aus sich eine einzelne

Person oder ein Medium am Diskurs beteiligt, wird mit dem Begriff *Diskursposition* bezeichnet. Stellen sich die Positionen innerhalb eines Diskurses als sehr homogen heraus, kann dies als Hinweis auf dessen Hegemonialität aufgefasst werden (ebd., S. 85). Bezogen auf eine spezifische Gesellschaft, Zeit und Ort, bilden die Diskurstränge gemeinsam den *gesamtgesellschaftlichen Diskurs* (ebd., S. 86).

Als vollständig bzw. hinreichend erschöpft kann die Diskursanalyse dann betrachtet werden, wenn sie „inhaltlich und formal [keine] neuen Erkenntnisse zu Tage fördert“ (S. Jäger, 2001, S. 101).

8.2 Wiener kritische diskursanalytische Schule

Dieser Ansatz der kritischen Diskursanalyse, der auch unter dem Namen *Diskurshistorischer Ansatz* bekannt ist (Wrana, Ziem, Reisigl, Nonhoff & Angermüller, 2014), wurde zum ersten Mal in den 80er Jahren in Wien zur Analyse der Konstitution eines antisemitischen stereotypen Feinbildes, im Zuge des öffentlichen Diskurses um die Präsidentschaftskandidatur von Kurt Waldheim, angewandt (Reisigl & Wodak, 2001). Der Ansatz wurde seitdem einer ständigen Weiterentwicklung unterzogen, versteht sich schon seit seinen Anfängen als problemorientiert, interdisziplinär und gesellschaftskritisch und greift auf Methoden und Theorien der Text- und Soziolinguistik, Argumentationstheorie, Rhetorik u. a. m. zurück (Reisigl, 2007, Abs. 2).

Der Forschungsschwerpunkt liegt im Wesentlichen im „Verhältnis von Geschichte, Politik und Sprache“ (ebd., Abs. 8). Ab den späten 1970er Jahren wurde der Schwerpunkt um die Erforschung von Identität erweitert (ebd.). Primär kommen dabei qualitative Analysen zum Einsatz, in einem geringeren Maß werden jedoch auch quantitative Forschungsmethoden eingesetzt (ebd., Abs. 17). Obwohl um Transparenz und Präzision der Analyse bedacht, versteht sich der Ansatz – genau wie auch die *KDA* – dezidiert nicht als neutral und objektiv (ebd.; S. Jäger, 2012, S. 8).

In der Analyse konzentriert sich der Ansatz laut Titscher, Wodak, Meyer und Vetter (1998, S. 192) auf die inhaltliche Ebene, also die Themen, die sich im fokussierten Diskurs aufspüren lassen, die hier wirksam werdenden argumentativen Strategien, sowie auf die Versprachlichung auf der Wort-, Satz- bzw. Textebene.

Dabei wird nach Martin Reisigl und Ruth Wodak (2001, S. 44 ff.; Reisigl, 2007, Abs. 18; Wodak, 2001, 72 f.) – im Wesentlichen fünf Analysekategorien folgend – zuallererst herausgearbeitet, wie im Text anhand nominativer oder referentieller Strategien soziale Akteur_innen z.B. als zu einer bestimmten Gruppe zugehörig, konstruiert und

repräsentiert werden (Reisigl & Wodak, 2001, S. 45). In einem zweiten Schritt wird analysiert, mit welchen Zuschreibungen diese versehen sind, also welche prädikationalen Strategien angewendet werden. Zu diesen zählen beispielsweise stereotype Zuschreibungen negativer oder positiver Eigenschaften, welche implizit oder explizit geäußert werden können (ebd.). Der dritte Schritt widmet sich der Identifizierung der angewandten argumentativen Strategien, welche der Rechtfertigung der erwähnten positiven oder negativen Attributionen dienen (ebd.). Anschließend wird die diskursive Repräsentation bzw. Rahmung in den Fokus des Interesses gerückt um zu ergründen, wie die Sprecher_innen ihre eigene Involviertheit in das diskursive Geschehen ausdrücken. Die fünfte und letzte Kategorie untersucht Strategien der Intensivierung und Abschwächung. Dies dient der näheren Bestimmung des epistemischen Status einer Äußerung, da durch jene Strategien Aussagen verstärkt bzw. abgeschwächt werden, wodurch sie die Absichten der Sprecher_innen genauer zum Ausdruck bringen.

Obwohl vorwiegend zur Erforschung von Vorurteilen auf dem Gebiet des Rassismus und Antisemitismus entwickelt, ist eine der grundlegenden Annahmen dieses Ansatzes, dass durch Sprache im Generellen Ungleichheiten und Diskriminierungen (re-)produziert und legitimiert werden (ebd., S. 47). Desweiteren hat Ruth Wodak – die zu den Mitbegründer_innen der diskurshistorischen Schule gehört – selbst mehrere Studien und Publikationen dem Zusammenhang zwischen Sprache, „Geschlecht“ und Politik gewidmet (Wodak, 1997a, 1997b, 2005). Daher wird versucht, die Methode auch für das Forschungsvorhaben der vorliegenden Arbeit fruchtbar zu machen, auch wenn der Anspruch der interdisziplinären Interpretation und Triangulation¹⁹ der Datenerhebung (Reisigl, 2007, Abs. 2) aus zeitlichen und personellen Gründen bedauerlicherweise vernachlässigt werden muss.

8.3 Feministische Kritische Diskursanalyse

An Foucaults Diskurstheorie angelehnte Ansätze, sowie auch dekonstruktive Ansätze nach Jacques Derrida gewannen innerhalb der feministischen Theorien der Sozialwissenschaften seit den 90er Jahren an Ansehen (Hark, 2001, S. 353). Diese Herangehensweisen wurden insofern interessant, als dass sie soziale Ordnungen und Unterschiede als konstruiert annehmen und damit geeignet sind Probleme zu behandeln, die in der feministischen

¹⁹ Der Begriff Triangulation bezeichnet nach Flick (2005) im Allgemeinen „die Kombination verschiedener Methoden, verschiedener Forscher, Untersuchungsgruppen, lokaler und zeitlicher Settings sowie unterschiedlicher theoretischer Perspektiven in der Auseinandersetzung mit einem Phänomen“ (S. 330).

Theorie omnipräsent sind. Es handelt sich dabei vor allem um die Problematik, dass „in der Frauen- und Geschlechterforschung [Geschlecht bzw. das Geschlechterverhältnis] zwar als Erkenntnisgegenstand vorausgesetzt [werden], . . . aber zugleich als etwas kontinuierlich Hergestelltes, in sozialen und kulturellen Praxen Gemachtes und nicht per se Gegebenes begriffen werden. Daraus resultiert . . . , daß Geschlecht auch im und durch feministisches Wissen in einer spezifischen Weise konstruiert wird“ (ebd.).

Die genannten Ansätze machen es möglich, sowohl den Konstruktionsprozess der Geschlechterhierarchien zu analysieren als auch zugleich „Werkzeuge für die kritische Arbeit der Befragung der eingesetzten Erkenntnismittel sowie der Konstitution des Forschungsgegenstandes“ (ebd., S. 354) bei der Hand zu haben.

Michelle M. Lazar (2004, 2007) hat näher erläutert, wie eine Verschränkung von Diskursanalyse und Feminismus in der Praxis Anwendung finden kann. Ich werde mich im Folgenden vorwiegend auf ihre Konzeption einer feministischen kritischen Diskursanalyse konzentrieren, welche im weiteren Verlauf – wie auch von Lazar selbst – als *FCDA* bezeichnet wird. Die *FCDA* versteht sich als Verbindungsglied zwischen kritischer Diskursanalyse und feministischer Theorie und verfolgt das Ziel, die komplexen Wirkungen von Macht und Ideologien in Diskursen – als tragende Stütze hierarchischer, geschlechtsspezifischer Sozialordnungen – zu analysieren, sowie dementsprechende Analysen voranzutreiben (ebd., 2007, S. 141). Lazar (2007, S. 145 ff.) führt hierbei folgende fünf Grundprinzipien einer feministischen diskursanalytischen Praxis näher aus:

1. Feministisch-analytischer Aktivismus

Das zentrale Anliegen der *FCDA* ist es, jene Diskurse zu kritisieren, welche eine patriarchale Gesellschaftsordnung aufrechterhalten. Eine feministische Perspektive hilft dabei in Erinnerung zu rufen, dass viele soziale Praktiken in dem Sinn vergeschlechtlicht sind, dass sie sich sowohl im Diskurs widerspiegeln, als auch in ihm konstituiert werden (ebd. S. 145). Das heißt, dass „Geschlecht“ als Gesellschaft ordnende Kategorie angewandt wird, die es Menschen ermöglicht – basierend auf spezifischen, unsymmetrischen Bedeutungen von „männlich“ und „weiblich“ – soziale Praktiken zu verstehen sowie diese zu strukturieren (ebd.).

Die *FCDA* soll aber nicht bei einer feministischen Kritik an jenen hierarchischen Geschlechterarrangements stehenbleiben, sondern muss sich laut Lazar um soziale Transformation bemühen, also eine Gesellschaft zum Ziel haben, in welcher „Geschlecht“ nicht länger vermag zwischenmenschliche Beziehungen oder auch die Vorstellung davon,

wer wir sind und was wir werden können, zu determinieren (ebd.). Dies soll erreicht werden durch, wie es Lazar nennt, „analytischen Aktivismus“ (ebd.). Für diesen ist eine dialektische Beziehung zwischen Praxis und einer Theorie von Nöten, die es ermöglicht ein kritisches Bewusstsein zu kreieren und feministische Strategien des Widerstands und der Veränderung zu entwickeln. Lazar (2011) führt dazu aus:

In other words, to speak from the position of a ‘woman’ is not the same as speaking from the political perspective of a feminist. To know as a ‘woman’ means to know from the perspective of the structure of gender, whereas a feminist perspective means that one has a critical distance on gender and on oneself. (S. 145)

Trotz der eben erwähnten Distanz versteht sich die *FCDA* als kritischer praxisorientierter Ansatz, der weder einen Anspruch auf Neutralität haben kann noch will, sondern vielmehr anerkennt, dass jegliches Wissen einem spezifischen sozialen und historischen Kontext entspringt (ebd., S. 146).

2. Anerkennung von „Geschlecht“ als ideologische Struktur

Die in der Gesellschaft vorherrschende Konzeption von „Geschlecht“ wird als ideologische Struktur verstanden, die Menschen entweder der Kategorie „Frau“ oder „Mann“ zuordnet und dadurch eine von geschlechtlichen Differenzen abgeleitete Dichotomie von Arbeit und menschlichen Eigenschaften schafft. Grant (1993; zitiert nach Lazar, 2007, S. 146) hält dazu Folgendes fest: „It is true that the structure of gender acts through and is inscribed on sexed bodies, but the whole idea of two sexes only has meaning because those meanings are required by the gender structure in the first place“. Diese auf „Geschlecht“ basierenden Strukturen werden erzeugt und auch aufrechterhalten, indem entsprechende Ideologien unaufhörlich als vernünftig und natürlich repräsentiert und verbreitet werden.

Ziel der *FCDA* ist es aufzuzeigen, wie Geschlechterstrukturen in gesellschaftlichen Institutionen und sozialen Praktiken – welche zwischen den Individuen und der Gesellschaftsordnung vermitteln – (re-)produziert werden (ebd., S. 147).

3. Berücksichtigung der Komplexität der Beziehung von „Geschlecht“ und Macht

Zwei wichtige Anliegen der *FCDA* bestehen in der Anerkennung von Unterschieden zwischen Frauen (und Männern) sowie auch in der Erkenntnis, dass (vergeschlechtlichte)

Subjekte von den gegebenen Machtpraxen unterschiedlich beeinflusst werden.²⁰ Diese operieren vorwiegend kognitiv, basieren also auf einer Internalisierung von Geschlechternormen, welche in Texten und (Alltags-)Gesprächen (re-)produziert werden (ebd., S. 148).

Ziel der *FCDA* muss es daher sein zu untersuchen, wie diese Normen diskursiv erzeugt werden, sowie auch kritisch zu beleuchten, welche Akteur_innen Zugang und/oder Einfluss auf diese Diskurse haben.

Da die Unterdrückung aufgrund des „Geschlechts“ weder von allen Frauen gleich empfunden und erlebt wird noch an jedem Ort und zu jeder Zeit gleich diskursiv erzeugt wird, ist für die *FCDA* eine Perspektive wichtig, die nicht universalistisch ist und wachsam bezüglich der diskursiven Aspekte verschiedenster Formen der Unterdrückung und der Interessen, die hierbei eine Rolle spielen (ebd., S. 149).

4. Beachtung der Bedeutung von Diskursen in der (De-)Konstruktion von „Geschlecht“

Ein weiteres Interesse der *FCDA* liegt darin, wie Geschlechterideologien und auf „Geschlecht“ basierende Machtverhältnisse in Repräsentationen sozialer Praktiken, sozialen Beziehungen zwischen Menschen und in sozialen und persönlichen Identitäten in Texten und Gesprächen (re-)produziert, verhandelt und umkämpft werden (ebd., S. 150). Zugrunde liegt der *FCDA* in diesem Feld das Prinzip der Geschlechter-Relationalität, welches entweder explizit oder implizit wirkt. „Geschlecht“ als relationale Kategorie zu fassen bringt mit sich, den Fokus auf diskursive Ko-Konstruktionen verschiedener Wege „of doing and being a woman and a man in particular communities of practice“ (ebd.) zu legen, sowie auch auf Dynamiken zwischen verschiedenen Formen von „Männlichkeit“ und deren Rolle innerhalb von Hierarchien (ebd.).

Die hohe Komplexität bei den Wechselbeziehungen zwischen „Geschlecht“, Macht und Ideologie in Diskursen erklärt die große Offenheit der *FCDA* für interdisziplinäre Forschung. Die Interdisziplinarität vollzieht sich dabei idealerweise sowohl auf der Ebene der sozialen und politischen Fragen welche die Analyse adressiert, auf der Ebene der

²⁰ Das sich mittlerweile die Ansicht durchsetzen konnte, dass die Kategorie „Frau“ genauso wenig universell für alle Frauen stehen kann wie die Kategorie „Mann“ alle Menschen mit einschließt, ist eine wichtige Errungenschaft von Feminist_innen im Anschluss an die zweite Frauenbewegung (Lazar, 2007, S. 149). Ebenso die Erkenntnis der Intersektionalitätsforschung, dass sich Diskriminierungen anhand von „Geschlecht“ und anderen machtvollen Kategorien wie etwa „race“, „Klasse“ oder „Sexualität“ überschneiden, weshalb die Unterdrückung aufgrund des „Geschlechts“ weder überall und von allen gleich erlebt, noch diskursiv inszeniert wird (ebd.).

Für eine Einführung in das Konzept der Intersektionalität siehe Walgenbach (2012).

angewendeten Methoden, als auch hinsichtlich dem Bilden feministischer Forschungsprojekte und den daraus resultierenden Möglichkeiten interdisziplinärer Publikationen (ebd., S. 151).

5. Kritische Reflexivität als Praxis

Kritische Reflexivität ist ein wichtiges Instrument in der Praxis der Feministischen Kritischen Diskursanalyse (ebd., S. 152). Von besonderem Interesse ist hier, wie sie sich in institutionellen Praxen²¹ manifestiert und welche Folgen dies für die Möglichkeit von Veränderung in sozialen und personalen Haltungen und Praktiken von Individuen mit sich bringt (ebd.). Eine permanente kritische Selbstreflexivität der eigenen theoretischen Positionen und Praktiken²² ist dabei für Feminist_innen, welche eine radikale Transformation von auf „Geschlecht“ basierenden Gesellschaftsstrukturen hin zu sozialer Gerechtigkeit und uneingeschränkten Möglichkeiten für Frauen und für Männer erreichen möchten, unumgänglich (ebd.).²³ Eine kritische diskursanalytische Untersuchung der vorherrschenden restriktiven Strukturen ist ein Schritt in ebendiese Richtung (ebd., S. 153).

Ich möchte an dieser Stelle das Konzept von Lazar (2007) um ein sechstes, vor allem in der Queer-Linguistik²⁴ thematisiertes Prinzip ergänzen (Coates, 2013; Motschenbacher & Stegu, 2013), auf welches meiner Ansicht nach in der von Lazar (2004, 2007) beschriebenen Feministischen Kritischen Diskursanalyse nicht bzw. nicht ausreichend eingegangen wird.

²¹ Die *FCDA* ist hier sowohl an progressiven institutionalen Praktiken, als auch an der strategischen Verwendung von Feminismus zur Erreichung weiterer, nicht-feministischer Ziele interessiert (Lazar, 2007, S. 152).

²² Die feministische Selbstreflexivität muss dabei immer auch die eigene akademische Praxis inkludieren, um nicht einem akademischen Ethnozentrismus aufzusitzen, der unter anderem daraus resultieren kann, dass Gefühle von wissenschaftlicher und kultureller Überlegenheit nicht hinterfragt werden (Lazar, 2007, S. 155).

²³ Es soll an dieser Stelle auf die Gefahr hingewiesen werden, sich (neo-)liberaler Denkweisen zu bedienen, wenn von Begriffen wie Gleichheit die Rede ist, da Gleichheit von einer liberalen Perspektive aus ein „gleich wie Männer“ impliziert. Statt radikaler Veränderungen in der Geschlechterordnung, werden Frauen also aufgerufen sich lediglich in vorherrschende androzentristische Strukturen einzufügen. Des Weiteren geht die dominante liberale Ideologie von einer Gleichheit aller Frauen aus, was es weißen, westlichen, heterosexuellen Frauen der Mittelklasse erlaubt ihre Erfahrungen als universell – erlebt von allen Frauen – darzustellen und die materiellen Bedingungen und Bedürfnisse nicht in dieses Schema passender Frauen auszublenden (Lazar, 2007, S. 153).

²⁴ Die Queer-Linguistik verbindet Diskursanalyse und Queer-Theorie und legt ihren Schwerpunkt auf die kritische Analyse von Heteronormativität aus einer linguistischen Perspektive (Motschenbacher & Stegu, 2013, S. 521 f.).

Für eine Einführung in Queer-Theorie siehe Jagose, 2001.

6. Kritik heteronormativer Hierarchien

Die kritischen Analysen der Queer-Linguistik beschäftigen sich vor allem mit (sprachlichen) Mechanismen, welche Heterosexualität als Norm konstruieren, von welcher aus Geschlechtsidentitäten (re-)produziert werden, sowie mit Geschlechterbinarität, welche Geschlechterdifferenzen als natürlich konstruiert und die Basis dafür bildet was Judith Butler (1991) als "heterosexuelle Matrix" (siehe Kapitel 6.3) bezeichnet hat (Motschenbacher & Stegu, 2013, S. 522).²⁵

Heteronormativität räumt dabei nicht nur Heterosexualität im Allgemeinen eine privilegierte Position ein, sondern spezifischen Formen von Heterosexualität, welche das Verhalten von Personen normativ strukturieren. Beziehungen sollen nicht nur idealtypisch aus einem Mann und einer Frau bestehen, sondern diese sollen auch eine bestimmte Altersrelation aufweisen, stereotyp „männliche“ oder „weibliche“ Berufe ausüben und dergleichen mehr (ebd., S. 524).

Queer-Linguist_innen versuchen aufzuzeigen wie Differenzen zwischen Männern und Frauen als signifikant konstruiert werden, wohingegen Ähnlichkeiten oft keine Erwähnung finden. Genau wie der Umstand, dass es sich sowohl bei Ähnlichkeiten als auch Unterschieden nur um Tendenzen handelt und keine klaren geschlechtsspezifischen Fakten (ebd., S. 522). Überhaupt verstehen sie sich als kritisch gegenüber der Verwendung von Kategorien wie „Frauen“ und „Männer“, welchen oft eine universelle Relevanz zugeschrieben wird, ohne deren Kontext und kulturelle, sowie historische Variabilität zu berücksichtigen (ebd., S. 522 f.).

Aber auch alle anderen Identitätskategorien sind – ausgehend von einer queer-linguistischen Perspektive – kritisch zu hinterfragen, da sie Personen regulieren und exkludieren, welche nicht alle normativen Voraussetzungen dieser Kategorien erfüllen²⁶ (ebd., S. 523).

Da in der Analyse des Datenmaterials versucht wurde, alle soeben dargelegten Ansätze zu kombinieren, werden im empirischen Teil dieser Forschungsarbeit unter dem Begriff „Diskursanalyse“ alle genannten Zugänge subsumiert.

²⁵ Für ein konkretes Anwendungsbeispiel queer-linguistischer Diskursanalyse siehe Coates, 2013.

²⁶ Es ist jedoch auch innerhalb queerer Forschung aufgrund von pragmatischen Zielen nicht immer möglich auf die Benützung sämtlicher traditioneller Kategorien wie etwa „Frauen“, „Männer“, „lesbisch“, „schwul“ etc. zu verzichten (Lazar, 2007, S. 523). Selbstverständlich sollen diese Kategorien aber nicht als selbstevident angenommen werden, weshalb ihre Verwendung einer kritischen Reflexion bedarf (ebd., S. 529).

Empirischer Zugang

Nach der Benennung der Ziele der Untersuchung und des Untersuchungs-gegenstandes, dem theoretischen Hintergrund sowie der Erläuterung der gewählten Methodiken, folgen nun die nächsten Analyseschritte laut Jäger (2012, S. 90) – die nähere Bestimmung der Materialgrundlage (Kapitel 9), die Beschreibung der Struktur des Materialkorpus und der Diskursposition der Zeitschriften im Zuge der Strukturanalyse (Kapitel 10) sowie die Feinanalyse, in der ausgewählte Diskursfragmente einer tiefergehenden Analyse unterzogen werden (Kapitel 11).

9 Materialauswahl und -korpus

Als Analysematerial dienen Artikel aus den wöchentlich erscheinenden deutschen Zeitschriftenmagazinen *Der Spiegel* und *Focus* aus den Jahren 1999 bis 2014. Es wurden bewusst Wochenmedien herangezogen, da diese durch die längeren Produktionszeiten zwischen dem Erscheinen der einzelnen Ausgaben eine tiefgreifendere und detailliertere Berichterstattung erwarten lassen, als etwa Tageszeitungen (Wetzstein, 2011, S.23). Die konkrete Entscheidung für ein Magazin, innerhalb der Fülle an erhältlichen Wochenmedien, fiel auf *Der Spiegel* und *Focus*, da diese zwei der, innerhalb Deutschlands, meistzitierten Wochenmagazine²⁷ sind, was darauf schließen lässt, dass beide große Bedeutung für die Entwicklung vorherrschender und zukünftiger Diskurse haben. Sie sind also stark meinungsbildende Medien und haben diesen Anspruch zudem auch an sich selbst.²⁸

„Medien [regulieren]. . . das Alltagsdenken und nehmen erheblichen Einfluß auf die jeweils machbare und gemachte Politik“ (S. Jäger, 2001, S. 99). Auch werden in Medien Konflikte um Interpretations- und Deutungshoheiten öffentlich ausgetragen, was sie zu einer „zentrale[n] Arena der gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktion“ (Keller, 2011, S. 39) macht. Da sie auch gegenseitig voneinander Informationen übernehmen und sich dadurch bezüglich der vermittelten Inhalte vielfache Überschneidungen ergeben, spricht S. Jäger (2001) auch von „dem Mediendiskurs“ (S. 99). Indem „Wirklichkeiten“

²⁷ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/306813/umfrage/meistzitierte-wochenmedien-in-deutschland-5-jahres-auswertung>

²⁸ <http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/45CA3E395B329908C12573FC0038E5B2?OpenDocument> und http://www.hubert-burda-media.de/geschäftsfelder/verlage-inland/marken/-focus_aid_8254.html

konstruiert und somit der gesellschaftliche Diskurs in erheblichem Maß mitgestaltet wird, üben Medien auch einen großen Einfluss auf Subjektivierungsprozesse und damit wiederum auf gegebene Geschlechterverhältnisse aus.²⁹

Wie die Subjekte im Neoliberalismus idealerweise formiert sein sollten fasst Michalitsch (2006a) wie folgt zusammen: „Neoliberalismus fordert einen neuen Menschen: flexibel und individualisiert, kommunikativ und international, genoptimiert und zukunftsgläubig, unternehmerisch und konkurrenzorientiert, aktiv und maximierend. Nichts bestimmt ihn mehr als der ökonomische Erfolg“ (S. 14). Menschen werden also mit anderen Worten dazu aufgerufen ein „unternehmerisches Selbst“ (Bröckling, 2013) zu sein (siehe Kapitel 6.2.1).

Auch in verschiedensten Maßnahmen der Gleichstellungspolitik wird diese neoliberale Theorie sichtbar, wenn strukturelle Ursachen möglicher Benachteiligungen verschleiert und Probleme „als individuell handhabbar“ (Soiland, 2009, S. 40) konstruiert werden. Der Appell einer Verhaltensänderung – meist in Richtung „männlich“ codierter Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen – richtet sich vorwiegend an Frauen, vorherrschende androzentristische Strukturen werden dadurch reproduziert (ebd.). Zudem lassen sich die der Theorie inhärenten Geschlechterverhältnisse, laut Meuser (2009), auch dann erkennen, wenn vermeintliche Differenzen zwischen den „Geschlechtern“ auf ihren eventuellen ökonomischen Nutzen durchforstet werden. „Geschlecht“ wird in diesem Prozess zu einer Humanressource, die Subjekte zu Humankapital. Es ergeben sich demnach geschlechtsspezifische Auswirkungen auf die Regierten, die auf komplexe Art und Weise mit ihrer Subjektconstitution verstrickt sind (ebd.).

Diese neoliberale Verwertungslogik, sowie auf Differenz basierende Geschlechterverhältnisse durchziehen als hegemoniale Diskurse (nahezu) sämtliche Gesellschaftsbereiche und prägen daher auch die mediale Berichterstattung.

Ausgehend von diesen Annahmen habe ich mich in der vorliegenden Arbeit auf den medialen Diskurs rund um das Instrument der „Frauenquote“ konzentriert, da sich hier wirtschaftspolitische mit genderpolitischen Interessen überschneiden, was erwarten lässt, dass anhand von diesem gut analysierbar ist, welche (neuen) Subjektivierungsformen sich im Spannungsverhältnis zwischen der vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftslogik und gegebenen Geschlechterarrangements identifizieren lassen.

²⁹ Es sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich dies in keiner einfachen Ursache-Wirkungs-Kette vollzieht, sondern im Zuge eines fortwährenden sozialen Konstruktionsprozesses (siehe Kapitel 6.3).

Das Jahr 1999 wurde dabei als Ausgangspunkt gewählt, weil in diesem, im Zuge des Inkrafttretens des Amsterdamer Vertrags, der Ansatz „Gender Mainstreaming“, also das Vorhaben, durch politische Entscheidungen – unter welche auch die Einführung der Maßnahme der „Frauenquote“ fällt – zur Gleichstellung der Geschlechter beizutragen, EU-weit verbindlich wurde.³⁰

Auf Medien aus Deutschland wurde zum einen fokussiert, um sprachliche Barrieren und mangelnde Vergleichbarkeit mehrsprachiger Diskurse zu vermeiden, und zum anderen, weil der Zeitungsmarkt Deutschlands der größte Europas ist (Bundesverband deutscher Zeitungsverleger, 2014, S. 2) und der enorme Einfluss des Landes innerhalb der Europäischen Union nicht von der Hand zu weisen ist (Cafruny & Ryner, 2007).³¹

Der so entstandene Materialkorpus setzt sich aus 25 Artikeln aus *Focus* und 42 Artikeln aus *Der Spiegel* – also insgesamt 67 Artikeln – aus den Jahren 2001 und 2009 bis 2014 zusammen, welche den Online-Archiven der jeweiligen Magazine entnommen wurden. Im Zuge der Recherche wurden nur jene Artikel in den Korpus aufgenommen, welche sich explizit dem Thema „Frauenquote“ widmen und dieses nicht nur – wie bei vielen verworfenen Artikeln der Fall – lediglich am Rande erwähnen.³² Dieses Vorgehen dient der Eingrenzung der Materialgrundlage, um ein bewältigbares Ausmaß dieses Forschungsprojektes nicht zu überschreiten und gleichzeitig die für die Analyse fruchtbarsten Artikel in den Korpus aufzunehmen.

10 Strukturanalyse

Im Folgenden wird nun, im Zuge der Materialaufbereitung, die Position der verwendeten Zeitschriften im Diskurs durch deren Charakterisierung mittels Zielgruppe, Reichweite u. dgl. dargestellt. Darauf folgt ein Überblick über die Struktur des gewonnenen Materialkorpus mittels Herausarbeitung diskursiver Ereignisse, besonders dominanter Themen und anderer Auffälligkeiten. Ein Dossier soll dabei einen Überblick über alle im Material identifizierbaren Themen verschaffen.

³⁰ siehe <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html>

³¹ Sogar *Der Spiegel* selbst hat diesem Umstand in der Ausgabe vom 21. März 2015 unter dem Titel „THE GERMAN ÜBERMACHT“ einen Schwerpunkt gewidmet (siehe <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2015-13.html>).

³² Diesem Umstand ist es auch geschuldet, dass sich der gesamte Untersuchungszeitraum von 1999 bis 2014 erstreckt, die in den Materialkorpus aufgenommenen Artikeln aber nur sechs Jahren dieses Zeitraums zugeordnet werden können.

10.1 Diskursposition der Zeitschriften

Unter einer Diskursposition versteht man den Ort, „von dem aus *Einzelne oder Gruppen und Institutionen* Diskurse produzieren und bewerten“, d. h. sie kennzeichnet „wie die diskursiv vermittelten jeweiligen Lebenslagen die inhaltliche Stellung zum Diskurs . . . bestimmen“ (M. Jäger, 2004, S. 339). Sie im Zuge der Diskursanalyse zu beleuchten hilft also dabei herauszufiltern welche Grundhaltungen Medien oder sonstige Akteuer_innen haben, welche Verstrickungen innerhalb und mit dem Diskurs bestehen und welche Machtbeziehungen dadurch zum Tragen kommen (ebd).

10.1.1 Focus

Focus ist eine seit 1993³³ wöchentlich in Deutschland erscheinende Zeitschrift des Medienhauses Hubert Burda Media – benannt nach Eigentümer Hubert Burda – welches unter anderem die Magazine *TV-Spielfilm* und die deutsche Ausgabe des *Playboy* herausgibt.³⁴ Nach eigenen Angaben richtet sich das Haus mit seiner Medienmarke BurdaNews, welcher *Focus* und die beiden anderen genannten Zeitschriften zugeordnet werden, „vornehmlich an männliche Zielgruppen“³⁵.

Zurzeit rangiert *Focus* auf Platz drei der meistzitierten Wochenmedien in Deutschland³⁶ und erreichte nach eigenen Angaben im Jahr 2014 4,54 Millionen Leser_innen.³⁷

Die Leser_innenschaft besteht laut *Focus* selbst aus den „Leistungsträger[n] dieser Gesellschaft“³⁸. Darunter werden „die modernen Meinungsbildner unserer Zeit“ verstanden, wozu unter anderem „Top-Manager der Bundesrepublik aus Wirtschaft und Verwaltung“³⁹ gezählt werden. *Focus* versteht sich selbst als Leitmedium dieser „leistungsorientierten Entscheider“, also „Menschen, die für eine bürgerlich verantwortungsbewusste Haltung stehen . . . und zum Leitmilieu in Wirtschaft und Gesellschaft zählen“⁴⁰.

³³ http://www.hubert-burda-media.de/unternehmen/historie/1990-1999/1990-1999-die-90er-jahre_aid_7108.html

³⁴ <http://www.hubert-burda-media.de/geschaeftsfelder/medienmarken-national/burdanews/>

³⁵ ebd.

³⁶ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/306813/umfrage/meistzitierte-wochenmedien-in-deutschland-5-jahres-auswertung>

³⁷ <http://www.hubert-burda-media.de/geschaeftsfelder/medienmarken-national/burdanews/>

³⁸ http://www.hubert-burda-media.de/geschaeftsfelder/verlage-inland/marken/-focus_aid_8254.html

³⁹ ebd.

⁴⁰ <http://www.medialine.de/deutsch/mediadaten/focus.html>

Laut aktuellen Statistiken setzt sich die Hauptzielgruppe aus 30 bis 59-jährigen Berufstätigen mit hohem Bildungsabschluss zusammen. Den größten Anteil hierunter machen die Spitzenverdiener_innen.⁴¹

In seiner Berichterstattung beschränkt sich das Magazin laut Selbstbeschreibung nicht nur auf die Beschreibung von Problemen, „sondern bietet Lösungen an“⁴², „ordnet . . . Fakten ein und bewertet sie“⁴³.

Ob es *Focus* wirklich gelingt, das „Entscheidende aus allen gesellschaftlichen Bereichen in den Blick“ zu nehmen und dabei auch noch „unideologisch“⁴⁴ zu sein, wird sich im Zuge der Analyse herausstellen.

10.1.2 Der Spiegel

Das Magazin *Der Spiegel* erscheint wöchentlich in Deutschland und rund 150 weiteren Ländern und wurde seit dem ersten Erscheinen 1947 – bis zu dessen Tod 2002 – von Rudolf Augstein herausgegeben.

Als „das meistzitierte deutsche Medium“⁴⁵ verkaufte das Magazin 2014 weltweit „rund 867.893 Exemplare“⁴⁶ wöchentlich und erreichte damit 6,11 Millionen Leser_innen.⁴⁷ Diese Leser_innenschaft ist nach eigenen Angaben „männlich, gebildet und einkommensstark“⁴⁸. Laut aktuellen Statistiken besteht diese Hauptzielgruppe im Konkreten aus Männern zwischen 30 und 49 Jahren, welche über Hochschulreife und ein Netto-Haushaltseinkommen von mindestens 2500 Euro im Monat verfügen.⁴⁹ Bei diesen handelt es sich laut dem Magazin um die wichtigsten Entscheidungsträger_innen der Gesellschaft, denn „wer in Deutschland etwas zu sagen hat oder mitreden möchte, liest den SPIEGEL“⁵⁰.

⁴¹ <http://www.medialine.de/deutsch/mediadaten/focus/leser.html>

⁴² <http://www.medialine.de/deutsch/mediadaten/focus.html>

⁴³ http://www.hubert-burda-media.de/geschaeftsfelder/verlage-inland/marken/-focus_aid_8254.html

⁴⁴ <http://www.medialine.de/deutsch/mediadaten/focus.html>

⁴⁵ <http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/45CA3E395B329908C12573FC0038E5B2?OpenDocument>

⁴⁶ <http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/C226C5F6118D70E0C12573F700562F49?OpenDocument>

⁴⁷ ebd.

⁴⁸ <http://www.spiegel-qc.de/medien/print/der-spiegel>

⁴⁹ ebd.

⁵⁰ <http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/C226C5F6118D70E0C12573F700562F49?OpenDocument>

Sich selbst beschreibt *Der Spiegel* in seiner Berichterstattung als gänzlich „politisch unabhängig“ und „keiner Partei oder wirtschaftlichen Gruppierung“⁵¹ nahestehend. Seine „fast ausschließlich selbstrecherchierte[n], exklusive[n] Beiträge“ machen ihn – eigenen Angaben zufolge – zudem zu einer „relevante[n] Informationsquelle für Journalisten“⁵².

10.2 Strukturanalytische Aspekte des Materialkorpus

Was nach der Erstellung des Korpus als erstes auffiel, war die Tatsache, dass innerhalb des Untersuchungszeitraumes erst ab dem Jahr 2010 eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik „Frauenquote“ einsetzt, welche bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes (31. Dezember 2014) anhält und in den Jahren 2010, 2011 und 2013 am stärksten ausgeprägt ist.

Die starke Beschäftigung mit der Maßnahme der Frauenquote setzt Mitte 2010 damit ein, dass in der CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.) Stimmen laut werden, die eine gesetzliche Quote fordern, falls es keine Fortschritte bezüglich mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsratsposten gibt.⁵³ Auch in den Folgejahren sind es immer wieder mögliche gesetzliche Bestimmungen, welche die mediale Bearbeitung der Thematik in Gang setzen. Es sind dies 2011 vor allem die von – der damals amtierenden Bundesministerin für Arbeit und Soziales – Ursula von der Leyen⁵⁴, und auch im Zuge der „Berliner Erklärung“⁵⁵, geforderte 30-Prozent-Quote „für Aufsichtsräte und Vorstände“ in „börsennotierten Unternehmen“⁵⁶, und die 2012 von „EU-Justizkommissarin Viviane Reding“ geforderten „40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen“⁵⁷. Die Verhandlung dieser Begebenheiten dominiert die Berichterstattung, bis ab Ende 2013 der Gesetzesvorschlag von SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands), welcher eine „Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent“ „bei Neubesetzungen von

⁵¹ <http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/440FBE98BAF7E2F8C1256FD5004406DD?OpenDocument>

⁵² <http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/45CA3E395B329908C12573FC0038E5B2?OpenDocument>

⁵³ http://www.focus.de/magazin/archiv/focussiert-ministerin-droht-wirtschaft-mit-frauenquote_aid_513907.html

⁵⁴ <http://www.ursula-von-der-leyen.de/chronologie.html>

⁵⁵ Bei der „Berliner Erklärung“ handelt es sich um eine „überparteiliche Initiative von Frauenverbänden und Parlamentarierinnen für mehr Chancengleichheit in der Wirtschaft“ (siehe <http://www.berlinererklaerung.de/presse/>).

⁵⁶ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-76659499.html>

⁵⁷ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-84519351.html>

Aufsichtsräten“⁵⁸ ab dem Jahr 2016 vorsieht, das führende Thema wird und dieses auch bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes bleibt.⁵⁹ Es kann hier somit von diskursiven Ereignissen (Jäger, 2012, S. 82) gesprochen werden, welche die Behandlung der Thematik forciert und den Diskurs stark beeinflusst haben.

Neben der Herausarbeitung möglicher diskursiver Ereignisse wurden alle im Materialkorpus enthaltenen Artikel – die sogenannten Diskursfragmente (Jäger, 2012, S. 80) – hinsichtlich der darin vorkommenden Haupt- und Unterthemen gesichtet, um den Inhalt und thematische Schwerpunkte zu identifizieren und somit einen Überblick über die Struktur des Diskurses der „Frauenquote“ zu erlangen. Ein Hauptthema, welches dadurch identifiziert werden konnte und in mehr als zwei Dritteln aller Artikeln behandelt wird, ist das der gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen, da diese auch – wie die Herausarbeitung der diskursiven Ereignisse gezeigt hat – der ausschlaggebende Anreiz waren, sich medial mit dem Thema der Frauenquote auseinanderzusetzen. Die Quote wird im Zuge dessen vorwiegend mit Verpflichtungen und Zwang in Zusammenhang gebracht, welche ihrerseits im Gegensatz zu Freiheit der Unternehmen und Selbstregulation des Marktes stehen. Dabei wird vor allem auf befürchtete Sanktionen bei Nichteinhaltung von Quotenregelungen hingewiesen und für eine freiwillige Selbstverpflichtung plädiert. Oftmals geschieht dies mit der Begründung, es handle sich bei der Frauenquote ohnehin um reine Symbolpolitik.

Ebenfalls sehr dominant ist das als „Erfolgsfaktor Frau“ benannte Thema, innerhalb welchem Frauen zugeschriebene Qualitäten auf ihren Nutzen für Unternehmen und die Politik hin betrachtet werden. Die Sinnhaftigkeit einer Frauenquote wird dabei vor dem Hintergrund ihres ökonomischen Werts verhandelt. Die im Diskurs zu Wort kommenden Akteur_innen versprechen sich von einem höheren Frauenanteil in Führungspositionen und der dadurch entstehenden „Vielfalt“ vor allem erfolgreichere Unternehmen und Wirtschaftswachstum. Die konkret zu erwartenden Erfolgsversprechen reichen dabei von 10 Prozent mehr Rendite⁶⁰ über „48 Prozent mehr Gewinn“⁶¹, bis hin zur Überwindung der Finanzkrise in folgedessen⁶².

⁵⁸ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122611248.html>

⁵⁹ http://www.focus.de/finanzen/news/wendt-kalkuliert-frauenquote-gut-fuer-die-aktie_id_4327069.html und <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-125966638.html>

⁶⁰ http://www.focus.de/finanzen/news/tid-20866/wirtschaft-zum-glueck-eine-frau_aid_578997.html

⁶¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71030045.html>

⁶² http://www.focus.de/magazin/archiv/focussiert-merk-frauenquote-gesetzlich-verankern_aid_521607.html

Starke Verschränkungen bestehen zum Thema „Geschlechterdifferenzen“. Es befasst sich vorwiegend mit geschlechtsspezifischen Unterschieden, etwa in der gewählten Ausbildung und der durch Geschlechterdifferenzen hervorgerufenen Vielfältigkeit. Genau diese ist es, welche von Unternehmer_innenseite auf ihren potentiellen Nutzen hin überprüft wird und Einfluss darüber ausübt, ob ein Mehr an Frauen in Führungspositionen als Chance oder Belastung gesehen wird.

Das Thema „Leistung“ lässt Leistung und Qualifikation als bedeutendste Aspekte bei der Besetzung gehobener Positionen erscheinen und stellt das Leistungsprinzip als oberste Maxime dar, von welcher nicht abgerückt werden sollte. Im Zuge der Verhandlung wird die Quote dabei oftmals als potentielle Gefahr für dieses Prinzip präsentiert.

Sehr präsent im Diskurs ist auch das Thema „Familie und Beruf“. Es verhandelt die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben in Bezug auf Führungspositionen. Dabei wird vor allem die Familien- und Frauenfreundlichkeit von Unternehmen als möglicher Schlüssel zu einem Mehr an Frauen in Führungspositionen dargestellt.

Für einen besseren Überblick über die gesamte thematische Bandbreite des Materialkorpus folgt nun ein Dossier mit den im Diskurs um die Frauenquote identifizierbaren Hauptthemen. Diesen wurden die darin enthaltenen Unterthemen (jeweils nach dem Doppelpunkt; Unterunterthemen wurden in Klammer angeführt) zugeordnet. Besonders häufig vorkommende Unter- bzw. Unterunterthemen wurden durch Fettmarkierung hervorgehoben. Die Hauptthemen sind, nach der Häufigkeit ihres Vorkommens im Diskursmaterial, in absteigender Reihenfolge angeordnet.

Gesetze und Bestimmungen:

Anreize bzw. **Sanktionen bei Nichteinhaltung**, Empfindung der Quote durch Unternehmer_innen (Chance, **Druck**, Belastung, **Zwang**), EU-weite Regelungen, **Freiwilligkeit** oder **Verpflichtung**, Quote als Fortschritt bzw. Rückschritt, **Quote als Symbolpolitik**, Quote als unternehmerische Notwendigkeit, Quote als Zwischenlösung, Gleichstellung im Grundgesetz, Quotenregelungen in anderen Ländern (insb. **Norwegen**), spezifische Bestimmungen („Flexi-Quote“), staatliche Regulierung vs. Eigenverantwortung, **unternehmerische Freiheit**, Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht, **Zielvorgaben**

Frauen als Erfolgsfaktor:

Auswirkungen einer Quotenregelung (Bürokratie, **Unternehmenskultur**, Wettbewerbsverzerrung), Bonuszahlungen, Demografischer Wandel (Fachkräftemangel, Geburtenrate), Modernisierung, **Talente von Frauen**, Verbesserungen für Unternehmen (**Gewinn und Rendite**, Image, weibliche Kaufkraft, **Wirtschaftswachstum**)

Leistung:

Ausbildung, Erfahrung, Erfolg, Kompetenz, Konkurrenz, Motivation, **Leistungsprinzip**, **Qualifikation**, Qualität

Geschlechterdifferenzen:

Diversität, Geschlecht als Gnade bzw. Bürde, Geschlechtsspezifische Kompetenzen/Eigenschaften (**Ausbildung**, Durchsetzungsstärke, Karriereansprüche, **Karrierewille**, Managementfähigkeiten, Selbstvermarktung, „Soft Skills“, Teamarbeit), weibliche Vorbilder

Familie und Beruf:

Ehe und Beziehung, Entweder-oder von Karriere und Familie (Familie als Karrierebremse, Unflexibilität von Frauen durch Familie), **Familien- und Frauenfreundlichkeit von Unternehmen**, Vaterschaft und Mutterschaft, **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** (Arbeitsbedingungen, Elterngeld, Elternzeit, Kinderbetreuung)

Diskriminierung:

Bezahlung, Diskriminierung von Frauen (subtile, systematische und versteckte Diskriminierung), **Gläserne Decke**, Normen, patriarchale Strukturen, Quote ersetzt eine durch eine andere Ungerechtigkeit (Benachteiligung von Hochqualifizierten, Benachteiligung von Männern, unfair für Einzelne)

Frauenförderung:

Differenzierte Förderung, Frauen-Headhunter_innen, Gender Mainstreaming, Mentoring-Programme, Nachwuchsförderung, Weiterbildungskurse

Unternehmensführung:

Auswirkungen der Quote auf Unternehmen (erhöhtes Arbeitspensum durch Frauenförderung, Interessenskonflikte, Internationalität, öffentliche Aufmerksamkeit, Vielfalt), Rangordnung in Unternehmen

Emanzipation:

Befreiung bzw. Druck durch Quotenregelungen, Emanzipation als Luxusproblem, Frauen als Opfer, Herrschaft und Macht

Medien:

Aufgaben der Medien (Beeinflussung, Gegenwart spiegeln und analysieren), Eigeninteresse und Deutungshoheit, Journalismus, Lobbyismus, Mainstream in der Berichterstattung, Unabhängigkeit

11 Feinanalyse

Der im Folgenden feinanalyzierte Text „Wir wollen keine Quote“ (*Focus*, Jänner 2013) kann sowohl aufgrund seiner Argumentation gegen die Einführung einer Frauenquote als auch aufgrund inhaltlicher und sprachlicher Gesichtspunkte als typisch für den untersuchten Diskurs erachtet werden. So wird über Frauen vorwiegend als homogene Gruppe gesprochen, welche in sich keine Differenzierungen aufzuweisen scheint. Auch sind die Autor_innen des Textes – wie auch im restlichen Material – dem Namen nach mehrheitlich als männlich identifizierbar. Männer selbst kommen im Diskurs allerdings nur ganz vereinzelt vor. Die in diesem Diskursfragment behandelten Themen können, aufgrund ihres häufigen Vorkommens im Materialkorpus, ebenfalls als höchst typisch angesehen werden. Dass es sich beim ausgewählten Text um den Leitartikel einer eigens der Quote gewidmeten Ausgabe des *Focus* handelt, lässt zudem auf eine hohe Bedeutsamkeit des Artikels innerhalb des Diskurses schließen.

11.1 Veröffentlichungskontext

Veröffentlicht wurde der Artikel im Jänner des Jahres 2013 und damit in einem jener Jahre, in welchen der mediale Diskurs um die Frauenquote am lebendigsten war. Dies ist unter anderem auf einen Vorschlag der EU-Kommission zurückzuführen, welcher eine verpflichtende 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen vorsieht.⁶³ Auch der ausgewählte Artikel bezieht sich auf diese Angelegenheit, welche im Zuge der Strukturanalyse als diskursives Ereignis herausgearbeitet werden konnte (siehe Kapitel 10.2).

Wie präsent die Thematik der Frauenquote zu diesem Zeitpunkt war, zeigt sich auch in dem Umstand, dass *Focus* dem Thema eine ganze Ausgabe gewidmet hat, welche den Titel „Wir wollen keine Frauenquote! Starke Frauen rebellieren gegen Staats-Diktat und Gleichmacherei“ trägt (siehe Abb. 1 im Anhang). Das inhaltliche Ziel, eine Argumentation gegen die Einführung einer Frauenquote zu verfolgen, wird dadurch ganz klar geäußert.

Umrandet werden diese Worte von zwölf Bildern, welche allesamt in die Kamera blickende, selbstbewusst anmutende Frauen abbilden. Entsprechend hegemonialen Vorstellungen sind diese überwiegend weiß, jung und blond. Es kann darauf geschlossen werden, dass es sich bei ihnen um jene starken Frauen handelt, welche im Titel des

⁶³ <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25532/html/40-der-Sitze-in-Aufsichtsr%C3%A4ten-f%C3%BCr-Frauen>

Magazins Erwähnung finden.

Die genannte Ausgabe widmet der Frauenquote insgesamt vier Artikel, welche allesamt der Kategorie „Titelthema“ untergeordnet werden, sowie eine Leser_innendebatte.

11.2 Sprachlich-inhaltliche Feinanalyse

- 1 *FOCUS Magazin | Nr. 3 (2013) von FOCUS-Redakteur Josef Seitz , FOCUS-*
- 2 *Redakteur Thomas Glöckner (Düsseldorf), FOCUS-Autorin Barbara Jung,*
- 3 *FOCUS-Redakteur Matthias Kowalski, FOCUS-Korrespondentin Ulrike*
- 4 *Plewnia, FOCUS-Redakteur Thomas Röhl, FOCUS-Redakteur Jochen Schuster*
- 5 *und FOCUS-Redakteur Frank Thewes (Berlin)*

Insgesamt sind acht Personen als Autor_innen des Artikels angeführt, wovon zwei dem Namen nach als weiblich identifizierbar sind und sechs Personen als männlich.

Allein die Tatsache, dass der Artikel von acht Personen verfasst wurde – eine für einen Zeitschriftenartikel eher ungewöhnlich hohe Anzahl – lässt ihn als bedeutend für den Diskurs um die Frauenquote erscheinen.

- 6 *Titel: „Wir wollen keine Quote“*

Die Anführungszeichen kennzeichnen den Titel als ein direktes Zitat, welches jedoch keiner konkreten Person zugeordnet werden kann. Ob hier die Autor_innen zu den Leser_innen sprechen oder andere Personen zitiert werden, bleibt unklar. Das verwendete „wir“ produziert jedoch Gemeinsamkeit und legt nahe, dass hier mehrere Personen zugleich sprechen oder aber eine Person im Namen einer Gruppe spricht, deren Verbundenheit sich in der Ablehnung der Quote ausdrückt. Durch das Fehlen der Urheber_innen wohnt dem Satz auch ein vereinnahmendes Element inne: Die Lesenden können für sich entscheiden, wen sie hinter diesem „wir“ vermuten, womit der Möglichkeit, sich selbst in diesem „wir“ zu verorten, ein größerer Raum eröffnet wird. Das Modalverb „wollen“ verweist auf einen starken Wunsch. Es zeigt zudem an, dass das Gewünschte (in diesem Fall „keine Quote“) entweder schon in der Gegenwart präsent ist oder sich aber in der Zukunft unmittelbar realisieren könnte.

- 7 *Diese Woche läuft eine Frist zum Einspruch gegen die Frauenquote ab. Die*
- 8 *meisten Deutschen lehnen diesen Staatseingriff ab. Doch für viele Frauen ist*
- 9 *ihr Nein zur Quote ein Tabu. Hier stehen Prominente zu ihrer Meinung.*

An dieser Stelle wird klar, dass es sich bei der im Titel erwähnten Quote um eine Frauenquote handelt, die – sollte kein „*Einspruch*“ erhoben werden – in naher Zukunft geltend werden könnte. Statt von einem von Politiker_innen geplanten Gesetz oder einer Bestimmung zu sprechen, ist dabei von einem „*Staatseingriff*“ die Rede, der hier – ganz in neoliberaler Manier – als etwas Negatives, Freiheitsbeschränkendes konstruiert wird (Butterwegge, 2008, S. 137).

Durch die Worte „*die meisten*“ und „*viele*“ wird im Text eine anonymisierte und homogene Masse an „*Deutschen*“ bzw. „*Frauen*“ erzeugt, deren tatsächliche Größe zwar unbestimmt bleibt, die aber offenbar eine Mehrheit darstellt. Abgesehen von der vagen Mengenangabe und der einen Eigenschaft der Ablehnung der Frauenquote, werden diese nicht näher konkretisiert. Sie sind viele, sie lehnen die Quote ab und sie sind Deutsche und bzw. oder Frauen. Mehr scheinen die Leser_innen an dieser Stelle nicht wissen zu müssen. Obwohl die Aussage, „*Die meisten Deutschen lehnen diesen Staatseingriff ab*“, darauf schließen lässt, dass hier sowohl von Frauen als auch von Männern die Rede ist, scheint das Verhältnis von Frauen zur Quote im Folgenden noch einer weiteren Präzisierung zu bedürfen. Ihre ablehnende Haltung ist laut den Autor_innen ein „*Tabu*“. Aber nicht generell, sondern nur „*ihr [eigenes] Nein*“, also offen „*Nein zur Quote*“ zu sagen, kommt einem Tabubruch gleich, ist also etwas, das für Frauen mit einer Übertretung gesellschaftlicher Schranken einhergeht. Im Umkehrschluss kann davon ausgegangen werden, dass eine durch Männer geäußerte Ablehnung weder für andere noch für sie selbst ein Problem darstellt. Der Tabubruch scheint demnach in Zusammenhang mit dem Frausein zu stehen. Auch wird „*ihr Nein zur Quote*“ nicht als eine mögliche Einstellung beschrieben, sondern als etwas, das da „*ist*“, also als etwas gleichsam zu den Frauen Gehörendes. Es ist keine nebensächliche Eigenschaft, sondern gehört zentral zu ihnen, ist tief in ihnen verankert. Ein Umstand, zu dem sie aber vielfach nicht stehen können. Im Gegensatz zu „*Prominenten*“.

Deren Meinungen zum Thema „*Frauenquote*“ wird hier aufgrund ihrer Prominenz ein hoher Stellenwert im Diskurs eingeräumt. Es ist auch diese Prominenz, die ihren Aussagen nicht nur Bedeutung verleiht, sondern es ihnen zugleich ermöglicht, eine Meinung öffentlich zu artikulieren, die sonst unterdrückt oder tabuisiert ist. Als jene die es offenbar

geschafft haben sich vom Tabu eines „*Nein zur Quote*“ zu befreien, kommen sie nun den in Zeile 8 bis 9⁶⁴ erwähnten Frauen zu Hilfe, die dies noch nicht konnten.

- 10 *Eigentlich ist es ganz einfach. Nicht einmal Frauen, die eine Frauenquote*
11 *fordern, wollen im Erfolgsfall als Quotenfrau gelten. Noch entschiedener sind*
12 *viele der von FOCUS in der vergangenen Woche Befragten: „Quotenfrau“? Ein*
13 *Schimpfwort. Und tschüss, Quotilde!*

Der Satz, „*eigentlich ist es ganz einfach*“, appelliert in beherrschender Attitüde an den Common Sense und untermauert die im vorhergehenden Absatz getätigten Aussagen, indem er sie – sowie auch das noch Folgende – als unwiderlegbare Fakten darstellt. Zudem suggeriert er, dass aufgrund der Einfachheit der Sachlage „*eigentlich*“ jede_r diese verstehen müsste, wodurch ihr Komplexität abgesprochen wird und zugleich jede weitere, differenziertere Verhandlung des Themas als unnötiger Aufwand delegitimiert wird.

Der von den Autor_innen als „*ganz einfach*“ beschriebene Sachverhalt stellt sich so dar: „*Nicht einmal Frauen, die eine Frauenquote fordern, wollen im Erfolgsfall als Quotenfrau gelten*“. Da „*viele der von FOCUS . . . Befragten*“ als „*noch entschiedener*“ in ihrem Wollen charakterisiert werden, ist demnach davon auszugehen, dass sie nicht nur „*im Erfolgsfall [nicht] als Quotenfrau gelten*“ möchten, sondern einer Quote noch entschiedener ablehnend gegenüber stehen. Wer genau diese „*viele[n] Befragten*“ sind, die hier indirekt zu Wort kommen und wie viele genau, bleibt unklar. Ihre Aussagen fassen die Autor_innen wie folgt zusammen: „*Quotenfrau? Ein Schimpfwort.*“ Durch die Gleichsetzung von „*Quotenfrau*“ als „*ein Schimpfwort*“ wird die „*Quotenfrau*“ als etwas unbestreitbar Negatives, ja Schändliches charakterisiert und damit der Feststellung aus Zeile 10 bis 11⁶⁵ Plausibilität verliehen.

Beim darauf folgenden „*Und tschüss, Quotilde!*“ ist nicht mehr eindeutig erkennbar, ob es sich hierbei noch um eine Zusammenfassung der Befragungsergebnisse handelt, oder ob der Satz ein persönliches „*Fazit*“ der Autor_innen darstellt. Er liest sich wie die herablassende Genugtuung einer Person, die sich erfolgreich gegen die Besetzung einer Position mit einer (Quoten-)Frau durchgesetzt hat.

Da es sich bei dem Schimpfwort „*Quotilde*“ um eine Verbindung des Wortes „*Quote*“ mit einem weiblichen Vornamen handelt – und nicht wie bei „*Quotenfrau*“ mit der

⁶⁴ „*Doch für viele Frauen ist ihr Nein zur Quote ein Tabu.*“ (Z 8-9)

⁶⁵ „*Nicht einmal Frauen, die eine Frauenquote fordern, wollen im Erfolgsfall als Quotenfrau gelten.*“ (Z 10-11)

generalisierten Kategorie „Frau“ –, wird die ihm anhaftende Abwertung auf eine persönlichere Ebene gerückt.

Dass die Autor_innen keinen Bedarf sehen, die Bedeutung der beiden pejorativen Begriffe näher zu erklären, ist eventuell der Annahme geschuldet, die Leser_innen wären bereits ausreichend mit diesen Begriffen vertraut. Es kann jedoch auch als Versuch gelesen werden, der Verhandlung der darin transportierten Behauptungen und deren möglicher Entlarvung als Vorurteile durch Offensive – d.h. durch Beschuldigung – zu entgehen.

Bei eingehender Gesamtbetrachtung des Absatzes kommt die Frage auf, warum der Text sich hier überhaupt um das Wort „*Quotenfrau*“ dreht, ging es doch zuvor noch darum, ob eine gesetzliche Regelung zur Frauenquote eingeführt werden soll oder nicht. Damit wird, ohne beim ersten Lesen sofort ersichtlich zu sein, der Umstand, „*im Erfolgsfall [nicht] als Quotenfrau gelten*“ zu wollen, mit einer Ablehnung der Quotenregelung gleichgesetzt.

Eine Frau die bei Vorhandensein einer Frauenquote aufsteigt, ist in jedem Fall eine Quotenfrau. Wer es ablehnt als Quotenfrau zu gelten, kann nach dieser Logik also zu keinem anderen Schluss kommen, als die Einführung einer Frauenquote abzulehnen.

- 14 *Frauen möchten nicht an die Spitze gehätschelt werden. Selbstverständlich*
15 *erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung*
16 *und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die*
17 *Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.*

In diesem Absatz setzt sich die in Zeile 10 begonnene Schilderung der vermeintlich „*einfach[en]*“ Sachlage fort. Wo allerdings vorher noch von „*viele[n]*“ die Rede war, werden die Aussagen nun auf „*Frauen*“ – als generalisierte Kategorie – an sich bezogen. Dadurch werden sie als homogene Gruppe beschrieben, die in sich nicht weiter differenzierbar ist, und der Wunsch, „*nicht an die Spitze gehätschelt [zu] werden*“ als allgemeine, für alle Frauen geltende Norm etabliert. In dem selben Maß wie die Annahme, der berufliche Werdegang von Frauen wäre – ist die Quote einmal eingeführt – mit keiner Anstrengungen mehr verbunden, würden sie doch gleichsam wie Kinder „*gehätschelt*“ – also mit überzogener Fürsorge bedacht – bis sie ohne viel Zutun ihrerseits „*an die Spitze*“ gelangt sind.

Durch die Aussage, „*selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg*“ wird auch Erfolg zu haben bzw. haben zu wollen zu einer normativen Wertvorstellung von Frauen, die keiner weiteren Erklärung bedarf und daher auch nicht hinterfragt werden muss – sie ist eben „*selbstverständlich*“. Diese Formulierung weckt den Anschein, dass die

Autor_innen davon ausgehen, die Leser_innen wären mit diesen vermeintlichen Tatsachen ebenfalls bestens vertraut.

Obwohl hier schon impliziert wird, dass es sich um den eigenen Erfolg handelt, wird dies im nächsten Satz noch einmal extra betont - „*aber: auf eigenen Erfolg.*“ Dass die Autor_innen dies für nötig befinden, legt nahe, dass es noch einen anderen – einen „fremden“ – Erfolg gibt, nämlich einen, der „*durch die Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut*“ eintritt. Durch eindeutige Zuordnung einer spezifischen genetischen Ausstattung zu Frauen im Allgemeinen wird die Unterscheidung in Männer und Frauen hier – mit der Biologie entlehnten Termini – legitimiert und zugleich naturalisiert. Frauen wären damit – der Logik der Autor_innen folgend – von Geburt an bevorzugt, sofern eine Quotenregelung vorhanden ist. Ob sie eine bestimmte berufliche Position erreichen, würde sich von ihrer Leistung, ihrem Fleiß, ihrer Persönlichkeit und Fähigkeit – den Kardinaltugenden des Neoliberalismus – entkoppeln, ihr Talent und Können unter den Tisch kehren. Die Situation würde also schicksalsgleich in der Hand einer von der Natur gegebenen „*Gnade*“ liegen, welche Frauen „*im Erbgut*“, also in den Genen, liegt. Eine solche Logik verkennt die den real gegebenen Verhältnissen innewohnenden, auf „Geschlecht“ basierenden, strukturellen Diskriminierungsformen, welche eine eventuelle Einführung einer Frauenquote überhaupt erst nötig machen. Durch eine derartige Argumentation werden die vorherrschenden Vorstellungen von „Geschlecht“ als eine biologisch determinierte Kategorie und damit auch die darauf fußenden Geschlechterverhältnisse stabilisiert. Damit werden deren Eingebettet-Sein in spezifische historische und soziale Kontexte sowie ihre damit einhergehende Veränderbarkeit verschleiert.

Wie der Erfolg erreicht werden soll, wenn nicht durch jene soeben behandelte „*Gnade*“, lässt sich ebenfalls dem Text entnehmen. Was zählt sind „*Leistung*“, „*Persönlichkeit*“, „*Fähigkeit*“ und „*Fleiß*“, also Tugenden des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling, 2013), die es ermöglichen sollen, sich frei und eigenverantwortlich den gegebenen Anforderungen anzupassen.

Die Argumentation der Autor_innen stellt das Vorhandensein der genannten Eigenschaften bei Frauen in Führungspositionen, für die eine Quotenregelung besteht, allerdings in Frage.

Im folgenden Absatz werden nun mehrere direkte Zitate angeführt, welche die bisherigen Argumentationslinien des Textes untermauern:

18 „Die Frauenquote bedeutet für mich die Diskriminierung des weiblichen
19 Geschlechts“, befindet die Bundesvorsitzende der Jungen Unternehmer, Lencke
20 Wischhusen. CSU-Politikerin Dagmar Wöhrl bekräftigt: „Eine fähige Frau
21 braucht die Quote wie ein Walfisch eine Kapuze.“ Die Biologin Christiane
22 Nüsslein-Volhard, Nobelpreisträgerin 1995, zu FOCUS: „Eine Quote verletzt
23 die Würde der Frau. Denn jede Frau in einer Leitungsposition würde zur
24 Quotenfrau. Das ist ein Stigma, das sich auch durch hervorragende Leistungen
25 nicht tilgen lässt.“

Diesen Aussagen scheint von Seiten der Autor_innen nichts mehr hinzuzufügen zu sein – außer den Vor- und Nachnamen sowie den Tätigkeitsbezeichnungen der Urheber_innen – was ihnen eine spezifische individuelle Identität verleiht (van Leeuwen, 2008, S. 35). Dass hier Frauen in hohen Positionen zu Wort kommen, kann als zusätzliche Bestätigung für das Unnötigsein einer Quotenregelung gelesen werden. Die Textstelle „für mich“ im ersten Zitat (Z 18-19) verweist auf die Aussage als eine persönliche Meinung. Dass dieses trotzdem zur Untermauerung der in den vorhergehenden Absätzen getätigten Feststellungen angeführt wird, deutet darauf hin, dass der persönlichen Meinung von Prominenten große Bedeutung für die Allgemeinheit zugesprochen wird. Letzte Zweifel an der Gültigkeit dieses persönlichen Blickwinkels werden ausgelöscht, indem er durch ein weiteres Zitat „bekräftigt“ wird, nach welchem „eine fähige Frau . . . die Quote [so wenig braucht] wie ein Walfisch eine Kapuze“.

„Eine fähige Frau“ impliziert hier einmal mehr, dass Quote UND als fähige Frauen in einer Führungspositionen wahrgenommen zu werden, einen Widerspruch darstellen. Dies wird zwei Sätze weiter abermals untermauert, wenn es heißt, dass sich das „Stigma [Quotenfrau], . . . auch durch hervorragende Leistungen nicht tilgen lässt [Hervorh. d. Verf.]“. Gute Leistung ist demnach zwar kein Nachteil, wird aber im Falle einer Quotenregelung von dieser überschattet. Das Sprichwort etwas zu brauchen „wie ein Walfisch eine Kapuze“ unterlegt dies zusätzlich mit bildlicher Sprache. Dass diese Redewendung die realen Verhältnisse verkennt, wird klar, wenn ihr Inhalt und dessen Bedeutung auf diese umgelegt werden. Denn wenn fähige Frauen keine Frauenquote brauchen, es aber unbestreitbar wenige Frauen in Führungspositionen gibt, würde das unweigerlich bedeuten, es gäbe wenige qualifizierte Frauen. Dass dem nicht so ist, erfahren die Leser_innen sogar im Text selbst, wo es an späterer Stelle heißt, dass Frauen

„nicht mehr nur gleich qualifiziert sind, sondern heute [sogar] die besseren Abschlüsse machen“ (Z 49-50).

Die scheinbare und für alle Frauen gleichermaßen geltende Tatsache, dass „eine Quote . . . die Würde der Frau [verletzt]“, legt nahe, dass es unter ihrer Würde ist, nicht allein aufgrund der im vorhergehenden Absatz genannten Attribute *Leistung*“, „*Persönlichkeit*“, „*Fähigkeit*“ und „*Fleiß*“ (Z 15-16) einen Posten zu besetzen und somit, dass diese bei Vorhandensein einer Quotenregelung, auch keine Beachtung finden würden.

Das erwähnte „*Stigma*“, dass „jede Frau in einer Leitungsposition [automatisch] zur *Quotenfrau* [würde]“, wird hier als Schicksal konstruiert, dem nur mit der Nicht-Einführung der Frauenquote entgangen werden kann, denn nicht einmal „durch hervorragende Leistungen [Hervorh. d. Verf.]“ ließe sich dieses beseitigen. Zudem verschleiert die Selbstverständlichkeit, mit der hier auf die Bezeichnung Quotenfrau als ein Stigma referiert wird, die spezifischen historischen und gesellschaftlichen Kontexte, in denen, was als stigmatisierend angesehen wird und was nicht überhaupt erst entsteht.

Interessant ist, dass in diesem Absatz in Zusammenhang mit Stigma nicht etwa von beseitigen, sondern von „*tilgen*“⁶⁶ die Rede ist. Die Verwendung dieses Wortes, welches vorwiegend in Verbindung mit Schulden im Sprachgebrauch auftaucht, legt die Frage nahe, ob sich Frauen, die bei Vorhandensein einer Quotenregelung aufsteigen, etwas zu Schulden kommen lassen. Tatsächlich taucht das Thema „Schuld“ an mehreren Stellen des Textes auf, welche suggerieren, Frauen hätten ihr begrenztes Vorhandensein in Führungspositionen durch ihre Entscheidungen selbst verursacht.⁶⁷ Auch die Argumentationslinie, dass Frauen – sofern es eine Frauenquote gibt – nur ausgewählt werden könnten, weil sie eben Frauen sind, lässt die Frage zu, ob sich Frauen, die wissentlich von einer Quote profitieren, mit Schuld beladen könnten.⁶⁸

26 ***Eine exklusive FOCUS-Umfrage zeigt mit aktuellen Zahlen, wie gespalten***
27 *die Deutschen bei diesem Thema sind. Die Mehrheit, 52 Prozent, lehnt eine*

⁶⁶ „Das ist ein Stigma, das sich auch durch hervorragende Leistungen nicht tilgen lässt.“ (Z 24-25)

⁶⁷ „Diese Frauen benachteiligen sich selbst.“ (Z 151)

„Unternehmen können nicht dafür bestraft werden, dass sich Frauen entscheiden, ihre Erwerbsbiografie zu unterbrechen oder wenig gefragte Fächer zu studieren.“ (Z 152-154)

⁶⁸ „Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.“ (Z 14-17)

28 *gesetzliche Frauenquote ab (ja: 44 Prozent). Selbst unter den Frauen überwiegen*
29 *mit 50 Prozent die Gegnerinnen (ja: 47 Prozent).*

Durch die Hervorhebung der Textstelle „*eine exklusive FOCUS-Umfrage zeigt mit aktuellen Zahlen*“ durch die Autor_innen wird klar, dass sie von diesen als besonders bedeutend erachtet wird. Ihre Bedeutung erfährt durch die Worte „*exklusiv*“ und „*aktuell*“ zusätzliche Verstärkung. Wer befragt wurde, wie viele Personen insgesamt oder aber welchem (beruflichen) Kontext diese entstammen, bleibt unerwähnt. Klar ist nur, dass „*die Deutschen*“ befragt wurden, auf welche hier aus einer vermeintlichen Außenposition generalisierend Bezug genommen wird.

Trotzdem wird hier mit der Auflistung der Ergebnisse in Form statistischer Kennzahlen ein hohes Maß an Faktizität der angeführten Ergebnisse erzeugt (Michalitsch, 2014, S. 42). Denn „mit Statistik verbindet sich der Anspruch der Abbildung von Realität, der Neutralität und Objektivität“ (ebd.). Mit ihr vermittelte „gesellschaftliche Verhältnisse“ erscheinen so als sicher und werden „auf einen leicht zu fassenden numerischen Nenner“ (ebd.) gebracht, welcher komplexe Realitäten überschaubar werden lässt und sich auf diese „entkontextualisierend wie enthistorisierend“ (ebd.) auswirkt.

Durch die Einleitung des Satzes zur Ergebnisaufschlüsselung der „Frauen-Gruppe“ mit „*selbst unter Frauen*“⁶⁹ zeigen die Autor_innen auf, dass auch diese mehrheitlich gegen eine Quotenregelung sind. In „Wirklichkeit“ also sind die meisten Frauen Quoten-Gegner_innen. Dies zu äußern ist ihnen jedoch aufgrund der Tabuisierung nur in einer Umfrage, nicht aber in aller Öffentlichkeit möglich.

Der folgende Absatz schließt in seinen Ausführungen direkt an den eben behandelten an:

30 *Dennoch ist das öffentliche Nein zur Quote ein Tabu. Viele der von FOCUS*
31 *befragten prominenten Frauen argumentierten im Gespräch bereitwillig, warum*
32 *sie gegen eine Frauenquote sind. Mit ihrem Namen und ihrem Gesicht zu ihrer*
33 *Meinung stehen wollten sie nicht.*

Aufgrund der Einleitung des Absatzes mit dem Wort „*dennoch*“ wird klar, dass sich hier noch auf den vorhergehenden Satz bezogen wird. Man könnte Zeile 28-30⁷⁰ wie folgt paraphrasieren: Obwohl in der Gruppe der Frauen die Gegner_innen überwiegen, bleibt

⁶⁹ „Selbst unter den Frauen überwiegen mit 50 Prozent die Gegnerinnen (ja: 47 Prozent).“ (Z 28-29)

⁷⁰ „Selbst unter den Frauen überwiegen mit 50 Prozent die Gegnerinnen (ja: 47 Prozent). Dennoch ist das öffentliche Nein zur Quote ein Tabu.“ (Z 28-30)

ihre öffentliche Ablehnung ein Tabubruch. Somit wird klar, dass sich auch hier das „*Nein zur Quote* [als] *ein Tabu*“ im Besonderen auf das von Frauen geäußerte bezieht. Hier wird genau wie schon zu Beginn des Artikels⁷¹, das Tabu einer Ablehnung der Quote als ein Fakt dargestellt, an dem keine Zweifel bestehen, wodurch eine mögliche Hinterfragung der Sachlage obsolet wird. Allerdings ist nicht mehr die Rede davon, dass „*ihr Nein zur Quote* [für sie selbst] *ein Tabu*“ (Z 8-9) darstellt; tabu ist vielmehr nur das „*öffentliche Nein*“.

Auch tritt hier nicht zum ersten Mal eine anonymisierte Masse an „*viele[n]*“ Befragten als Akteur_innen in Erscheinung⁷². An dieser Stelle erfahren die Leser_innen aber nun zumindest mehr Details über die Befragten. So handelt es sich offenbar um „*prominente Frauen*“, von deren „*bereitwillig[er]*“ Argumentation „*gegen eine Frauenquote*“ hier berichtet wird. Ob es sich dabei um die gleichen Personen wie schon in Zeile 12⁷³ dreht, bleibt im Dunklen. Relativ wahrscheinlich ist hier lediglich der Umstand, dass es sich um eine zusätzliche Befragung in Ergänzung zu der oben erwähnten „*FOCUS-Umfrage*“⁷⁴ handelt, da an jener Textstelle nicht von Prominenten die Rede ist. In der bisherigen Analyse konnte schon gezeigt werden, dass „*prominenten*“ Meinungen im Text eine besondere Bedeutung zukommt, weshalb davon auszugehen ist, dass dieser Fakt – sofern zutreffend – auch im Zuge der Verhandlung von besagter Umfrage angeführt worden wäre. Es ist jedoch davon auszugehen, dass wir es mit jenen Prominenten zu tun haben, die schon in Zeile 9⁷⁵ Erwähnung finden.

Paradox erscheint allerdings, dass sie im ersten Absatz des Artikels mit den Worten „*hier stehen Prominente zu ihrer Meinung*“ (Z 9) erwähnt werden. Wo sie zuvor also noch zu ihrer persönlichen Meinung gestanden sind, ist hier davon die Rede, dass sie genau dies nicht tun – „*mit ihrem Namen und ihrem Gesicht zu ihrer Meinung stehen wollten sie nicht*“. Offenbar wollten von jenen „*viele[n] der von FOCUS befragten prominenten Frauen*“ die wenigsten auch öffentlich zu ihren Argumenten stehen. Der Logik der Autor_innen folgend ist davon auszugehen, dass dies dem Umstand der Tabuisierung geschuldet ist, die sie nicht zu brechen wagen, um keine sozialen Normen zu verletzen.

⁷¹ „*Doch für viele Frauen ist ihr Nein zur Quote ein Tabu.*“ (Z 8-9)

⁷² „*Noch entschiedener sind viele der von FOCUS in der vergangenen Woche Befragten: „Quotenfrau“? Ein Schimpfwort. Und tschüss, Quotilde!*“ (Z 11-13)

⁷³ ebd.

⁷⁴ „*Eine exklusive FOCUS-Umfrage zeigt mit aktuellen Zahlen, wie gespalten die Deutschen bei diesem Thema sind.*“ (Z 26-27)

⁷⁵ „*Hier stehen Prominente zu ihrer Meinung.*“ (Z 7-9)

34 *Bis zum Dienstag dieser Woche können sich die europäischen Parlamente*
35 *äußern, ob sie eine einheitliche Quotenregelung für Europa wollen. EU-*
36 *Kommissarin Viviane Reding spricht von einer „Gesetzesinitiative zum*
37 *Niederschmettern der gläsernen Decke“ – jener gefühlten, aber nie sichtbaren*
38 *Barriere, die Frauen angeblich am Aufstieg hindert. In börsennotierten*
39 *Unternehmen sollen bis 2020 in den Aufsichtsräten 40 Prozent Frauen sitzen.*
40 *Wenn der Staat beherrschenden Einfluss ausübt, soll die 40-Prozent-Quote sogar*
41 *schon von 2018 an gelten. In Deutschland gibt es gerade in der CDU eine starke*
42 *Frauenfraktion, die auf eine gesetzliche Quote pocht, um verbindlich*
43 *vorzuschreiben, wie viele Führungspositionen Unternehmen an Frauen vergeben*
44 *müssen.*

Hier ist die Rede davon, dass ein Gesetz zur Frauenquote es vermag, mehr Frauen den Aufstieg in Führungspositionen zu ermöglichen – es wäre eine „Gesetzesinitiative zum Niederschmettern der gläsernen Decke“. Es handelt sich hier allerdings nicht um die Worte der Autor_innen, sondern um eine, als direktes Zitat angeführte, Aussage der „EU-Kommissarin Viviane Reding“. Sehr wohl ihrer eigenen Feder entspringt aber die folgende Erklärung der Metapher „gläserne Decke“. Der für sie vorhandene Bedarf daran lässt darauf schließen, dass die Autor_innen kein Wissen darüber bei den Leser_innen voraussetzen. Es legt zudem die Vermutung nahe, dass wir es hier mit einem Phänomen zu tun haben, dessen Existenz faktisch nicht eindeutig belegt werden kann. Erläutert wird dieses als „gefühlte, aber nie sichtbare Barriere, die Frauen angeblich am Aufstieg hindert“. Es handelt sich demnach bei der „gläsernen Decke“ um ein Gefühl, ein subjektives Empfinden, welches objektiv nicht zwingend nachvollzogen werden kann. Da somit das Vorhandensein einer Barriere von der individuellen Wahrnehmung der Betroffenen abhängig gemacht wird, wird gleichzeitig die objektive Gültigkeit ihrer Empfindungen eingeschränkt. Ob die Barriere tatsächlich existiert ist also nicht sicher – es ist nur so ein Gefühl. Unterstrichen wird diese Unsicherheit durch die Worte, dass es sich hier um eine „Barriere“ handelt „die Frauen angeblich am Aufstieg hindert [Hervorh. d. Verf.]“ Dadurch wird sie zu etwas, das nur vermeintlich der Realität entspricht und alle subjektiven Erlebnisse von Frauen und Männern z.B. in Bewerbungssituationen, werden als eventuelle Unwahrheiten diskreditiert. Die „40-Prozent-Quote“ soll also für „Viviane Reding“ bis „2020“ aus einem Grund erreicht werden, über dessen faktisches Vorhandensein nur Vermutungen angestellt werden können, der im Subjektiven, im Gefühlten liegt.

„Wenn der Staat beherrschenden Einfluss ausübt, soll die 40-Prozent-Quote sogar schon von 2018 an gelten“. Hier wird wie schon in Zeile 8⁷⁶ auf die Verbindung des Staates mit der Thematik verwiesen, wobei an dieser Stelle „der Staat“ nun selbst zu einem anonymen, handlungsfähigen Akteur wird, wodurch einerseits jedes Verwickeltsein von Personen in die Ausübung des „Einfluss[es]“ verschleiert wird und andererseits auch dem möglichen Eingreifen menschlicher Personen im Text kein Platz eingeräumt wird – menschliche Akteur_innen sind schlichtweg nicht vorhanden. „Der Staat“ wird dadurch als etwas konstruiert, dem Menschen nichts entgegen halten können, wenn er sich entschließen sollte, von seiner Macht Gebrauch zu machen. Diese zugesprochene Autorität wird hier noch untermauert, indem von „beherrschende[m] Einfluss [Hervorh. d. Verf.]“ die Rede ist. Damit wird einmal mehr „der Staat“, im Sinne neoliberaler Wirtschaftstheorie, als Störenfried konstruiert, der in den freien Markt eingreift und dessen eigenständige Regulation in Gefahr bringen oder in falsche Bahnen lenken könnte (Kreisky, 2001, Abs. 13). Es gilt also die „neoliberale Freiheit“, also die „Freiheit von Übergriffen, solcher des Staates, der Gewerkschaften oder auch sozialer Bewegungen“ – mit anderen Worten die Freiheit des „Unternehmertums“ – gegen den Staat zu verteidigen (ebd.).

Auf Deutschland bezogen wird die „starke Frauenfraktion [der CDU, die] verbindlich vorzuschreiben [versucht], wie viele Führungspositionen Unternehmen an Frauen vergeben müssen“ im Text als Verkörperung dieses spezifischen Bildes vom Staat inszeniert. Die im Satz gewählten Worte „verbindlich vorzuschreiben“ sowie „vergeben müssen“ (Z 41-44) unterstreichen die negativ behaftete Konstruktion von „Verbindlichkeiten“ und „Vorschriften“ als die Pendants zu positiven Werten wie Freiheit und Eigenverantwortung.

Ein weiteres interessantes Detail besteht darin, dass hier von einer „Frauenfraktion“ gesprochen wird. Es mag durchaus zutreffend sein, dass sich diese besonders für die Einführung einer Frauenquote stark macht. Auffallend ist jedoch, dass im gesamten bisherigen Text kein einziges Mal dezidiert von Männern die Rede war, sei es als Gegner oder Befürworter der Quote. So erscheint die Thematik als eine, die nur von Frauen in ihrem Eigeninteresse propagiert wird, nur oder hauptsächlich für sie von Bedeutung ist.

45 Die Argumente sind bekannt. Frauen machen 51 Prozent der deutschen

46 Bevölkerung aus und stellen 44 Prozent der Beschäftigten. Ihr Anteil an

47 Führungskräften beträgt aber 21,3 Prozent, in Dax-Vorständen sogar nur 7,8

⁷⁶ „Die meisten Deutschen lehnen diesen Staatseingriff ab.“ (Z 7-8)

48 *Prozent. Wenn Talent und Potenziale aber gleichmäßig auf beide Geschlechter*
49 *verteilt sind, wenn Frauen nicht mehr nur gleich qualifiziert sind, sondern heute*
50 *die besseren Abschlüsse machen, warum sind sie dann nicht in den*
51 *Führungsetagen der Unternehmen zu finden?*

52 ***Dann müsse, wie das bei den Befürwortern heißt, „positiv diskriminiert“***
53 ***werden.***

Wurde zuvor noch erläutert, was genau das mögliche Frauenquote-Gesetz beinhalten könnte, wird hier zunächst darauf eingegangen, welche möglichen Gründe für dessen Einführung bestehen. Von Zeile 45 bis 48 werden dazu Ergebnisse aus statistischen Erhebungen präsentiert, die journalistische Seriosität vermitteln und sich auf den prozentuellen Anteil von Frauen an der Gesamtbevölkerung, den Erwerbstätigen und an Führungskräften beziehen. Da diese Statistiken die ungleichen Verhältnisse der Realität widerspiegeln, die Autor_innen jedoch allein mit der Wahl des Titels „*wir wollen keine Quote*“ (Z 6) keinen Hehl aus ihrer Meinung zur Thematik machen, mutet die Einleitung dieses Absatzes mit den Worten „*die Argumente sind bekannt*“ etwas befremdlich an. Vor diesem Hintergrund nämlich lässt sich dieser Satz als „*die Argumente [der Befürworter_innen] sind bekannt*“ lesen. In etwa so, als würde hier eine spezifische Richtung zu argumentieren näher erläutert werden, bei der es sich aber nur um eine Argumentationsweise unter vielen handelt, also keineswegs um etwas, dem eine faktische Sicherheit zukommen könnte.

Da die massive Ungleichverteilung von Männern und Frauen auf Führungspositionen, im Gegensatz zu ihren Anteilen an der Gesamtbevölkerung, augenscheinlich nicht von der Hand zu weisen ist, müssen die Autor_innen im Text darauf reagieren. Anstatt sich aber konkret dazu zu äußern stellen sie folgende Frage: „*Wenn Talent und Potenziale aber gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilt sind, wenn Frauen nicht mehr nur gleich qualifiziert sind, sondern heute die besseren Abschlüsse machen, warum sind sie dann nicht in den Führungsetagen der Unternehmen zu finden?*“

Durch die Formulierung als Fragesatz erscheinen die darin erwähnten gleichen „*Talent[e] und Potentiale*“ von Frauen – im Vergleich zu Männern – nur als Möglichkeitsformen ohne Faktizität. Frauen haben demnach zwar eventuell gleiche „*Talent[e]*“ und auch „*die besseren Abschlüsse*“, als Potential um eine gehobene Position zu erlangen. Wenn sie jedoch trotzdem „*nicht in den Führungsetagen der Unternehmen zu finden [sind]*“, dann liegt die Vermutung nahe, dass dies daran liegt, dass sich ihre Potentiale nicht so gut

entfalten haben wie jene der Männer. Dadurch wird die Tür zu einem Beschuldigungsdiskurs aufgestoßen, der dem Motto folgt: Du hast die Potentiale und Talente gehabt, aber du hast nichts daraus gemacht.

Eine Beantwortung der aufgeworfenen Frage bekommen die Leser_innen im Anschluss nicht. Stattdessen bildet der nächste Satz mit der vorhergehenden Frage lediglich eine wenn-dann-Aussage, die weder beantwortet, ob Frauen die genannten Kriterien erfüllen, noch warum sie nicht in vielen Führungspositionen zu finden sind. Es heißt im Text: „Dann müsse, wie das bei den Befürwortern heißt, ‚positiv diskriminiert‘ werden.“ Aber eben nur, wenn bestimmte Kriterien erfüllt wären. Durch diese Argumentationslinie und auch durch die Verwendung des Wortes „müssen“ im Konjunktiv, wird hier der Anwendung „positiver Diskriminierung“ die Legitimität abgesprochen. Durch die Infragestellung der Notwendigkeit eine solche Maßnahme zu setzen, verlieren auch die im Absatz angeführten Zahlen an Bedeutsamkeit.

Die Befürworter_innen werden hier zudem als „die Anderen“ konstruiert, denen durch die Aussage „wie das bei den Befürwortern heißt“ sogar ein eigener Jargon, eine politische Rhetorik, zugewiesen wird. Dies geschieht auch durch die Anführungszeichen um „positiv diskriminiert“, durch welche das Begriffspaar eine Distanzierung erfährt und angezeigt wird, dass dieses im Mund einer anderen Person und nicht in jenem der Autor_innen liegt. Obwohl es sich bei „positiver Diskriminierung“ um einen im Alltag nicht sehr gebräuchlichen Ausdruck handelt, der eben nur von den Befürworter_innen verwendet wird, wird dieser hier nicht weiter erklärt. Es wird also nicht näher beleuchtet, dass sich hinter diesem Begriff eine Maßnahme verbirgt, um bereits bestehende Nachteile durch Diskriminierungen, in diesem Fall aufgrund des Geschlechts, auszugleichen. Dass dieser Umstand ausgeblendet wird, lässt im Text allein die Befürworter_innen als jene erscheinen die potentiell diskriminieren.

Aus dem Textbaustein „beide Geschlechter“ in Zeile 48 lässt sich herauslesen, dass „Geschlecht“ für die Autor_innen etwas ist, dass man zweifelsfrei hat, und zwar wenn nicht das eine, dann unweigerlich das andere. Nicht *ob* sie sind – und davon genau zwei an der Zahl – sondern lediglich *wie* sie sind bleibt noch verhandelbar.

An der Tatsache, dass im gesamten Text ein generisches Maskulinum zur Anwendung kommt sobald von einer Personengruppe die Rede ist, welche Männer und Frauen umfasst – so etwa hier geschehen bei „den Befürwortern“ – zeigt sich die für den hegemonialen Diskurs charakteristische, androzentristische Sprachstruktur.

54 *Im September 2012 plädierte der Bundesrat für die Einführung einer*
55 *gesetzlichen Frauenquote. Das von SPD und CDU bestimmte Land Berlin sagte*
56 *ja, auch die unionsgeführten Bundesländer Saarland und Sachsen-Anhalt – zum*
57 *Ärger der Bundeskanzlerin. Die reagiert und regiert nicht nur in der Finanzkrise*
58 *bei emotionalen Themen stets besonders rational.*

An dieser Stelle des Textes wird die Debatte um die Frauenquote ganz klar als emotionales Thema konstruiert, welches von „*der Bundeskanzlerin . . . besonders rational*“ behandelt wird. Dadurch werden Emotionalität und Rationalität als ein dichotomes Gegensatzpaar konstruiert und rationales Verhalten durch die gewählte Formulierung zugleich auf eine höhere Stufe gestellt als Emotionalität.

Da „Rationalität . . . männlich konnotiert ist“ (Aulenbacher, 2005, S. 154) und sie hier im Bezug auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel extra hervorgehoben wird, liegt die Frage nahe, ob dies auch geschehen wäre, wenn von einem Bundeskanzler die Rede ist. Da Männer prinzipiell „als rational agierende Menschen“ (ebd.) gedacht werden, könnte sich daher in dem Hinweis sie „*reagiert und regiert . . . stets besonders rational*“ der vermeintliche Umstand ausdrücken, dass sie dies tut *trotzdem* sie eine Frau ist.

Dass es bei der Einführung von Angela Merkel in den Text nicht mehr bedarf als sie erst die Bundeskanzlerin zu nennen, etwas später im Text dann Merkel, zeigt ihre besondere Prominenz an, welche ihrer Meinung große Bedeutung verleiht.

Warum sich Merkel allerdings über das „Ja“ zur Quote in Berlin, Saarland und Sachsen-Anhalt ärgert, erklärt der Text hier nicht näher. Die Leser_innen erfahren jedoch in den folgenden zwei Absätzen, warum sie sich nicht persönlich für eine gesetzliche Frauenquote stark macht:

59 *Den Quotenbefürwortern in der eigenen Partei gönnt Merkel*
60 *Lippenbekenntnisse, mehr nicht. Die Wirtschaft habe die Frauen „sträflich*
61 *vernachlässigt“. Oder wie jüngst auf dem Parteitag: „Meine Geduld bei dem*
62 *Thema geht zu Ende“. Offiziell unterstützt sie den Vorschlag der*
63 *Familienministerin Kristina Schröder (siehe Interview rechts), die auf die*
64 *Eigenverantwortung der Unternehmen setzt.*

Dieser Absatz beantwortet, wie schon zuvor erwähnt, nicht den aufgeworfenen Ärger von Angela Merkel aus Zeile 57⁷⁷. Es tut sich sogar ein Widerspruch mit diesem auf, wenn hier

⁷⁷ „Das von SPD und CDU bestimmte Land Berlin sagte ja, auch die unionsgeführten Bundesländer Saarland und Sachsen-Anhalt – zum Ärger der Bundeskanzlerin.“ (Z 55-57)

angeführt wird, dass ihr nach eigenen Worten die „*Geduld bei dem Thema*“ ausgeht und „*die Wirtschaft*“ Frauen – scheinbar bedauerlicherweise – „*sträflich vernachlässigt*“ habe. Allerdings handelt es sich bei diesen Äußerungen laut den Autor_innen lediglich um „*Lippenbekenntnisse*“, was impliziert, dass sie sich zwar für Veränderungen ausspricht, sich in der Praxis aber nicht ausreichend für diese einsetzt.

Die erwähnten „*Lippenbekenntnisse*“ „*gönnt*“ sie „*den Quotenbefürwortern in der eigenen Partei.*“, sie ist also eine Gönnerin. Dadurch tritt sie den Befürwortern im Text als eine besonders einflussreiche Person entgegen, die ihnen hierarchisch überlegen ist. Doch trotz ihrer Überlegenheit traut auch sie sich nicht, so scheint es, das Tabu eines öffentlichen Nein zur Quote zu brechen.

Im Zuge der Verhandlung der schon angesprochenen Vernachlässigung werden wie zuvor in Zeile 40 bis 41⁷⁸ menschliche Akteur_innen ausgeklammert, indem davon die Rede ist, dass „*die Wirtschaft*“ es ist, die den Frauen nicht genügend Beachtung geschenkt hat. Womit auch Merkels eigene Verantwortung und ihr mögliches Handlungspotential verschleiert werden. Zudem bekennt sie sich damit zu jener dahinter stehenden neoliberalen Wirtschaftslogik, nach welcher „*der Markt . . . zum organisierenden Prinzip und zur Begründung des Regierungshandelns*“ wird (Ludwig, 2011, S. 220).

Der Bezug auf die Vernachlässigung als etwas in der Vergangenheit Passiertes täuscht darüber hinweg, dass diese auch in der Gegenwart noch weiterhin bestehen bleibt. Die Wortwahl „*vernachlässigt*“ suggeriert zudem, dass Frauen bloß außer Acht gelassen wurden, sich ihnen nicht genug gewidmet wurde. Somit wird die vonstattengegangene und immer noch vonstattengehende systematische Diskriminierung auf Basis der Kategorie „*Geschlecht*“ vollkommen ausgeblendet.

Durch den Hinweis darauf im Text was Merkel „*offiziell unterstützt*“, nämlich „*den Vorschlag der . . . auf die Eigenverantwortung der Unternehmen setzt*“, bleibt kein Zweifel mehr offen, dass sie der Gruppe der Gegner_innen einer verbindlichen gesetzlichen Frauenquote angehört und das Ziel eines Mehr an Frauen in Führungspositionen lieber in die Hände von Unternehmen legt. Diese werden hier als eigenständige Akteure konstruiert, die im Sinne neoliberaler Regierungsweisen „*selbstverantwortlich, risikofreudig und effizient ihre Selbstverhältnisse und Lebensweisen gestalten*“ (ebd., S. 221) sollen, um die Kriterien des Marktes zu erfüllen. Die einzelnen Unternehmer_innen, also die konkreten Personen, bei denen sich die erwähnte Verantwortung lokalisieren ließe, werden im Text

⁷⁸ „*Wenn der Staat beherrschenden Einfluss ausübt, soll die 40-Prozent-Quote sogar schon von 2018 an gelten* [Hervorh. d. Verf.]“ (Z 40-41)

vollkommen ausgeklammert. Auch mögliche Konsequenzen für die Unternehmen bleiben unerwähnt.

Die Leser_innen wissen nun schon, dass Angela Merkel nicht sehr viel von einer gesetzlich vorgeschriebenen Frauenquote hält, Befürworter_innen in ihren eigenen Reihen ihre Zustimmung nur vorspiegelt und die Verantwortung für gleichstellungspolitische Fragen lieber in die Hand von Unternehmen legen möchte. Der folgende Absatz widmet sich den vermeintlich dahinter liegenden Gründen:

64 *Tatsächlich hält sich die Kanzlerin*
65 *beim Thema Quote bewusst zurück. Sie selbst hat es von „Kohls Mädchen“, das*
66 *der damalige Bundeskanzler gönnerhaft zur Frauenministerin emporgehoben*
67 *hatte, zur mächtigsten Frau der Welt gebracht – und zu einer der drei weiblichen*
68 *Führungskräfte unter 43 Regierungschefs Europas. Nebenbei: Das entspricht*
69 *einer Frauenquote von sieben Prozent.*

Die Autor_innen führen hier an, dass Angela Merkel sich bei der Thematik „*bewusst zurück*“ hält. Durch das im Satz verwendete „*tatsächlich*“ wird diese Zurückhaltung als unbezweifelbarer Fakt dargestellt, dessen Gewissheit keiner weiteren Hinterfragung bedarf.

Da in den vorangegangenen Textteilen schon klar geworden ist, dass sie einer gesetzlichen Quote prinzipiell nicht sehr zugetan ist, kann vermutet werden, dass hier also gemeint ist, sie halte sich „*bewusst zurück*“ anstatt sich ganz entschieden und öffentlich dagegen auszusprechen. Zudem impliziert diese Formulierung, dass ganz spezifische Gründe für ihre Zurückhaltung vorliegen und sie aus politischem oder persönlichem Kalkül heraus handelt. Zieht man die Informationen der Folgesätze zur Betrachtung hinzu, so wird von den Autor_innen das Bild erzeugt, sie hätte sich eventuell etwas zu Schulden kommen lassen, weshalb sie versucht ist, sich durch Zurückhaltung eventuellen Vorwürfen zu entziehen. Denn „*sie selbst hat es von ‚Kohls Mädchen‘, das der damalige Bundeskanzler gönnerhaft zur Frauenministerin emporgehoben hatte, zur mächtigsten Frau der Welt gebracht.*“ Es scheint also, sie hätte dies aus eigenen Stücken heraus nicht geschafft, was entweder dafür spricht, dass die gläserne Decke sehr wohl existiert oder aber suggerieren soll, dass sie nicht befähigt genug ist bzw. nicht genügend geleistet hat, um es ohne Hilfe schaffen zu können. Ihre Betitelung mit „*Kohls Mädchen*“ vermittelt zudem wenig Eindruck von Kompetenz und Qualifikation – ihr eigener Name wird darin nicht einmal erwähnt. Es liegt also die zweite Vermutung, sie habe nicht ausreichend Leistung gezeigt,

näher. Durch die erwähnte Bezeichnung wird zudem ihre Existenz nur in Bezug auf eine andere Person hergestellt, was sie dieser eindeutig unterordnet. Die vermittelte Hierarchie wird unterstrichen indem durch die Worte „*Kohls Mädchen*“ Helmut Kohl als Vaterfigur inszeniert wird, welche schützend ihre Hände um sie gelegt hat. Immerhin hat sie es laut den Autor_innen nur so weit gebracht, weil er wohlwollend genug war, sie zu unterstützen – er hat sie „*gönnerhaft . . . emporgehoben.*“ Merkels damaliges Glück, Unterstützung zu finden, wird dadurch von den Autor_innen als mögliches Verhängnis inszeniert, welches sie zur Zurückhaltung nötigt.

In der Formulierung findet sich jedoch auch ein Widerspruch, in dem einerseits davon gesprochen wird, dass sie von einer anderen Person „*emporgehoben*“ wurde, so als hätte sie nichts weiter dazu beigetragen und andererseits angemerkt wird, dass „*sie [es] selbst . . . zur mächtigsten Frau der Welt gebracht*“ hat.

Dadurch wird wiederum der Eindruck vermittelt, sie hätte es komplett alleine ohne zusätzliche Hilfe – also auch ohne eine vorhandene Frauenquote – bis an die Spitze der Politik geschafft. Da dem aber laut den Autor_innen nicht so war, liegt in der Gesamtbetrachtung des Gesagten das Resümee nahe, dass Frauen auf die Unterstützung von Männern angewiesen sind, um in ihrer Karriere voran zu kommen.

Die hinter der Anmerkung „*nebenbei: Das entspricht einer Frauenquote von sieben Prozent*“ liegende Intention kann nicht genau nachvollzogen werden. So ist weder klar, ob dies angemerkt wird, weil es sich bei den erwähnten „*sieben Prozent*“ aus Sicht der Autor_innen um einen hohen bzw. geringen Prozentsatz handelt oder aber ob sie diesen Fakt anführen, um zynisch darauf aufmerksam machen zu können, dass der Quote generell eine zu große Rolle beigemessen wird. Die Wortwahl „*nebenbei*“ lässt hier allerdings Zynismus vermuten, diskreditiert sie doch den ganzen Sachverhalt als Nebensächlichkei

- 70 *In Deutschland geht die Politik mit Beispiel voran, ob es ein gutes ist, bleibt*
71 *abzuwarten. Als erste Partei haben die Grünen schon zu ihrer Gründung 1980*
72 *eine Frauenquote von 50 Prozent eingeführt.*
73 *Die SPD folgte fast zehn Jahre später mit 40 Prozent Frauen für Ämter und*
74 *Mandate. Die CDU rang sich 1996 zu einem Frauenquorum durch, nach dem ein*
75 *Drittel der Ämter weiblich besetzt werden soll. Die CSU überholte die*
76 *Schwesterpartei 2010 mit 40 Prozent.*

Die Frage, ob die Politik mit gutem Beispiel voran geht, wird hier mit den Worten dies „*bleibt abzuwarten*“, als gegenwärtig noch nicht beantwortbare konstruiert. Zudem werden

dadurch alle nachfolgend aufgezählten Fakten in ein negatives Licht gerückt. Mit sprachlichem Geschick wird hier versucht, die möglichen Erfolge einer Quote zu verschleiern und als ungewiss abzutun. Von Befürworter_innen vorgebrachte Argumente werden dadurch bereits im Vorfeld abgewertet und verzerrt.

Zum Veröffentlichungszeitpunkt des Artikels waren ganze 33 Jahre vergangen, seit „*die Grünen . . . zu ihrer Gründung 1980 eine Frauenquote von 50 Prozent eingeführt*“ haben. Auch die selbst auferlegten Bestimmungen von SPD und CDU liegen etwa 20 Jahre zurück. Und dies, obwohl die CDU – der die Bundeskanzlerin Angela Merkel angehört – sich dazu nur durch die Überwindung innerer Widerstände entschließen konnte – sie „*rang sich . . . durch*“. Da es daher ein Leichtes gewesen wäre, die erreichte Frauenquote in den Parlamentsfraktionen der einzelnen Parteien zu eruieren, trotzdem aber die Frage, „*ob es ein gutes [Beispiel] ist*“, für die Autor_innen nicht zu beantworten zu sein scheint, muss es wohl etwas anderes sein, wodurch sich nach ihrem Befinden ein eventueller Erfolg der Bestimmungen ausdrücken würde. Was dies ist, wenn nicht die Erfüllung oder Nicht-Erfüllung der hier angeführten Quotenregelungen, bleibt eine offene Frage. Wäre etwa eine bessere Politik für sie ein Beweis? Dann stellt sich allerdings die nächste Frage, nämlich wie so eine bessere Politik erkennbar wird und wer die Definitionsmacht darüber hätte, was als besser gilt?

77 ***Seite 2: Viele Frauen benachteiligen sich selbst***

Ruft man den vorliegenden Artikel über das Online-Archiv von Focus auf, so bildet die Aussage „*viele Frauen benachteiligen sich selbst*“ die Überschrift der zweiten Seite. Da es sich hier im Gegensatz zum Gesamttitel „*wir wollen keine Quote*“ (Z 6) um kein direktes Zitat handelt, haben wir es ohne Zweifel mit der Zusammenfassung der Zeilen 78 bis 160 durch die Autor_innen zu tun. Durch die Wahl dieser Aussage als Überschrift wird die Bedeutung ihres Inhaltes über das noch Folgende gestellt.

Durch den Bezug auf „*viele Frauen*“ werden diese abermals als anonyme Gruppe unbestimmter Größe konstruiert, deren Verbundenheit sich durch die gemeinsame Zugehörigkeit zur Kategorie „Frau“ ausdrückt.

Die Schuld wird somit ausschließlich in die Hände von Frauen gelegt, welche nur aufhören müssten, sich selbst zu benachteiligen. Die Frage, ob Menschen sich überhaupt selbst benachteiligen können oder ob die Gründe der Benachteiligung nicht viel eher äußeren Umständen geschuldet sind, an deren Aufrechterhaltung sie höchstens (unbewusst) mitbeteiligt sind, stellt sich für die Autor_innen nicht. Die gewählte Formulierung schließt

aus, dass es andere Personen und Umstände geben könnte, durch welche die genannten Frauen übervorteilt werden – die alleinige Schuld bleibt bei den Frauen selbst.

78 *Ist die Politik durch die Frauenquote fraulicher und fairer geworden?*

Erinnert man daran, dass es bei der Einführung der Quote in erster Linie darum gehen sollte, strukturellen Diskriminierungspraxen etwas entgegenzuhalten und die Lebensrealitäten von Frauen zu verbessern und fairer zu machen⁷⁹, stellt sich die Frage, warum hier danach gefragt wird, ob Verbesserungen für die Politik herbeigeführt werden konnten. Für die Autor_innen scheint das insofern Sinn zu machen, als dass sie den eventuellen positiven Einfluss und Nutzen für die Politik als potentielle Berechtigung für eine Quoten-Einführung zu sehen scheinen. Doch selbst dieser gilt als unsicher, ist der Satz hier doch als Frage formuliert.

Der Diskriminierung von Frauen entgegenzuwirken, scheint jedenfalls für die Autor_innen keinerlei Relevanz zu haben. Dieser Aspekt wurde lediglich im Zuge der Erklärung zur „gläsernen Decke“ (Z 37) erwähnt und dort als subjektive Empfindung abgetan⁸⁰.

Es sind hier zudem nicht die Frauen selbst, die als handelnde Subjekte in Erscheinung treten, sondern es ist „die Frauenquote“, welche als Pseudo-Akteurin auftritt, das vermeintliche Potential im Gepäck, Fairness und Fraulichkeit zu erzeugen.

Diese Eigenschaften werden so zu etwas, das alle Frauen potentiell in sich tragen, also zu etwas Frauenspezifischem. Was genau allerdings von den Autor_innen unter „fairer“ und insbesondere unter „fraulicher“ Politik verstanden werden kann, bleibt ungewiss. Als relativ sicher kann hier jedoch gelten, dass sie nicht durch faire Chancen für alle potentiell „fairer“ wird, sondern durch ein Mehr an Frauen und die ihnen stereotyp zugeschriebenen Eigenschaften, welche sich auf die Politik auswirken.

78 *Eine*

79 *Antwort gibt die Quote nicht. Sie belegt ein Problem, das auch aus der*

80 *Wirtschaft bekannt ist: Nicht die Frauen tun sich schwer. Die Mütter sind*

81 *benachteiligt. Der Anteil kinderloser Frauen im Parlament ist höher als in der*

82 *Bevölkerung, hat Hilke Brockmann festgestellt. Die Soziologin an der Bremer*

83 *Jacobs University vermutet eine „Selektion zu Gunsten von Politikerinnen im*

⁷⁹ <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161108/frauenquote>

⁸⁰ „Kommissarin Viviane Reding spricht von einer „Gesetzesinitiative zum Niederschmettern der gläsernen Decke“ – jener gefühlten, aber nie sichtbaren Barriere, die Frauen angeblich am Aufstieg hindert.“ (Z 36-38)

84 *heutigen Bundestag, die kaum Kinder haben“.* Für die Mutter zweier Kinder gilt:
85 *„Frauen werden benachteiligt, weil sie Kinder bekommen und betreuen. Eine*
86 *Frauenquote allein kann die Benachteiligung von Müttern nicht wirksam*
87 *verhindern.“*

Die Antwort auf die in Zeile 78 aufgeworfene Frage, ob *„die Politik durch die Frauenquote fraulicher und fairer geworden“* ist, haben sich die Autor_innen scheinbar von der Frauenquote selbst erhofft, die hier – wie schon im Fragesatz selbst – als Akteurin in Erscheinung tritt, wodurch eventuell verantwortliche menschliche Akteur_innen ausgeblendet werden. Doch *„eine Antwort gibt die [Akteurin] Quote nicht. Sie belegt [aber] ein Problem.“* Scheinbar durch ihr bloßes Existieren ist es ihr gelungen, den Beweis für etwas anzutreten, dass von den Autor_innen wie folgt ausgeführt wird: *„Nicht die Frauen tun sich schwer. Die Mütter sind benachteiligt.“* Ihre Argumentation lassen sie sich im Text durch das direkte Zitat *„Frauen werden benachteiligt, weil sie Kinder bekommen und betreuen“* einer „Soziologin“ stützen, welche auch als *„die Mutter zweier Kinder“* bezeichnet wird, was wohl als Begründung für ihre Berechtigung, sich in dieser Sache zu Wort zu melden, zu werten ist.

In dieser Realitätskonstruktion der Verfasser_innen scheint es, als wären Mütter keine Frauen mehr und diese werden, sobald sie das erste Kind bekommen haben, nur mehr unter die Kategorie Mütter subsumiert. Sowohl *„die Frauen“* als auch *„die Mütter“* erscheinen hier als in sich homogene Gruppe, für deren Erfahrungen, Empfinden etc. ein sozialer und gesellschaftlicher Kontext keine Rolle spielt.

Über *„die Mütter“* erfahren die Leser_innen, dass diese *„benachteiligt [sind]“*. Es gilt also als eine Gewissheit, während Frauen eine eventuelle Benachteiligung mit dem Satz *„nicht die Frauen tun sich schwer“* komplett abgesprochen wird. Sie haben also keinen Grund sich zu beschweren. Zumindest solange nicht, bis sie Kinder bekommen.

Dass *„der Anteil kinderloser Frauen im Parlament . . . höher [ist] als in der Bevölkerung“* unterstützt die These, dass es im Besonderen Mütter sind, denen im Zuge ihrer Karriere Steine in den Weg gelegt werden. Sie werden also nicht *weil sie Frauen* sind, die Kinder haben benachteiligt, sondern *„lediglich“ weil sie Kinder* haben.

Dem Aspekt, ob Männer im Parlament genauso kinderlos sind, wird im Text keine Bedeutung beigemessen. Auch Väter kommen im Text nicht vor und sind daher für die Autor_innen bei dieser Thematik offenbar gänzlich ohne Belang.

Dass die schon zuvor erwähnte Sozialwissenschaftlerin „*Hilke Brockmann*“ die Richtigkeit – zumindest einer ihrer Thesen – nur „*vermutet*“, wird dadurch wettgemacht, dass ihre Berufsbezeichnung ihr einen Expert_innenstatus zukommen lässt.

Ihre Aussage „*Selektion zu Gunsten von Politikerinnen im heutigen Bundestag, die kaum Kinder haben*“ irritiert vor allem dadurch, dass hier (kinderlose) Frauen und Mütter als zwei verschiedene Kategorien hergestellt werden, welche miteinander in Konkurrenz stehen. Auch wird hier Müttern, anders als *den* Frauen, ein empathischer Raum geöffnet; dem Muttersein soll aufgrund der aufgezeigten Beschwerlichkeit, besondere Unterstützung zuteilwerden. Das Vorhandensein möglicher Benachteiligungen kinderloser Frauen in der Arbeitswelt wird dagegen abgesprochen.

Im letzten Satz des Absatzes lässt sich sogar, wenn auch in geringem Maß, ein Zugeständnis an eine Quotenregelung herauslesen. Dort heißt es: „*Eine Frauenquote allein kann die Benachteiligung von Müttern nicht wirksam verhindern.*“ Sie kann es also nicht „*allein*“ und auch nicht für alle Frauen, sondern primär für „*Mütter*“, aber es wird ihr zumindest das Potential zugestanden, an der Beseitigung dieser „*Benachteiligung*“ einen Beitrag zu leisten.

88 *Verbessern außerhalb der Politik mehr Frauen die Qualität der Führung? Von*
89 *der ersten Frau im Vorstand der Allianz wollte ein Journalist 2012 wissen: „Was*
90 *ändert sich durch Sie im Vorstand?“ Helga Jung gab trocken zur Antwort: Der*
91 *Vorstandsvorsitzende eröffne die Sitzung nicht mehr mit „Good Morning,*
92 *Gentlemen!“.*

Die Frage, ob ein Mehr an Frauen innerhalb der Politik zu einer positiven Veränderung derselben führt, scheint für die Autor_innen mit der Aussage „*eine Antwort gibt die Quote nicht*“ (Z 78-79) schon erschöpfend abgehandelt worden zu sein. So lässt sich jedenfalls erklären, warum hier nur mehr nach einer möglichen Verbesserung „*außerhalb der Politik*“ gefragt wird.

Durch den Inhalt der Frage, ob „*außerhalb der Politik mehr Frauen die Qualität der Führung*“ verbessern, wird einmal mehr klar, dass nicht eine mögliche Verbesserung der Umstände *für* Frauen eine Legitimation der Frauenquote sein könnte, sondern nur *durch* Frauen, womit ein Mehr an Frauen in Führungspositionen rein auf seinen potenziellen Nutzen für Unternehmen hin untersucht wird.

Die „*Frauen*“ selbst werden an dieser Textstelle wieder zur homogenen Gruppe, deren Eigenschaften und Verhalten sich nicht maßgeblich unterscheiden. Ihr potentieller

positiver Einfluss auf Felder „*außerhalb der Politik*“ wird somit als etwas konstruiert, das von frauenspezifischen Faktoren abhängig ist, welche innerhalb der Gruppe der Frauen keine individuellen Differenzen aufweisen.

Das von „*Helga Jung*“ angeführte Zitat, dass sich innerhalb des Vorstands nicht geändert habe, außer etwa, dass „*der Vorstandsvorsitzende . . . die Sitzung nicht mehr mit ‚Good Morning, Gentlemen‘*“ eröffnet, lässt aufgrund der fehlenden Veränderung durch sie als Frau eine Quotenregelung als unnötig erscheinen.

Die an „*Jung*“ gestellt Frage was „*sich durch Sie im Vorstand* [Hervorh. d. Verf.]“ geändert habe, suggeriert zudem, dass es in der Verantwortung der jeweiligen Frau in der Führungsposition liege, eine Änderung herbeizuführen. Somit werden in weiterer Folge auch gesellschaftliche Veränderungen, wie etwa das Herbeiführen eines generellen Umdenkens, in die Hände einzelner Personen – und hier insbesondere Frauen in gehobenen Positionen – gelegt.

93 ***Soft Skills und freundlichere Umgangsformen dank mehr Frauen?***

94 *Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen verbreitet gern die Behauptung,*
95 *dass „bekanntermaßen gemischte Teams erfolgreicher sind. Deshalb brauchen*
96 *wir in Deutschland eine Frauenquote.“*

Durch die Frage „*Soft Skills und freundlichere Umgangsformen dank mehr Frauen*“ werden Soft Skills, wie etwa Kommunikationsfähigkeiten und Einfühlungsvermögen sowie die erwähnte Freundlichkeit im Umgang mit anderen Personen, als etwas Frauenspezifisches konstruiert, das die Frage nach durch Frauen bedingten Veränderungen legitim erscheinen lässt. Auch spricht diese Textstelle einmal mehr dafür, dass für die Autor_innen genau jene Gründe als relevant für die Einführung einer Frauenquote erscheinen, welche zu einem Nutzenzuwachs jenseits reiner Gleichbehandlung zwischen den Geschlechtern führen. Als einer dieser Gründe wird in Zeile 95 der größere Erfolg „*gemischte[r] Teams*“ angeführt, der von „*Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen*“ ins Feld geführt wird. Auch hier zeigt sich die Abwesenheit einer Argumentation im Sinne der Chancengleichheit und Antidiskriminierung. Stattdessen werden Frauen als mögliche Erfolgsfaktoren gehandelt – „*Deshalb brauchen wir in Deutschland eine Frauenquote*“. Bei dem von „*von der Leyen*“ genannten Grund zur Einführung einer Quote handelt es sich jedoch laut den Autor_innen um eine „*Behauptung*“, die sie „*verbreitet*“, wodurch eine hohe Fragwürdigkeit und ein Fehlen möglicher Beweise des höheren Erfolgs „*gemischte[r] Teams*“ angedeutet wird. Neben nützlichen „*Soft Skills und freundlichere[n]*

Umgangsformen“ von Frauen – welchen durch die Formulierung im Fragesatz ohnehin keine Faktizität zugesprochen wird – bleibt also auch ihr positiver Einfluss auf Arbeitsteams etwas Anzweifelbares.

- 96 *Allen Träumerinnen und Träumereien*
97 *von der besseren Welt, sobald sie von mehr Frauen geführt wird, erteilt Sonja*
98 *Sackmann eine Absage.*
- 99 *Die Professorin für Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität*
100 *der Bundeswehr München: „Es gibt noch keine mir bekannten*
101 *wissenschaftlichen Belege dafür, dass mehr Frauen in Führungspositionen die*
102 *Firmenkultur verändern. Wir forschen derzeit daran.“ Nach einigen früheren*
103 *Studien könnten Frauen als Führungskräfte gegenüber anderen Frauen durchaus*
104 *besonders fordernd auftreten: „Warum sollen die es leichter haben, als ich es*
105 *hatte?“*

Die im vorherigen Absatz noch implizit wirkenden Zweifel der Autor_innen an eventuellen Vorteilen durch ein Mehr an Frauen in Führungspositionen werden hier von „Sonja Sackmann“ bestätigt, die „*allen Träumerinnen und Träumereien von der besseren Welt, sobald sie von mehr Frauen geführt wird*“ eine „Absage“ erteilt. Damit wird die Quote und mit ihr einhergehende mögliche Veränderungen hier als utopisches Hirngespinnst abgetan. Bestehende Probleme und Ungerechtigkeiten werden damit relativiert, denn sie sind unausweichlich, andere Verhältnisse sind ja bloße „*Träumereien*“. Das von ihr angeführte direkte Zitat „*Es gibt noch keine mir bekannten wissenschaftlichen Belege dafür, dass mehr Frauen in Führungspositionen die Firmenkultur verändern*“, spricht einmal mehr dafür, erst dann eine Frauenquote in Betracht zu ziehen, wenn eindeutig belegt ist, dass sie auch einen Erfolgsgarant für Unternehmen darstellen.

Die Inbetrachtziehung möglicher Veränderungen der Firmenkultur oder – wie in Zeile 97 erwähnt – die Schaffung einer „*besseren Welt*“ durch Frauen bedient an dieser Stelle die Vorstellung vermeintlicher Geschlechterdifferenzen und reproduziert die traditionellen Klischees des „harten Mannes“ und der „sanften Frau“.

Dass derzeit laut „Sonja Sackmann“ an möglichen Auswirkungen auf die Firmenkultur noch geforscht wird, also keine gesicherten Ergebnisse vorliegen, verstärkt die Zweifel an der Legitimität einer Quote zum gegebenen Zeitpunkt und verschleiert die Existenz möglicher weiterer Gründe – fernab der Firmenkultur – welche für das Einführen einer Frauenquote sprechen könnten. Dass „*Frauen als Führungskräfte gegenüber anderen*

Frauen durchaus besonders fordernd auftreten“ könnten – wobei die Verwendung des Wortes „könnte“ auf eine Möglichkeitsform hinweist, der Sachverhalt also rein spekulativ ist – dient den Autor_innen als Argument gegen eine Quotenregelung.

Es liegt nahe, dass Frauen, die es bis an die Spitze geschafft haben, auch „*gegenüber anderen Frauen . . . besonders fordernd auftreten*“, da diese nicht von einer Quote „verhätschelt“ werden sollen, wie das an anderer Stelle suggeriert wurde⁸¹, sondern sich aufgrund von herausragenden Leistungen emporarbeiten.

Zudem wird im gesamten Artikel vermittelt, dass Frauen, welche ohne Quote aufsteigen, es – anders als jene bei Vorhandensein einer solchen Regelung – aus eigener Kraft bis zur Führungsposition geschafft haben, deshalb also besonders erfolgreich und fähig sind. Denn wie es an einer Stelle heißt: „*Eine fähige Frau braucht die Quote wie ein Walfisch eine Kapuze*“ (Z 20-21). Diese Frauen werden dadurch als Personen konstruiert, welche verstanden haben, dass es darum geht, die gestellten Anforderungen zu erfüllen und sich durch besondere Leistung hervorzutun, weshalb andere Frauen es auch nicht „*leichter haben* [sollen]“ als sie.

Durch den Hinweis auf ihr Auftreten gegenüber anderen wird das Bild machtvoller Frauen erzeugt, die nicht nur Worte, sondern auch Taten sprechen lassen und nicht für eine verhätschelnde Quotenregelung plädieren. Dies zieht die Quote in Misskredit und lässt den Anspruch, ein leistungsstarkes, eigenverantwortliches Selbst zu sein, als besonders bedeutend erscheinen.

Zudem wird durch die Argumentation in diesem Absatz das Berufsleben – im Einklang mit neoliberaler Wirtschaftstheorie – als ein einziger großer Konkurrenzkampf konstruiert, in dem es gilt, sich als Frau insbesondere gegen jene durchzusetzen und sich von ihnen abzuheben, die vermeintlich am ähnlichsten sind – andere Frauen.

106 ***Legitim ist es, wenn Frauen die Quote als persönlichen Karriereturbo***

107 ***fordern.***

108 *Nur: Eine Wirtschaft muss sie sich leisten können. Und: Eine Gesellschaft muss*

109 *es sich leisten wollen, dass der Staat in Lebensplanungen eingreift. Die DDR mit*

110 *ihrer Frauen-Beschäftigungsquote von knapp 50 Prozent galt als Paradebeispiel*

⁸¹ „*Frauen möchten nicht an die Spitze gehätschelt werden. Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.*“ (Z 14-17)

111 für Gleichberechtigung. Zum Hort der Glückseligkeit hat es sie für wenige

112 Menschen gemacht. Auch für wenige Frauen.

Vor dem Hintergrund, dass im Text an früherer Stelle betont wurde, dass fähige Frauen keine Quote bräuchten, ja dass eine Quote sogar ihre Würde verletzen würde⁸², erscheint es auf den ersten Blick paradox, warum hier davon die Rede ist, es sei legitim, „wenn Frauen die Quote als persönlichen Karriereturbo fordern“. Ist dies doch genau das was zu Anfang des Artikels angeprangert wurde, nämlich Frauen, die nicht nur durch Leistung, Fleiß etc. aufsteigen, sondern wegen einer Quotenregelung, die sie allein aufgrund der Tatsache bevorzugt, dass sie Frauen sind⁸³. Es ist hier aber nur „die Quote als persönlichen Karriereturbo [Hervorh. d. Verf.]“, welche sie fordern dürfen und auch nur dann, wenn sie schon Karriere machen und sich lediglich einen zusätzlichen Turbo beschaffen möchten.

Dass eine Frauenquote laut den Autor_innen zwar in der Theorie eine legitime Forderung sein mag, in der Praxis aber trotzdem nur unter ökonomischen „Schönwetterbedingungen“ Anwendung finden sollte, offenbaren die nächsten Zeilen, in denen eine Quote als reiner Kostenfaktor verhandelt wird, den man sich erst einmal „leisten können“ muss. So wird die Einführung einer Quotenregelung abermals als ein kostenerhöhender Faktor in einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung konstruiert. In Zeile 108-109 wird dies noch verstärkt, indem eine Quote als etwas für alle Menschen gleichermaßen Bedrohliches erscheint, denn die gesamte „Gesellschaft muss es sich leisten wollen, dass der Staat in die Lebensplanungen eingreift“.

Zudem wird hier eine Quotenregelung für Führungspositionen zu einem Eingriff in die gesamte Lebensplanung der Menschen hochstilisiert, wodurch auch an dieser Stelle des Textes Staatseingriffe einen gefährlichen, grenzüberschreitenden Charakter annehmen. Durch den Hinweis auf „leisten können“ bzw. „wollen“ werden sie als etwas konstruiert, das der Wirtschaft per se finanziellen Schaden zufügen würde und demnach nur gesetzt werden sollte, wenn man sich auch über die negativen Konsequenzen im Klaren ist und bereit, die Kosten dafür zu tragen. Die Tatsache, dass Staateingriffe im nächsten Satz mit der DDR – dem vor allem von neoliberaler Seite gern angeführten Beispiel eines

⁸² „CSU-Politikerin Dagmar Wöhrl bekräftigt: ‚Eine fähige Frau braucht die Quote wie ein Walfisch eine Kapuze‘. Die Biologin Christiane Nüsslein-Volhard, Nobelpreisträgerin 1995, zu FOCUS: ‚Eine Quote verletzt die Würde der Frau. Denn jede Frau in einer Leitungsposition würde zur Quotenfrau. Das ist ein Stigma, das sich auch durch hervorragende Leistungen nicht tilgen lässt.‘“ (Z 20-25)

⁸³ „Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.“ (Z 14-17)

undemokratischen, auf Zwang und Staatsdiktaten basierenden Systems – in Verbindung gebracht werden, verstärkt dies immens. Das Argument, die hohe Gleichberechtigung bezüglich der Beschäftigungsquote habe die DDR trotzdem zu keinem „*Hort der Glückseligkeit*“ gemacht, zieht mit dieser krassen Überhöhung bezüglich ihrer möglichen Auswirkungen die Erreichung einer hohen Quote in der Vergangenheit ins Lächerliche und lässt die Notwendigkeit einer Frauenquote zum heutigen Zeitpunkt als absurd erscheinen. Auch die Aussage „*auch für wenige Frauen* [Hervorh. d. Verf.]“ hat es sie zum „*Hort der Glückseligkeit*“ gemacht, lässt den Schluss zu, dass es sich bei der Forderung nach einer Frauenquote laut den Autor_innen um eine unnötige handelt, da sie ohnehin nicht in der Lage sein würde, Frauen so glücklich zu machen wie Befürworter_innen versprechen.

113 *Telekom-Chef René Obermann, verheiratet mit TV-Talkerin Maybrit Illner und*
114 *bis Ende 2013 Vorstandsvorsitzender, ist der prominenteste Verfechter der*
115 *Frauenquote in verantwortlicher Position. „Auf die Qualifikation von Frauen in*
116 *von Männern dominierten Positionen können wir nicht mehr verzichten“; hat er*
117 *2011 in einem Beitrag für FOCUS argumentiert.*

Auch in diesem Absatz verleiht Prominenz Legitimität sich im Diskurs um die Frauenquote zu äußern. Der Bekanntheitsgrad des zitierten „*René Obermann*“ wird durch die Referenz auf seine, als „*TV-Talkerin*“ in der breiten Öffentlichkeit wahrscheinlich noch bekanntere Ehefrau wesentlich verstärkt.

Die Aussage der Autor_innen, dass er sich als Chef der Telekom in „*verantwortlicher Position*“ befindet impliziert nicht nur, dass Verantwortung aus wirtschaftlicher Bedeutsamkeit erwächst, sondern stellt auch eine Verbindung zwischen wirtschaftlicher Bedeutsamkeit und dem Recht, sich äußern zu können bzw. zu dürfen, her.

Auch das von Obermann angeführte Zitat – „*Auf die Qualifikation von Frauen in von Männern dominierten Positionen können wir nicht mehr verzichten*“ – argumentiert auf rein ökonomischer Ebene, meint er doch mit diesem „*wir*“ sich und das von ihm geleitete Unternehmen, welches von einem Mehr an Frauen profitieren könnte. Es sind also „*die Qualifikation[en] von Frauen*“, welche die Nutzenseite überwiegen lassen und eine Quote für ihn unentbehrlich machen, sie sind etwas auf das Unternehmen „*nicht mehr verzichten*“ können.

Der Verweis auf scheinbar frauenspezifische Qualifikationen, die in „*von Männern dominierten Positionen*“ fehlen, reproduziert die Vorstellung vermeintlicher

Geschlechterdifferenzen, welche von Natur aus gegeben seien und die es gilt – von Unternehmensseite aus – gewinnbringend für sich zu nutzen.

- 118 *Der Emanzipationsanspruch „Gleich“berechtigung war gestern. Die geplante*
119 *„positive Diskriminierung“ von heute bringt Unternehmen in Schwierigkeiten.*
- 120 ***Selbst der frauenfreundlichste Dax-Konzern Deutschlands***, so zumindest das
121 *Bundesfamilienministerium, lehnt die Frauenquote ab. Für den Konsumgüter-*
122 *und Klebstoff-Hersteller Henkel sagt Aufsichtsratsvorsitzende Simone Bagel-*
123 *Trah: „Vielfalt macht ein Unternehmen stärker und wettbewerbsfähiger. Ich*
124 *finde aber den Weg dahin mit starren, vorgegebenen Quoten falsch.“*

Obwohl dieser Absatz mit der Aussage beginnt, der Anspruch nach Gleichberechtigung sei gestern gewesen, denn heute werden Unternehmen durch „*positiv Diskriminierung*“ in Bedrängnis gebracht, wird durch die Anführungszeichen um „gleich“ im Wort „Gleichberechtigung“ auch dieser Anspruch von „*gestern*“ diskreditiert.

Ein wesentlicher Unterschied zur „*positive[n] Diskriminierung’ von heute*“ liegt laut Text jedoch darin, dass diese zudem „*Unternehmen in Schwierigkeiten [bringt]*“, also als wirtschaftsfeindlich einzustufen ist. Dies wird durch die Aussage bestärkt, dass „*selbst der frauenfreundlichste Dax-Konzern Deutschlands [Hervorh. d. Verf.]*“ die Quote ablehnt.

Durch die hier verwendete Wortkonstruktion „*frauenfreundlichste*“ wird das „Freundlichgestimmtsein“ gegenüber Frauen zu etwas, das besonderer Erwähnung bedarf; es ist ein Entgegenkommen, welches nicht selbstverständlich ist. Auch wird damit Frauen – wie Kindern, wenn es heißt, etwas sei „kinderfreundlich“, – ein eigenes Wesen mit ganz speziellen – also frauenspezifischen – Bedürfnissen und Qualitäten zugeschrieben, die zu besonderen Anforderungen an Unternehmen führen.

Damit werden Frauen hier abermals als das „Andere“ und als Abweichung konstruiert, womit Geschlechterdifferenzen und darauf basierende Hierarchien reproduziert werden. Diese Differenzen werden durch das in Zeile 123 verwendete Wort „*Vielfalt*“ – das hier Vielfalt durch mehr Frauen in Unternehmen meint – bestärkt. Der Satz „*Vielfalt macht ein Unternehmen stärker und wettbewerbsfähiger*“ macht zudem einmal mehr deutlich, dass Frauen – neoliberaler Logik folgend – als potentieller Erfolgsfaktor für Unternehmen gehandelt werden, und dies allein auch ihre Existenzberechtigung in Unternehmensposten darstellt. Sie werden da gewollt, wo sie auch für die unternehmerisch notwendige „*Vielfalt*“ gebraucht werden.

Für die Einführung einer verbindlichen Frauenquote wird hier trotz des erwähnten Nutzens von Frauen nicht appelliert, denn schon im nächsten Satz wird eine solche aufgrund ihres Zwangscharakters als „falsch“ abgelehnt. Durch die Herstellung der Verbindung von Quote und Starrheit sowie Vorschrift wird eine solche Regelung einmal mehr als eine negative, von oben – also vom Staat – diktierte Zwangsmaßnahme konstruiert, welche den freien Markt gefährden könnte.

- 125 *Die Autobauer Daimler und Ford ziehen sich auf den Begriff „Diversity“*
126 *zurück. Brigitte Kasztan, Diversity-Managerin bei Ford Europa, beschreibt ihr*
127 *Frauenproblem. Eine Frauenquote wäre schwierig, sagt die 53-Jährige, „da wir*
128 *dann gleichermaßen Quoten für Migrationshintergrund, Alter, Behinderung oder*
129 *sexuelle Orientierung schaffen müssten – um unserer weltweiten Philosophie*
130 *treu zu bleiben“.*
- 131 ***Wer ja sagt zur Frauenquote, sagt auch ja zur Schwulenquote, heißt das im***
132 ***Klartext. Und zwingt ordnungspolitisch Unternehmen in zu Recht private***
133 ***Lebensbereiche.***

Nachdem nun im vorherigen Absatz klar wurde, dass es sich bei Gleichberechtigung – gemäß den Autor_innen – um ein abzulehnendes Konzept aus der Vergangenheit handelt und auch „positive Diskriminierung“ als höchst wirtschaftsfeindlich anzusehen ist, wird hier im Sinne eines Rückzuggefehtes „Diversity“ als verbleibendes egalitäres Instrument konstruiert, das es sogar bis in die Unternehmen geschafft hat.⁸⁴ Wie schon zuvor im Text, als von unternehmensbereichernder Vielfalt die Rede war⁸⁵, wird auch hier mit dem Begriff „Diversity“ ein unscharfes Konstrukt gegen konkret handlungsanleitende Begriffe wie etwa „Quote“, ausgespielt.⁸⁶

⁸⁴ Während es kritischen Ansätzen des Diversitätskonzepts laut Eggers (2011) nicht um „oberflächliche Akzeptanz von Differenz oder Vielfalt“ (S. 259), sondern um Herrschaftskritik geht, zeichnet sich im hegemonialen Diskurs eine „zunehmende Entpolitisierung von Diversität“ als Vermarktungsstrategie ab (ebd.). Der Wirtschaftssektor als größtes Anwendungsfeld des Diversity-Ansatzes verfolgt nicht die „Diversifizierung des gesellschaftlichen Feldes . . .“, sondern eine Gewinnmaximierung unter Beibehaltung der hierarchischen Verhältnisse“ (ebd. S. 258).

⁸⁵ „Vielfalt macht ein Unternehmen stärker und wettbewerbsfähiger.“ (Z 123)

⁸⁶ Folgt man Tove Soiland (2009) ist diese Unschärfe und der damit einhergehende Mangel an Definition nicht dem Zufall geschuldet, beinhaltet das Konzept doch einen Widerspruch. Es beansprucht „im Namen der Individualität eine konsequente Kritik jeglicher Askriptionen . . .“, um die Einmaligkeit jedes Individuums freizulegen; zum anderen verfolgt das Konzept genau damit die Freisetzung von Vielfalt, was es wiederum erforderlich macht, gewisse Unterschiede, die es im Namen der Vielfalt fördern will, erneut zu unterstellen“ (S. 37).

Im Sinne des Managing-Diversity-Ansatzes orientiert sich Chancengleichheit nicht „am Resultat, also am realen Output, z.B. einer Quote . . . , sondern am Prozess“ (Soiland, 2009, S. 38). Für diesen existiert nach Tove Soiland (2009) „in erster Linie das Gebot der Nicht-Diskriminierung, d.h. das Gebot der Gleichbehandlung bei gleichen Fähigkeiten und Leistungen“ (S. 38). Dies deckt sich mit der Argumentationslinie des restlichen Artikels, welcher das Leistungsprinzip als wichtigsten Ansatz zur Mitarbeiter_innenauswahl konstruiert.⁸⁷

Im weiteren Text folgt nun eine Aufzählung von Differenzen durch die „Diversity-Managerin“, für welche nach der „weltweiten Philosophie“ ihres Unternehmens ebenfalls eine Quote geschaffen werden müsste, wenn eine Frauenquote etabliert wurde. Durch die hier passierende „Aneinanderreihung von Differenzen droht das Enthierarchisierungspotential des Diversitätsansatzes sich in der Diffusität nicht enden wollender Kategorisierungen aufzulösen“ (Eggers, 2011, S. 259). Indem Toleranz gegen „unterstellte Unterschiede“ walten soll, werden diese zudem festgeschrieben (Soiland, 2009, S. 37).

Aufgrund dieser Vielzahl von bestehenden Differenzen wäre eine Frauenquote und die damit einhergehende Konzentration auf die Kategorie „Geschlecht“ „schwierig“, ja sogar problematisch, beschreibt sie doch in diesem Absatz ihr „Frauenproblem“. Diese Wortkonstruktion schafft es, mögliche gesellschaftliche Ursachen weniger Frauen in Führungspositionen zu verschleiern und sucht die Gründe dafür erneut in den Frauen selbst; sie haben nicht die Probleme – struktureller Benachteiligung etwa – sondern sind das Problem.

Die den nächsten Absatz einleitende und durch Fettmarkierung hervorgehobene Conclusio der Autor_innen lautet nun: „*Wer ja sagt zur Frauenquote, sagt auch ja zur Schwulenquote*“. Durch den hier benutzten inhärent homophoben Begriff wird Homosexualität herabgewürdigt; ein Mehr an homosexuellen Menschen in Unternehmen aufgrund der genannten Quote wird als negativer Horizont konstruiert. Dies wird verstärkt, indem die Autor_innen anführen, sie würden hier „Klartext“ sprechen, also quasi sagen, was viele vielleicht nicht so präzise formulieren oder eventuell gar verschweigen. Dadurch wird die in Misskredit gebrachte Quote für sexuelle Orientierung genutzt, um auch die Frauenquote diskreditieren zu können. Denn wer die eine verhindern will, muss auch zur

⁸⁷ „Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß.“ (Z 14-16)

„Viele der von FOCUS befragten Frauen bestehen auf dem Prinzip der Leistung.“ (Z 215)

anderen nein sagen. Damit folgt der Text hier einer ähnlichen Argumentation wie schon in Zeile 10-13 als der Schluss nahe lag, dass all jene, welche nicht als Quotenfrau gelten wollen, sich auch gegen eine Frauenquote aussprechen müssten.⁸⁸

Der abschließende Satz nützt den Aspekt einer als ablehnungswürdig konstruierten Quote für sexuelle Orientierung, um einmal mehr Ängste vor staatlichen Eingriffen zu schüren, die sich mit Zwang Zugriff auf „zu Recht private Lebensbereiche“ verschaffen. Mit diesem Hinweis auf das Private werden die, mit als Differenz konstruierten Dimensionen einhergehenden, strukturellen Benachteiligungen verschleiert. Dadurch verursachte Problematiken werden somit – ganz entgegen der feministischen Forderungen, das Private sei politisch (Haidinger & Knittler, 2014, S. 75) –, als persönliche und damit individuell handhabbare konstruiert. Politik und Wirtschaft werden so aus der Verantwortung genommen.

134 Daimler beziffert den Anteil von Frauen in Führungspositionen mit zwölf
135 Prozent. Bis zum Jahr 2020 hat sich der Konzern vorgenommen, dass jede fünfte
136 leitende Position mit einer Frau besetzt ist – dabei liegt der Frauenanteil in der
137 Gesamtbelegschaft der Daimler AG bislang nur bei gut 14 Prozent. Womit auch
138 schon das Kernproblem umschrieben ist: zu wenige Mitarbeiterinnen, denen zu
139 viele Chefposten zugewiesen werden müssen?

Hier wird nun darauf hingewiesen, dass sich der Autohersteller Daimler bis 2020 – entgegen dem, was der vorherige Absatz vermuten lässt, – eine Frauenquote von 20 Prozent vorgenommen hat. Dass derzeit der Anteil an Frauen „in der Gesamtbelegschaft der Daimler AG“ bei nur „14 Prozent“ liegt, sehen die Autor_innen – scheinbar im Gegensatz zu Daimler selbst – als ein großes Problem an. Denn es gibt „zu wenige Mitarbeiterinnen, denen zu viele Chefposten zugewiesen werden müssen“. Diese Aussage, welche „das Kernproblem“ umschreiben soll, suggeriert, dass ein Scheitern vorprogrammiert ist; das Vorhaben von Daimler wird zur Unmöglichkeit.

Zudem wird hier durch das Wort „müssen“ etwas, dass sich Daimler derzeit laut dem Text lediglich „vorgenommen“ hat, zu einer scheinbar zwingenden Vorgabe, wodurch ein mögliches Scheitern an Bedrohlichkeit gewinnt. Dass das erwähnte „Kernproblem“ der „zu

⁸⁸„Eigentlich ist es ganz einfach. Nicht einmal Frauen, die eine Frauenquote fordern, wollen im Erfolgsfall als Quotenfrau gelten. Noch entschiedener sind viele der von FOCUS in der vergangenen Woche Befragten: „Quotenfrau“? Ein Schimpfwort. Und tschüss, Quotilde!“ (Z 10-13)

wenige[n] Mitarbeiterinnen“ als Frage formuliert ist, lässt es jedoch zumindest als etwas erscheinen, das noch einer genaueren Verifizierung bedarf.

140 „Frauen sind die Gewinner am Arbeitsmarkt“, fasste am Montag dieser Woche
141 das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) seine Forschungsergebnisse
142 zusammen. Nach den aktuellen Zahlen, die FOCUS vorab vorlagen, stieg die
143 Frauen-Erwerbsquote seit dem Jahr 2000 von 63 auf heute 72 Prozent. Wenn
144 trotzdem weniger Frauen in Führungspositionen ankommen, erklärt das die IW-
145 Arbeitsmarktforschung mit der „Art der gewählten Berufe und der
146 Teilzeitbeschäftigung im Anschluss an Babypausen“.

147 Tatsächlich weist die Studie nach, dass der Anteil junger Frauen, die ein
148 Studium in den sogenannten MINT-Fächern Mathematik, Informatik,
149 Naturwissenschaft und Technik aufnahmen, seit 2000 sogar um zwei Prozent
150 zurückging.

151 **Diese Frauen benachteiligen sich selbst.** Mehr als die Hälfte aller Manager in
152 der deutschen Industrie haben ein MINT-Fach studiert. „Unternehmen können
153 nicht dafür bestraft werden, dass sich Frauen entscheiden, ihre Erwerbsbiografie
154 zu unterbrechen oder wenig gefragte Fächer zu studieren“, erklärt IW-
155 Arbeitsmarktforscher Oliver Stettes.

„Frauen sind die Gewinner am Arbeitsmarkt“, weil sich „die Frauen-Erwerbsquote seit dem Jahr 2000 von 63 auf heute 72 Prozent“ erhöht hat. Dies wird hier als vereinfachte Erklärung eines hoch komplexen Bedingungsgefüges angeführt, wodurch alle weiteren zu berücksichtigenden Aspekte, wie etwa die Art der Beschäftigungsverhältnisse, verschleiert werden und möglichen Argumenten zur Notwendigkeit einer Frauenquote der Wind aus den Segeln genommen wird. Dies wird verstärkt, indem sogleich eine Begründung geliefert wird die greift, „wenn trotzdem weniger Frauen in Führungspositionen ankommen“. Es liegt dann lediglich an der „Art der gewählten Berufe und der Teilzeitbeschäftigung im Anschluss an Babypausen“. Es sind also die Frauen selbst, die sich eventuelle Barrieren quasi freiwillig in den Weg legen – sie benachteiligen sich selbst. Dies wird in Zeile 151 durch die Autor_innen sogar als Kernaussage hervorgehoben. Die eben angeführte Erklärung für das Vorhandensein weniger Frauen in Führungspositionen, wird darauffolgend, durch das Wort „tatsächlich“, als unhinterfragbare Tatsache konstruiert. Der Grund und damit auch die Schuld an der vorherrschenden Situation liegt demnach ganz allein bei den Frauen selbst, denn sie sind es, die „ihre Erwerbsbiografie . . .

unterbrechen oder wenig gefragte Fächer . . . studieren“. Andere Bedingungen für Benachteiligungen in der Berufswelt, wie etwa tief verankerte Geschlechterhierarchien oder stereotype Rollenbilder, werden dadurch verschleiert und die Verantwortung für das Unterbrechen einer Erwerbsbiographie allein in die Hände der Frauen gelegt.

Durch den Hinweis darauf, dass Unternehmen *„nicht dafür bestraft werden [können]“*, dass Frauen für sie nachteilige Entscheidungen treffen, wird an dieser Stelle noch einmal dezidiert die Arbeitgeber_innenseite aus der Verantwortung genommen.

156 *Und wenn mit 22,3 Prozent fast jede vierte Frau gar nicht Vollzeit arbeiten will?*

157 *„Das ist ein Handicap, das schwer zu kompensieren ist. Führung in Teilzeit ist*

158 *die Ausnahme. Aus Sicht der Arbeitsmarktforschung trägt das Ehegattensplitting*

159 *mit Schuld daran, dass in Deutschland Frauen in Führungspositionen eher selten*

160 *sind.“*

Hier findet nun ein weiterer Grund für das Vorhandensein weniger Frauen in Führungspositionen Erwähnung, nämlich dass *„mit 22,3 Prozent fast jede vierte Frau gar nicht Vollzeit arbeiten will“*. Damit wird nun Arbeit in Vollzeitbeschäftigung, aber auch das Streben danach, zur Norm erhoben, von der *„fast jede vierte Frau“* abweicht. Auch der darauf folgende Satz schafft es, eine Verbindung zwischen Führungspositionen und einem hohen Ausmaß an Wochenarbeitszeit herzustellen, welche durch den Hinweis, bei *„Führung in Teilzeit“* handele es sich lediglich um eine *„Ausnahme“*, zur allgemeingültigen Norm wird.

Zudem wird das Argument, Frauen wären aufgrund ihrer Entscheidungen selbst schuld an möglichen Benachteiligungen, verfestigt. Denn sollten sie gar nicht wollen, dann würde ohnehin jedes Unternehmen daran scheitern, genügend Frauen zur Erfüllung einer Quote anzuwerben.

Der Einleitungssatz dieses Absatzes ist zwar als Frage formuliert, die genaue Prozentangabe lässt jedoch wenig Zweifel daran, dass es sich hier um eine vermeintliche Tatsache handelt. Auch das von den Autor_innen als Antwort angeführte Zitat untermauert das Argument des fehlenden Willens von Seiten der erwähnten Frauen. Es wird hier *„das nicht wollen“* der Frauen sogar als *„Handicap“*, also als ein Nachteil bzw. eine Behinderung beschrieben, deren Grund ausschließlich in den Frauen selbst zu suchen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es nun plausibel, dass wenige Frauen aufsteigen, ist dieses Handicap doch *„schwer zu kompensieren“*.

Wenn in weiterer Folge anerkannt wird, dass „*das Ehegattensplitting mit Schuld daran [trägt], dass in Deutschland Frauen in Führungspositionen eher selten sind*“, werden Unternehmen ihrer möglichen Schuld entlastet und Politik und Staat zur Verantwortung gezogen.

An der Hauptschuld, welche – der Argumentationslinie des Textes nach zu beurteilen – bei den Frauen selbst zu suchen ist, rüttelt dies nicht.

161 Seite 3: Nur jede Fünfte ist bereit für den Karriere-Stress

In dieser zusammenfassenden Überschrift der dritten Seite des Artikels werden Frauen, wie schon im Absatz davor, als Abweichung einer Norm beschrieben. Denn wenn „*nur jede Fünfte*“ Frau bereit ist „*für den Karriere-Stress*“, und dies als Grund für wenige Frauen in Führungspositionen angeführt wird, dann liegt der Schluss nahe, dass Männer in der Regel bereit dafür sind. Nicht „*bereit für den Karriere-Stress*“ zu sein wird hierdurch zu einer potenziell „weiblichen“ Eigenschaft.

Da es sich bei dieser Aussage um die Zusammenfassung der Zeilen 162-236 durch die Autor_innen handelt, wird ihrem Inhalt – wie auch schon in der Überschrift der zweiten Seite des Artikels der Fall⁸⁹ – große inhaltliche Bedeutung beigemessen, sie bildet die Essenz des noch auf dieser Seite Folgenden.

Was auffällt ist, dass in Zeile 156⁹⁰ – als Begründung für das Fehlen von Frauen in Führungspositionen – von 22,3 Prozent Frauen die Rede ist, welche nicht Vollzeit arbeiten wollen. Nun ist im Gegensatz dazu von nur 20 Prozent Frauen die Rede, die überhaupt „*bereit für den Karriere-Stress*“ sind. Dadurch verkleinert sich hier scheinbar wie von selbst – durch den Wegfall jener die nur „wenige“ Stunden arbeiten wollen und allen die nicht „*bereit für den Karrierestress*“ sind – die Anzahl der Frauen die überhaupt für eine gehobene Position in Frage kommen.

Die folgende Seite beginnt nun mit einer weiteren Ausführung von Gründen für das großflächige Fehlen von Frauen in gehobenen Positionen:

162 Große Unterschiede anhand des kleinen Unterschieds lassen sich schon an

163 den Universitäten erkennen. Bei einer Befragung unter 1200 Studierenden mit

⁸⁹ „Seite 2: Viele Frauen benachteiligen sich selbst.“ (Z 77)

⁹⁰ „Und wenn mit 22,3 Prozent fast jede vierte Frau gar nicht Vollzeit arbeiten will?“ (Z 156)

164 einem Durchschnittsalter von 24 Jahren offenbarten die Frauen 2012 eine andere
165 Wertewelt.

166 Bei der Frage nach den „Anforderungen an einen guten Arbeitgeber“ nannten sie
167 an erster Stelle das „Betriebsklima“ (82 Prozent gegenüber 74 Prozent bei den
168 männlichen Kommilitonen). „Leistung und Erfolg“ sind 27 Prozent der Frauen
169 wichtig (gegenüber 36 Prozent). Die Frage „Möchtest du eine Führungsfunktion
170 einnehmen?“ beantworteten 77 Prozent der Männer mit Ja. Bei den weiblichen
171 Studierenden rangen sich nur 66 Prozent durch, dieses Ziel klar zu formulieren.

Die Ursachen für ein Fehlen von Frauen in Führungspositionen lassen sich laut den Autor_innen bis zur Studienzeit zurückverfolgen. Tatsächlich scheinen die Gründe jedoch noch viel früher und auf tiefergreifenderer Ebene angesiedelt zu sein, nämlich in der Biologie. Denn es ist von „große[n] Unterschiede[n] anhand des kleinen Unterschieds“ die Rede. Dieser Aussage wird durch die Hervorhebung durch Fettmarkierung besondere Wichtigkeit verliehen. Somit werden alle „große[n] Unterschiede“ dadurch naturalisiert, dass sie in dem vermeintlich in der Biologie verortbaren „kleinen Unterschied“ des jeweiligen Geschlechts angesiedelt werden. Dies wird bestärkt, indem Frauen eine eigene „Wertewelt“ zugeschrieben wird, was abermals Geschlechterdifferenzen markiert und somit festschreibt. Jedoch besitzen Frauen laut den Autor_innen nicht nur eine eigene, sondern eine „andere Wertewelt [Hervorh. d. Verf.]“. Es muss also noch eine weitere mögliche Wertewelt geben, auf die nicht näher eingegangen wird. Der Satz lässt allerdings keinen Zweifel, dass sich ihre Werte von jenen der Männer, also der angenommen Norm, unterscheiden, wodurch Frauen einmal mehr als Abweichung erscheinen.

Der in Zeile 166 beginnende Absatz lässt vermuten, wie die Autor_innen zu ihrer Annahme unterschiedlicher Wertewelten kommen, und zwar indem angeführt wird, dass Frauen mehrheitlich ein gutes „Betriebsklima“ als den wichtigsten Anspruch an die Arbeitgeber_innenseite nennen. Es liegt nahe, dass die Verbindung zwischen Freundlichkeit und Kommunikation als stereotyp „weiblichen“ Eigenschaften und dem genannten Betriebsklima ihrer Argumentation zugrunde liegt. „Leistung und Erfolg“ als männlich konnotierte Ansprüche, sind Frauen mit „27 Prozent“ weniger wichtig als ihren „männlichen Kommilitonen“. Zudem konnten sich auf „die Frage ‚Möchtest du eine Führungsfunktion einnehmen‘ . . . nur 66 Prozent durch[ringen], dieses Ziel klar zu formulieren“. Das verwendete Wort „nur“ lässt die hier erwähnten „66 Prozent“ als sehr gering erscheinen. Der darauffolgende Satz suggeriert zudem, dass auch diese Frauen sich

nicht ganz sicher waren, denn sie „*rangen*“ sich bloß zu dieser Antwort durch und hatten demnach Schwierigkeiten „*dieses Ziel klar zu formulieren*“, während „*77 Prozent der Männer*“ die Frage scheinbar ohne zu zögern mit einem klaren „*Ja*“ beantworten konnten. Der Möglichkeit, es gäbe noch andere vergleichbar erstrebenswerte Ziele, wie das, eine Führungsposition einzunehmen, gibt der Text keinen Raum.

172 „*Meines Erachtens haben manche Frauen einfach nicht ein so ausgeprägtes*
173 *Machtmotiv*“, fasst Beate Schellenberger-Busch zusammen. Die Bereichsleiterin
174 der Unternehmensberatung Kienbaum Executive Consultants: „*Das sollte*
175 *vorhanden sein, um in einer Top-Führungsposition nicht nur erfolgreich, sondern*
176 *auch glücklich zu sein.*“ Sie habe Frauen gesprochen, sagt die Headhunterin, die
177 „*die Quote als ein Gezogenwerden empfinden*“.

Das Zitat von „*Beate Schellenberger-Busch*“ erscheint wie die Conclusio der im vorhergehenden Absatz erwähnten Befragung: „*Manche Frauen [haben] einfach nicht ein so ausgeprägtes Machtmotiv*“. Die Formulierung „*nicht ein so ausgeprägtes Machtmotiv [Hervorh. d. Verf.]*“ wirft die Frage auf, im Gegensatz zu wem dieses Motiv nicht „*so ausgeprägt*“ ist. Da im hegemonialen Diskurs Frau und Mann als die einzigen beiden Möglichkeiten von Geschlechtsausprägung konstruiert sind, kann dies also nur heißen, dass ihr Machtmotiv nicht genauso stark ausgeprägt ist wie jenes der Männer.

Das erwähnte Motiv „*sollte vorhanden sein, um in einer Top-Führungsposition nicht nur erfolgreich, sondern auch glücklich zu sein*“. Diese Aussage suggeriert, dass alle Personen – in der Logik dieses Artikels jedoch vorwiegend Frauen –, welche dieses „*Machtmotiv*“ nicht besitzen, in einer führenden Position keinen Erfolg haben oder ihr Glück finden können. Führungspositionen werden damit automatisch mit Machtausübung und Hierarchie verbunden und andere Arten der Unternehmensführung ausgeblendet.

Durch die Worte „*nicht nur erfolgreich, sondern auch glücklich [Hervorh. d. Verf.]*“ wird Frauen das Zeug zur Führungskraft gleich auf zweifache Weise abgesprochen. Denn selbst wenn sie erfolgreich sind, wird hier schon vorweggenommen, dass sie aufgrund des womöglich fehlenden Machtmotivs trotzdem nicht glücklich werden könnten. Fast als müsste man das Führen können „*im Blut haben*“, also von Natur aus dafür geboren sein.

Die angeführte Aussage, Frauen würden „*die Quote als ein Gezogenwerden empfinden*“ unterstreicht dies, macht es doch klar, dass diese Frauen die Quote nicht als eine Hilfe empfinden, sondern das Gefühl haben, sie würden in eine Richtung – eine Richtung in die sie eventuell gar nicht wollen – gezogen werden. Dass jene Erfahrung von einer

„*Headhunterin*“ stammt – also einer Person, deren Aufgabe es ist, geeignete und gewillte Personen für das Unternehmen zu gewinnen –, räumt dieser noch mehr Bedeutung bei.

178 *Männer macht die Quote ohnehin nicht glücklich. „Gespräche mit jungen*
179 *männlichen Führungskräften signalisieren mir eindeutig steigenden Frust über*
180 *die Bevorzugung von Frauen“, sagt Norbert Abraham, Headhunter und Personal*
181 *Coach bei der Personalberatung Ingeniam in Frankfurt/Main. Er glaubt an eine*
182 *„Menge guter Frauen, die das Zeug zu Spitzen-Führungskräften haben“. Und*
183 *dennoch, stellt Abraham fest, „ist eine Frauenquote barer Unsinn“. Vor allem in*
184 *Männerdomänen wie Informatik und vielen Ingenieursbereichen sei das schon*
185 *„mathematisch kaum machbar“.*

Wo nun noch im vorherigen Absatz erwähnt wurde, dass Frauen die Quote mitunter nicht als etwas Positives empfinden, wird nun angeführt, dass Männer „*die Quote ohnehin nicht glücklich [macht]*“. Durch das Rekurrieren auf Männer als vermeintlich homogene Gruppe werden mögliche Gegenpositionen – also Männer, welche die Quote befürworten – aus dem Diskurs ausgeschlossen.

Zudem wird durch die schon im vorangegangenen Textabschnitt erwähnten Frauen, welche die Quote ablehnen, und der vermeintlichen Tatsache, dass Männer sie ohnehin nicht gut finden, eine Mehrheit an Quotengegner_innen konstruiert. Als Grund für die Ablehnung durch Männer wird steigender „*Frust über die Bevorzugung von Frauen*“ angeführt, welchen männliche Führungskräfte „[eindeutig] *signalisieren*“. Dadurch wird aus einer Quotenregelung eine „*Frust*“ hervorrufende „*Bevorzugung von Frauen*“ – also eine vermeintlich unfaire Betterbehandlung.

Dieser negativ behafteten Darstellung der Sachlage durch den als „*Headhunter und Personal Coach*“ bezeichneten „*Norbert Abraham*“, wird die positive Bemerkung, dass er an eine „*Menge guter Frauen [glaubt], die das Zeug zu Spitzen-Führungskräften haben*“, hinzugefügt. Durch die Behauptung der Autor_innen, er glaube daran – wisse es also nicht mit Sicherheit –, bleibt die Existenz dieser „*Menge guter Frauen*“ aber fraglich – es ist eben eine Glaubensfrage.

Nicht so unsicher erscheint, dass eine „*Frauenquote barer Unsinn*“ ist, denn dies „*glaubt*“ der besagte „*Personal Coach*“ nicht nur, er stellt es fest, wodurch es als eine unhinterfragbare Tatsache erscheint. Dies ist laut Text „*vor allem in Männerdomänen wie Informatik*“ der Fall, wo eine Quote „*mathematisch kaum machbar*“ ist. Durch die Wortwahl „*Männerdomänen*“ werden die genannten Fächer als Spezialgebiete von

Männern und damit von vornherein als etwas Männerspezifisches konstruiert, wodurch Geschlechterdifferenzen reproduziert werden. Durch den Verweis auf Mathematik als vermeintlich objektive Naturwissenschaft, erscheint auch das „*mathematisch kaum machbar[e]*“ Erfüllen einer Frauenquote in bestimmten Berufssparten wie der Informatik, als natürliche Tatsache.

186 *Noch weiter geht der Münchner Personalberater Dieter Rickert. Er sprach 2011*
187 *von einer „natürlichen Frauenquote“. Die liege bei sechs Prozent. Und er rechnet*
188 *vor, wie er zu diesem Ergebnis kommt: „Bei Aufnahme des Studiums sind zwar*
189 *rund die Hälfte aller Studenten weiblich, aber das Gros der Damen wählt Fächer,*
190 *die für eine Wirtschaftskarriere ausscheiden. Auf Grund der gewählten*
191 *Ausbildung stellen die Frauen allenfalls ein Drittel der Berufsanfänger, die eine*
192 *Chance haben, im Top-Management zu landen.“*

193 *Die Erfahrungen bei der Personalvermittlung sprächen dafür, dass nur jede*
194 *fünfte dieser Frauen bereit sei, sich den Stress einer Karriere bis nach ganz oben*
195 *anzutun. Personal-Mathematik nach Dieter Rickert: „20 Prozent von einem*
196 *Drittel machen eine natürliche Frauenquote von sechs Prozent. Das ist nicht weit*
197 *von den Ist-Verhältnissen entfernt, wenn man die obersten beiden*
198 *Führungsebenen betrachtet.“*

In diesem Absatz ist nun von einer „*natürlichen Frauenquote*“ die Rede, welche laut „*Personalberater Dieter Rickert*“ bei „*sechs Prozent*“ liegt. Sein Rechenweg beginnt mit der Erwähnung, dass die Mehrheit der Frauen in ihrem Studium Fächer wählt, „*die für eine Wirtschaftskarriere ausscheiden*“, weshalb nur wenige die „*Chance haben, im Top-Management zu landen*“. Es sind also wieder die Frauen welche selbst schuld an ihrer Misere sind, denn sie sind es selbst, die die falsche Wahl treffen. Die abschätzig klingende Formulierung „*das Gros der Damen*“ verstärkt dabei diese Argumentationsweise. Das Wort „*Damen*“ ruft hier die Assoziationen hervor, sie würden sich lieber angenehmen, schönen Dingen widmen, aber für den harten Konkurrenzkampf in der Wirtschaft nicht geeignet sein.

Von all jenen, die vermeintlich richtig wählen, ist – das haben wir ja schon gehört – „*nur jede fünfte . . . bereit . . . , sich den Stress einer Karriere bis nach ganz oben anzutun*“. Auch hier wird die Schuld in den Frauen selbst gesucht, denn sie sind es, die nicht bereit sind und nicht den nötigen Biss und Willen haben, sich eine „*Karriere . . . anzutun*“. Obwohl es sich hier laut Text um „*Erfahrungen bei der Personalvermittlung* [Hervorh. d.

Verf.]“ handelt, wird trotz allem mit diesen Zahlen weitergerechnet, womit sie in Folge als Tatsachen erscheinen. Somit kommt „Dieter Rickert“ auf „eine natürliche Frauenquote von sechs Prozent“, welche „nicht weit von den Ist-Verhältnissen entfernt [ist]“.

Die Autor_innen bezeichnen seine Berechnungen als „Personal-Mathematik“, womit sie durch den Verweis auf die Wissenschaft der Mathematik wesentlich an Objektivität und Bedeutung gewinnen.

Folgt man nun dem Rechenweg von „Dieter Rickert“ bis zum Ende, ergibt sich eine Frauenquote, die nahezu identisch ist mit den derzeitigen Ist-Verhältnissen, wodurch die Frage angeregt wird, ob denn überhaupt Handlungsbedarf besteht, wenn die „natürliche Frauenquote“ ohnehin fast als erreicht gilt. Auch die Autor_innen stellen sich diese Frage im nächsten Absatz:

199 **Kein Handlungsbedarf also für die Gleichberechtigung? Eben doch.** Nur
200 kann an dieser Stelle nicht Symbolpolitik genügen, die nichts kostet, weil die
201 Politiker die Last den Unternehmern zuschieben.

202 Quoten-Freundin Ursula von der Leyen hat schon 2008 den gesetzlichen
203 Anspruch auf Kinderbetreuung geschaffen. Von diesem Jahr 2013 an soll er
204 gelten für Kinder zwischen einem und drei Jahren. Es bleibt bisher beim
205 Versprechen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts fehlten noch im
206 vergangenen Jahr bundesweit 220 000 der geplanten 780 000 Kita-Plätze. So
207 spielen auch Frauen mit dem Potenzial zur Führungskraft mit ihren Kleinkindern
208 im Sandkasten – statt wirtschaftliche Sandkastenspiele in den Planungsstäben
209 der Weltmarktführer zu betreiben.

Die Frage, ob derzeit „kein Handlungsbedarf . . . für die Gleichberechtigung“ besteht, wird hier durch die Autor_innen mit einem „eben doch“ beantwortet. Sowohl die aufgeworfene Frage als auch die Antwort darauf sind hier durch Fettmarkierung als besonders bedeutend hervorgehoben. Es besteht also laut Text sehr wohl Handlungsbedarf, jedoch wird zugleich – im Hinblick auf die Maßnahme der Frauenquote – erwähnt, dass es sich hierbei lediglich um „Symbolpolitik“ handelt „die nichts kostet, weil die Politiker die Last den Unternehmern zuschieben“ und welche daher auch nicht „genügen“ kann.

Die Einführung einer Quotenregelung wird dadurch einmal mehr als reine „Last“ konstruiert und die Thematik vor dem Hintergrund einer Kosten-Nutzen-Rechnung verhandelt. Eine Quote schlägt sich demnach auf Seiten der Kosten zu Buche, hemmt die Anpassung an den freien Markt und schwächt Unternehmen. Somit wird die Frauenquote

als kostenintensive Maßnahme diskreditiert, welche „*die Politiker . . . den Unternehmern zuschieben*“. Die durch die Argumentation der Autor_innen konstruierte strikte Trennung von Politik und Wirtschaft, entläßt einmal mehr Unternehmer_innen aus der Verantwortung.

Eine Möglichkeit, mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen, sehen die Autor_innen im „*gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuung*“, welcher „2008“ durch „*Ursula von der Leyen*“ – die hier abwertend als „*Quoten-Freundin*“ bezeichnet wird – geschaffen wurde. Dieser Anspruch wird allerdings nicht erfüllt, denn es bleibt „*beim Versprechen*“; es „*fehlten noch im vergangenen Jahr bundesweit 220 000 der geplanten 780 000 Kita-Plätze*“. Der Staat hat es also nicht geschafft, seine Ziele umzusetzen und will sich – der Logik der Autor_innen folgend – mit der Quote als „*Symbolpolitik*“ aus der Verantwortung ziehen.

Es werden zudem Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als etwas dargestellt, das allein in der Verantwortung der Politik liegt, was es Unternehmen leicht macht, sich aus der Affäre zu ziehen. Es entsteht so das Bild eines Staates, der – ganz in neoliberaler Manier – dazu dient, genau jene Interventionen zu setzen, welche die erwähnte „*Last*“ von den Unternehmen fernhält und dafür Sorge trägt, dass diese ihre Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität erhalten können. Dass dies nicht geschieht, führt nun laut den Autor_innen dazu, dass „*auch Frauen mit dem Potenzial zur Führungskraft mit ihren Kleinkindern im Sandkasten [spielen]*“.

Durch die Erwähnung von Frauen im Zusammenhang mit der Obsorge für ihre Kinder, bei gleichzeitigem Unerwähntbleiben möglicher anderer sorgetragender Personen in deren nahem Umfeld, wird eine eindeutige Verbindung zwischen Frauen und der Reproduktionstätigkeit hergestellt. Zudem wird an dieser Stelle die generelle Benachteiligungen von Frauen in der Berufswelt auf jene der Mütter reduziert.

Im Folgenden wird nun noch weiter auf die Thematik der Kindererziehung im Zusammenhang mit Quotenregelungen eingegangen:

- 210 „*Eine Quote zum jetzigen Zeitpunkt wäre eher kontraproduktiv*“, sagt
211 *Johanna Hey. Die Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität*
212 *Köln ist überzeugt, dass Frauen in den Führungsetagen unterrepräsentiert*
213 *bleiben werden, „solange sie Familie haben und sich nicht damit abfinden*
214 *wollen, die Kindererziehung komplett abzugeben*“.

Der Absatz beginnt mit dem, als bedeutend hervorgehobenen, Zitat, dass *„eine Quote zum jetzigen Zeitpunkt . . . eher kontraproduktiv [wäre]“*. Bei einer Implementierung würde es demnach also eher zu einem Schaden als einem Nutzen kommen. Es kann hier davon ausgegangen werden, dass dieser – laut der zitierten *„Johanna Hey“* – von den Unternehmen zu tragen wäre, welche es trotz eventueller kostenintensiver Versuche nicht schaffen, die Vorgaben der Quotenregelung zu erfüllen. Denn sie ist *„überzeugt“* – hegt also keinerlei Zweifel daran –, dass es nicht zu einem Mehr an Frauen kommen wird *„solange sie Familie haben und sich nicht damit abfinden wollen, die Kindererziehung komplett abzugeben“*.

Es sind also abermals die Frauen, welche schuld sind, denn es fehlt ihnen der Wille. War es in Zeile 156⁹¹ noch der Wille, Vollzeit zu arbeiten bzw. sich im allgemeinen *„den Stress einer Karriere . . . anzutun“* (Z 194-195), ist es nun der fehlende Wille, sich damit abzufinden *„die Kindererziehung . . . abzugeben“*. Dass Frauen hier lediglich die Möglichkeit eingeräumt wird die Obsorge *„abzugeben“*, impliziert, dass diese per se in ihrer Verantwortung liegt.

Dadurch lässt der Text hier nur ein Entweder-Oder zu, nämlich sich entweder um die Kinder zu kümmern und sich nicht über etwaige daraus entstehende Benachteiligungen am Arbeitsmarkt zu beschweren, oder aber die Erziehung *„komplett abzugeben“*. Die Thematik wird hier als ein Problem konstruiert, dessen Ursache und Lösung allein im privaten Bereich der Familie – und hier wiederum auf Seiten der Frauen – zu suchen ist. Damit werden nicht nur Unternehmen, sondern – anders als im bisherigen Text – auch der Staat seiner Verantwortung entbunden, was zugleich die Produktion diskriminierender Strukturen sowie auch deren Aufrechterhaltung verschleiern.

- 215 *Viele der von FOCUS befragten Frauen bestehen auf dem Prinzip der Leistung.*
216 *„Weicht nie von diesem Prinzip ab“, fordert auch Nina Ruge, Moderatorin und*
217 *Partnerin des Vorstandsvorsitzenden der Linde AG, Wolfgang Reitzle. „Die*
218 *Quote ist ein Gewächs aus dem Vorgarten von Wolkenkuckucksheim“, sagt die*
219 *56-Jährige. „Zwingt die Unternehmen zu Familienförderung mit flexiblen*
220 *Arbeitszeiten, tollen Kindergärten und Krankenschwestern, die sich um kranke*
221 *Kinder kümmern. Aber: Lasst nur die Besten aufsteigen!“*

⁹¹ *„Und wenn mit 22,3 Prozent fast jede vierte Frau gar nicht Vollzeit arbeiten will?“ (Z 156)*

Hier wird nun wieder auf das Leistungsprinzip zurückgekommen, welches schon in der ersten Hälfte des Artikels mehrmals thematisiert wurde^{92 93} und dem auch hier hohe Bedeutung beigemessen wird. Die Tatsache, dass diesem hier ein eigener Absatz gewidmet wird, lässt Leistungsstärke sogar als die bedeutendste Eigenschaft von Arbeitnehmer_innen – und hier insbesondere Führungspersonen – erscheinen. Das „Prinzip der Leistung“ ist eines, von dem laut Text, nie abgewichen werden soll. Dass dies „Nina Ruge“ nicht nur etwa rät, sondern „fordert“, verstärkt die Dringlichkeit ihrer Argumentation. Legitimation sich in dieser Sache zu äußern, wird der zitierten Ruge nicht nur durch ihre Prominenz als Moderatorin, sondern auch durch den Verweis darauf verliehen, dass sie die „Partnerin des Vorstandsvorsitzenden der Linde AG“ ist, also über die aktuelle Situation in den Vorstandsetagen im Bilde ist.

Der Absatz hebt im Folgenden mit Hilfe einer Metapher die Vorrangstellung des Leistungsprinzips auch bildlich hervor, indem es heißt, die Quote sei „ein Gewächs aus dem Vorgarten von Wolkenkuckucksheim“. Sie ist also lediglich eine Utopie, die einer realitätsfernen Fantasiewelt – nämlich „Wolkenkuckucksheim“ – entspringt, also in der „wirklichen“ Welt zu keinerlei Verbesserungen führen kann bzw. wird.

Der Inhalt des darauffolgenden Zitats bricht allerdings mit den bisher im Text vermittelten Argumenten, denn hier werden erstmals Unternehmen in die Verantwortung genommen. Es ist hier sogar die Rede davon, sie zu zwingen und zwar „zu Familienförderung mit flexiblen Arbeitszeiten, tollen Kindergärten und Krankenschwestern, die sich um kranke Kinder kümmern“, jedoch wird dem zugleich angehängt – „Aber: Lasst nur die Besten aufsteigen!“. Mit anderen Worten könnte man hier paraphrasieren: Zwingt die Unternehmen dazu, bei der Obsorge der Kinder zu helfen, aber tastet das Leistungsprinzip nicht an. Durch diese hier vermittelte Botschaft gewinnt das Leistungsprinzip erneut an Bedeutung. Zudem wird wie schon in Zeile 14-17⁹⁴ suggeriert, eine Quote würde diesem im Weg stehen, insofern Leistungen keinerlei Rolle mehr spielen, Frauen allein aufgrund

⁹² „Frauen möchten nicht an die Spitze gehätschelt werden. Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß.“ (Z 14-16)

⁹³ „Denn jede Frau in einer Leitungsposition würde zur Quotenfrau. Das ist ein Stigma, das sich auch durch hervorragende Leistungen nicht tilgen lässt.“ (Z 23-25)

⁹⁴ „Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.“ (Z 14-17)

ihres Geschlechts bevorzugt und in Positionen gehoben würden, für die ihnen eventuell die nötigen Qualifikationen fehlen.

Der folgende Absatz führt dies noch weiter aus:

222 *Ähnlich denkt Marie-Christine Ostermann, Chefin des Mittelständlers Rullko:*
223 *„Wenn ein Unternehmen unabhängig vom Geschlecht nicht die besten*
224 *Mitarbeiter wählt, wird es irgendwann nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Ich*
225 *halte die Frauenquote für Schaufensterpolitik. Stattdessen müssen die*
226 *Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen verbessert werden, vor allem in der*
227 *Kinderbetreuung.“*

Auch dieser Absatz wirkt an der Konstruktion eines unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen der Beachtung von Leistung und Können bei potenziellen Bewerber_innen und einer Quotenregelung mit. Frauen die – bei Vorhandensein einer Quote – aufsteigen, werden dadurch – wie schon im vorhergehenden Absatz – als potentiell inkompetent konstruiert sowie die Befürchtung geschürt, dass bei solchen Aufstiegen primär das „Geschlecht“ von Bedeutung sein würde. Dadurch wird hier – wie schon zu Beginn des Artikels⁹⁵ – die Quote als unfaire Bevorzugung von Frauen gegenüber Männern diskreditiert.

Können Unternehmen nach dieser Logik also nicht „*unabhängig vom Geschlecht . . . die besten*“ auswählen, würde der Schaden, den diese davon tragen, beachtlich sein: Sie würden „*irgendwann nicht mehr wettbewerbsfähig sein*“. Im Umkehrschluss liegt nach dieser Logik folgende Conclusio nahe: Gibt es keine Quote und wenige Frauen in Führungspositionen, dann weil die besten, also vorwiegend Männer, ausgewählt wurden, um den Unternehmen nicht zu schaden.

Zudem handelt es sich bei der Quotenregelung laut diesem Absatz lediglich um „*Schaufensterpolitik*“, die also, wie schon in Zeile 199-201⁹⁶ erwähnt, nur Symbolcharakter besitzt und zu keinen wesentlichen Verbesserungen beitragen können wird. Statt einer Quote solle daher, wie schon im Absatz zuvor erwähnt, lieber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen verbessert werden.

⁹⁵ „Selbstverständlich erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.“ (Z 14-17)

⁹⁶ „Kein Handlungsbedarf also für die Gleichberechtigung? Eben doch. Nur kann an dieser Stelle nicht Symbolpolitik genügen, die nichts kostet, weil die Politiker die Last den Unternehmern zuschieben.“ (Z 199-201)

Das hier mit Verbesserung der „*Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen*“ vor allem von „*Kinderbetreuung*“ die Rede ist, konstruiert einmal mehr eine Verbindung zwischen Frauen und der Verantwortung für die Kindererziehung und spricht Frauen als potentielle Mütter an.

Bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf greifen die Autor_innen nun auf etwas eigenwillige Beispiele aus der Geschichte zurück:

- 228 *Die Geschichte kennt viele Beispiele, in denen Frauen die Familie der*
229 *Führungsposition opferten. Elizabeth I. von England heiratete nie, um ihre*
230 *Unabhängigkeit nicht aufzugeben. Katharina die Große von Russland fasste das*
231 *Thema Opfer noch weiter. Sie ließ ihren Gatten absetzen und ermorden.*
232 *Zumindest fehlte es ihr nicht am Willen zur Macht.*

Der Inhalt dieses Absatzes mutet etwas absurd an, schlägt er doch die Brücke von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf heutzutage hin zu zwei sehr spezifischen Beispielen aus der Geschichte, die allerdings bis zu fünf Jahrhunderte zurück reichen. So wird etwa unter den Beispielen von Frauen, welche „*die Familie der Führungsposition opferten . . . Elisabeth I. von England*“ erwähnt, die nie heiratete, „*um ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben*“. Damit wird hervorgehoben, dass die Herrscher_innen von damals, genau wie jene der heutigen westlichen Welt – die Führungskräfte der Vorstands- und Managementetagen –, sich entscheiden mussten zwischen Familie oder Karriere, zumindest was die Frauen unter ihnen anbelangt. Es wird hier, in Bezug auf Frauen, also wieder ein Entweder-Oder von Beruf und Familie konstruiert, welches schon in Zeile 211-214 präsent war.⁹⁷

Das Wort „*opferten*“ lässt Frauen hier tätig werden; sie löschen „*die Familie*“ – als Opfergabe – metaphorisch aus, um aufzusteigen bzw. lassen diese erst gar nicht entstehen. Es schwingt damit zum einen implizit die Befürchtung mit, die Existenz der Familie könnte durch ein Mehr an Frauen in Führungspositionen bedroht sein. Zum anderen legt die Argumentation die Verantwortung für ihr eigenes Fortkommen vollständig in die Hände der Frauen, welche zu Opfern bereit sein müssen, wenn sie Karriere machen wollen.

⁹⁷ „*Die Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität Köln ist überzeugt, dass Frauen in den Führungssetagen unterrepräsentiert bleiben werden, „solange sie Familie haben und sich nicht damit abfinden wollen, die Kindererziehung komplett abzugeben*“. (Z 211-214)

„Katharina die Große“ ging laut den Autor_innen sogar „noch weiter“ und „ließ ihren Gatten absetzen und ermorden“, um aufzusteigen. Dass sie sich nicht einmal selbst die Hände schmutzig machen musste, sondern den Mord von einer anderen Person durchführen ließ, unterstreicht hier ihre Machtposition. Was sie mit „Elisabeth I. von England“ verbindet, ist ihre aktive Rolle. Sie sind tätig und treffen Entscheidungen, welche ihre Karriere befördern, wodurch hier eine Verbindung zwischen Macht und Erfolg und eigenverantwortlichem, aktivem Handeln geschaffen wird.

Obwohl hier mit Katharina der Großen und Elisabeth I. zwei adelige, also schon zu Beginn ihrer „Karriere“ privilegierte Frauen angeführt werden, erweckt der Text den Anschein, dass alle Frauen es aus eigener Kraft „zu etwas bringen“ können, wenn sie dies wirklich wollen.

Die Autor_innen kommentieren das Vorgehen Katharina der Großen mit den Worten „zumindest fehlte es ihr nicht am Willen zur Macht“. Diese Aussage liest sich wie eine zynische Anspielung darauf, dass es Frauen für erfolgreiche Karrieren vielfach „am Willen zur Macht“ mangelt; sie besitzen eben – wie schon an anderer Stelle erwähnt wurde – einfach nicht immer so „ein ausgeprägtes Machtmotiv“ (Z 172-173) wie Männer.

Zudem wird hier, wie auch schon an anderer Stelle des Artikels⁹⁸, Macht und die damit einhergehenden Hierarchien als erstrebenswertes Ziel idealisiert.

233 **Wunsch und Wirklichkeit:** 2011 haben sich die 30 Dax-Unternehmen

234 in einer gemeinsamen Erklärung mehr Chefinnen verordnet. Die

235 Maßnahmen reichen von flexiblen Arbeitszeiten über Mentoring bis zur

236 Zusammenarbeit mit Hochschulen.

Dass es sich bei dem Versprechen von Verbesserungen durch eine gesetzliche Quotenregelung – wie schon in Zeile 217-218⁹⁹ erwähnt – um reine Utopie handelt, unterstreicht dieser Absatz noch einmal, indem hier hervorgehoben wird, dass „Wunsch und Wirklichkeit“ zwei verschiedene Szenarien beinhalten.

Als Gegensatz zur verpflichtenden Quote legt der Text hier den Fokus auf „Freiwilligkeit“ als viel sinnvoller Instrument um ein Mehr an Frauen in Führungspositionen zu erreichen. Denn „die 30 Dax-Unternehmen“ sind es selbst die „sich . . . mehr Chefinnen

⁹⁸ „Meines Erachtens haben manche Frauen einfach nicht ein so ausgeprägtes Machtmotiv“, fasst Beate Schellenberger-Busch zusammen. Die Bereichsleiterin der Unternehmensberatung Kienbaum Executive Consultants: „Das sollte vorhanden sein, um in einer Top-Führungsposition nicht nur erfolgreich, sondern auch glücklich zu sein.“ (Z 172-176)

⁹⁹ „Die Quote ist ein Gewächs aus dem Vorgarten von Wolkenkuckucksheim.“ (Z 217-218)

verordnet [haben]“. Es sind hier also nicht Zwang und Druck, sondern guter Wille und frei gewählte Maßnahmen, die zu Verbesserungen führen sollen. Positive Verstärkung erfährt dies durch die Anführung, dass eben nicht eine Quote – welche an anderer Stelle als reine „Symbolpolitik“ (Z 200) bezeichnet wurde, mit der sich die Politik aus der Verantwortung stehlen will – sondern stattdessen eine ganze Reihe von Maßnahmen etabliert wurden, welche von „flexiblen Arbeitszeiten über Mentoring bis zur Zusammenarbeit mit Hochschulen [reichen]“

237 Seite 4: So äußern sich die Prominenten

Ab Seite 4 des Artikels folgen nun vierunddreißig Zitate¹⁰⁰ von als prominent betitelten und dem Namen nach als Frauen erkennbaren Personen, deren berufliche Tätigkeit von der „Ski-Rennläuferin“ (Z 241) über „Schauspielerin“ (Z 289) bis hin zur „Aufsichtsratschefin“ (Z 243) reicht. Der Inhalt der Zitate untermauert die wichtigsten Kernaussagen des bisherigen Textes, angefangen damit, dass „fähige Frau[en]“ (Z 253) die Quote nicht bräuchten, ja dass sie ihrem Ansehen sogar schaden könnte, denn „jede Frau in einer Leitungsposition würde zur Quotenfrau“ (Z 240). Es wäre also – so wird befürchtet – nicht mehr „Können und Leistung“ (Z 241), welche entscheiden, ob eine Person eine Führungsposition übernehmen darf, sondern lediglich „das Geschlecht“ (Z 242). Dieses Vorgehen würde im Umkehrschluss Unternehmen schaden, indem „Frauen auf Positionen ein[gestellt werden], denen sie nicht gewachsen sind“ (Z 265). Eine starr vorgegebene Quote würde somit nicht nur die „Entscheidungsfreiheit von Unternehmen“ (Z 297) einschränken, sondern auch deren Flexibilität (Z 304) und damit in weiterer Folge auch deren „Wettbewerbsfähig[keit]“. Stattdessen sollte auf die Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes vertraut werden, denn durch die Veränderungen der „Demografie und Konjunktur“ (Z 261) werden Frauen in Zukunft ohnehin „eine gute Verhandlungsposition“ (Z 262) inne haben. Zudem sollte, statt auf die Quote zu vertrauen an Maßnahmen zur „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (Z 268) und Veränderungen der „Managementstrukturen“ (Z 271) sowie an „Programme[n] zur Frauenförderung“ (Z 252) angesetzt werden. Solange Frauen jedoch in „naturwissenschaftlichen Studiengängen“ (Z 250) unterrepräsentiert sind und nicht bereit „Führungsaufgaben zu übernehmen“ (Z 327-

¹⁰⁰ Um den Lesefluss nicht zu gefährden, werden diese hier nicht angeführt; sie können dem Anhang der Arbeit entnommen werden. Aufgrund der Redundanz ihrer Inhalte in Bezug auf den Rest des Artikels, werden die Zitate nicht einzeln analysiert.

328), wird – so die Argumentation – auch eine Frauenquote nicht für ein Mehr an Frauen in den oberen Etagen sorgen.

11.3 Fazit

Meine Analyse des medialen Diskurses um die gleichstellungspolitische Maßnahme der Frauenquote diene der Untersuchung, welche Subjektivierungsformen im Spannungsverhältnis zwischen der neoliberalen Anrufung eines vermeintlich geschlechtsneutralen, unternehmerischen Selbst und gegebenen Geschlechterverhältnissen identifiziert werden können.

Um Aussagen darüber treffen zu können, galt es zu untersuchen, welches Bild der Realität, also welche „Wahrheiten“, diskursiv vermittelt werden. Dazu wurden Normen, Menschenbilder u. ä. Repräsentationen herausgearbeitet, welche die Subjektbildung maßgeblich beeinflussen.

Bezüglich der im Diskurs zur Frauenquote konstituierten Subjekte lässt sich eine Grundstruktur ausmachen, nach welcher hierarchisch in erfolgreiche Leistungsträger_innen und „unproduktive“ Teile der Gesellschaft differenziert wird. Die Akteuer_innen werden dabei jeweils als homogene Gruppen konstruiert, die in sich wenig bis keine Differenzen aufweisen. Sowohl bei der einen als auch bei der anderen Gruppe handelt es sich überwiegend um Frauen, von und über welche im Diskurs gesprochen wird, Männer kommen nur vereinzelt vor. Sie sind jedoch alles andere als vom Diskurs ausgeschlossen, denn sie werden – auch wenn nicht explizit erwähnt – doch implizit als Norm konstruiert, mit welcher Frauen verglichen werden. Ein Umstand, auf den an späterer Stelle noch genauer eingegangen wird.

Die mit den oben genannten Leistungsträger_innen bzw. „Unproduktiven“ in Verbindung stehenden Vorstellungen lassen sich auf sprachlicher Ebene in erster Linie über die ihnen zugeschriebenen positiv bzw. negativ konnotierten Attribute ausmachen. Als Leistungsträger_innen können dabei all jene identifiziert werden, die es vermeintlich komplett aus eigener Kraft an die Spitze geschafft haben. Diskursiv werden sie als besonders kompetent, leistungsbejahend und opferbereit im Hinblick auf ihre Karriere dargestellt. Sie sind willensstark, treffen selbstbestimmt und eigenverantwortlich die richtigen – in dieser Logik karrierefördernde – Entscheidungen und handeln demnach gänzlich nach dem neoliberalen Ideal des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling, 2013). Im Gegensatz dazu treffen jene, denen keine Karriere zuteil wird, die falschen Entscheidungen, besitzen nicht den – für eine gehobene Position als essentiell konstruierten – Willen zur Macht und sind desweiteren auch nicht bereit, die für einen Aufstieg nötigen Opfer zu bringen und sich dem Stress einer Führungsposition zu stellen. Da der Wille, eine Führungsposition einzunehmen, im Diskurs als ein besonders

erstrebenswertes Ideal erscheint, schwingt sogleich implizit die Aufforderung an alle mit, sich diesem zu verschreiben und selbstverantwortlich den dafür nötigen Anforderungen anzupassen. Es sind dies die Kardinaltugenden Selbstverantwortung, Flexibilität, Risikobereitschaft u. dgl. des „unternehmerischen Selbst“, an welchen ausgerichtet sich die Akteur_innen optimieren sollen, um zu Unternehmer_innen ihrer selbst zu werden und im neoliberalen System bestehen zu können. Die Verantwortung für Erfolg – im Umkehrschluss aber auch für ein mögliches Scheitern – liegt damit in den Händen der Einzelnen. Alle sollen „selbstverantwortlich, risikofreudig und effizient ihre Selbstverhältnisse und Lebensweisen gestalten“ (Ludwig, 2011, S. 221), um die Kriterien des Marktes zu erfüllen. Unternehmerisch zu handeln wird zur sozialen Norm, die gemäß Bröckling (2013), alle Bereiche des Lebens umfasst. Es sind die diskursiv als erfolgreiche Leistungsträger_innen konstruierten, welche verstanden haben, dass es gilt, die gestellten Anforderungen zu erfüllen und sich durch herausragende Leistung hervorzutun. Erfolg zu haben bzw. zumindest haben zu wollen, wird dadurch zu einer normativen Wertvorstellung. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bedeutend, dass das Berufsleben – im Einklang mit neoliberaler Wirtschaftstheorie – als ein einziger großer Konkurrenzkampf erscheint, in dem es gilt, sich insbesondere gegen jene durchzusetzen und sich von ihnen abzuheben, die vermeintlich am ähnlichsten sind. Solch eine Konstruktion einer Konkurrenzgesellschaft trägt die Angst vor einem möglichen Scheitern schon immer in sich, denn wie Bröckling (2013) anmerkt „soll [jeder] Entrepreneur werden, aber wären es tatsächlich alle, wäre es keiner“ (S. 126); im Vergleich mit anderen ist man niemals unternehmerisch genug. So wird der „mit Leistung legitimiert[e] und . . . in umfassende Diskurse von Freiheit und Wahl“ eingebundene Erfolg „zur perfekten Rechtfertigung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Hierarchisierung“ (Michalitsch, 2013, S. 50).

Mit der diskursiven Vermittlung des Gegensatzes von Leistung und Unproduktivität geht zudem eine Dichotomie von Zwang und Freiheit einher, welche durch den Staat bzw. Markt repräsentiert wird. Die Einführung einer Frauenquote wird dabei als Staatseingriff bezeichnet der, in neoliberaler Manier, als etwas Negatives, Freiheitsbeschränkendes konstruiert wird. So erscheint der Staat zuweilen sogar als handlungsfähiger Akteur, der als autoritärer Herrscher durch Zwang und Verbindlichkeiten die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Individuen untergräbt. Er ist ein Störenfried, der in den freien Markt eingreift und dessen eigenständige Regulation in Gefahr bringen oder in falsche Bahnen lenken könnte, wodurch mögliche Eingriffe einen gefährlichen und

bedrohlichen Charakter annehmen. Dies wird verstärkt, indem die Bedrohung als eine, die gesamte Lebensplanung der Menschen betreffende, hochstilisiert wird. Folgt man der neoliberalen Logik, liegt dieser Schluss gar nicht so fern, denn es ist genau jene schon erwähnte unternehmerische Freiheit, die alle Lebensbereiche umfasst und gänzlich als Privatangelegenheit der Einzelnen konstruiert ist, welche hier angetastet wird. Der Text lässt gemäß neoliberaler Wirtschaftstheorie, nach welcher „der Markt . . . zum organisierenden Prinzip und zur Begründung des Regierungshandelns“ (Ludwig, 2011, S. 220) wird, nur einen legitimen Grund für ein Eingreifen des Staates zu, und zwar, wenn genau dieser freie Markt in Gefahr ist. Es manifestiert sich somit das Bild eines Staates, dessen Existenzberechtigung allein dadurch erzeugt wird, dass er Interventionen setzen soll, um die Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität der Unternehmen zu schützen.

Einher mit der Propagierung der Maxime „mehr Markt, weniger Staat“ geht die Verhandlung der gesamten Thematik der Frauenquote auf Basis einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung. Dabei wird ein Mehr an Frauen in Führungspositionen auf seinen eventuellen Nutzen hin untersucht, mit dem beständigen Ziel einer Erhaltung bzw. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stärke von Unternehmen. Dabei werden Frauen – gemäß dieser Argumentationsweise – als potentieller Erfolgsfaktor für Unternehmen gehandelt; ein positiver Einfluss und Nutzen für Politik und Wirtschaft wird zu ihrer alleinigen Existenzberechtigung in Führungspositionen.

Der Diskurs ist zudem weithin von Geschlechterstereotypen und -hierarchien durchzogen. Frauen wird im Diskurs eine spezifische – durch biologische Termini legitimierte – genetische Ausstattung zugeordnet, wodurch die Unterscheidung in Männer und Frauen naturalisiert wird. „Geschlecht“ ist dabei als etwas konstruiert, das man zweifelsfrei hat, wenn nicht das eine, dann unweigerlich das andere. Lediglich *wie* diese „Geschlechter“ sind, bleibt noch verhandelbar. Frauen werden in diesem Prozess eigene Werte und Eigenschaften zugeschrieben, welche durch ihre „Natur“ gegeben sind und sie von Männern, also der angenommenen Norm, unterscheiden. Es werden ihnen zudem spezifische Qualitäten wie etwa Soft Skills und freundliche Umgangsformen zugeschrieben. Diese Eigenschaften werden so zu etwas, das alle Frauen potentiell in sich tragen, also zu etwas Frauenspezifischem. Dies bedient die Vorstellung vermeintlicher natürlicher Geschlechterdifferenzen und reproduziert die traditionellen Klischees des „harten Mannes“ und der „sanften Frau“. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die wenigen – als besonders erfolgreich präsentierten – Frauen, welche es in eine Führungsposition geschafft haben. Diese werden im Diskurs vorwiegend mit Prädikaten versehen, die –

gemäß dem Konstrukt des „Unternehmers seiner Selbst“, – männlich konnotiert sind wie etwa Aktivität und Unabhängigkeit.

Männer selbst werden – wie eingangs schon erwähnt – kaum explizit im Diskurs erwähnt, ihre Existenz schwingt aber immerzu implizit mit, indem Frauen als „das Andere“, von Männern Abweichende, konstruiert werden. Damit werden Männer zur Norm erhoben, an der es sich zu orientieren gilt, und Geschlechterdifferenzen und darauf basierende Hierarchien werden reproduziert. Auch das vorwiegend Anwendung findende generische Maskulinum offenbart die heteronormative und androzentristische Ausrichtung des Diskurses.

Wo – (noch) nicht erfolgreichen – Frauen genau die gleichen Potentiale und Talente wie Männern zugestanden werden, verharren diese in der Möglichkeitsform, was einem Beschuldigungsdiskurs Tür und Tor öffnet, der die Gründe weniger Frauen in Führungspositionen, in ihren nicht genutzten Potentialen sucht. Dies wird diskursiv wiederholt, indem immer wieder hervorgehoben wird, es wären die Frauen, die sich selbst aufgrund falscher – nicht auf unternehmerischen Standards basierender – Entscheidungen benachteiligen. Demnach sind sie also selbst schuld an ihrer Lage, sie sind die „Unproduktiven“, welche die notwendigen Anforderungen noch nicht verinnerlicht haben und es verabsäumt haben, sich gemäß diesen zu optimieren. Indem die Schuld damit allein in die Hände Einzelner gelegt wird, werden die den Verhältnissen innewohnenden und auf „Geschlecht“ basierenden, strukturellen Diskriminierungsformen verschleiert. Was nach dieser Logik zählt ist ausschließlich „Gleichbehandlung bei gleichen Fähigkeiten und Leistungen“ (Soiland, 2009, S. 38).

Wo Barrieren aufgrund von „Geschlecht“ thematisiert werden, da geschieht dies als ein Gefühl, also als subjektives Empfinden Einzelner, eine objektive Gültigkeit wird in Frage gestellt und Aussagen über auftretende Barrieren als nur eine mögliche Argumentationsweise unter vielen diskreditiert. Probleme aufgrund struktureller Benachteiligungen erscheinen so als persönliche und damit individuell handhabbare, vorhandene Chancen-Ungleichgewichte werden entpolitisiert. Lediglich Barrieren, mit welchen Frauen aufgrund von Kindern konfrontiert sind, werden als solche anerkannt. Mit der Thematisierung dieser einher geht die Konstruktion von Frauen als Mütter, welche den Diskurs durchzieht. Indem diskursiv vermittelt wird, die Verantwortung für die Obsorge wäre etwas, das per se bei den Frauen liegt, wird eine Verbindung zwischen Frauen und der Reproduktionstätigkeit hergestellt und diese festgeschrieben. Im Zuge der Verhandlung der Kindererziehung als etwas, das natürlicherweise in der Pflicht von Frauen zu liegen

scheint und diese am Aufstieg hindert, wird auch die Problematik weniger Frauen in Führungspositionen naturalisiert. Dies führt in weiterer Folge zu einem Entweder-Oder von Beruf und Familie, welchem sie sich nur schwer entziehen können. Damit wird die Thematik weniger Frauen in gehobenen Positionen, als ein Sachverhalt präsentiert, dessen Ursache und Lösung allein im privaten Bereich der Familie – und hier wiederum auf Seiten der Frauen – zu suchen ist. Indem diese Privatsphäre im Diskurs als gänzlich unpolitischer Raum konstruiert wird, werden Politik und Wirtschaft aus der Verantwortung genommen und diese allein in die Hände der Einzelnen gelegt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich im Diskurs eine Subjektivierungsweise identifizieren lässt, die in Anlehnung an Bröckling (2013) als „Unternehmerin ihrer Selbst“ bezeichnet werden kann. Diese Unternehmerin muss sich, um erfolgreich zu sein, der sozialen Norm fügen, unternehmerisch zu sein, also mit Eigenschaften punkten, welche – wie schon herausgearbeitet werden konnte – typischerweise männlich konnotiert sind. Sie muss also ihre Rolle als Frau und Mutter aufgeben und – überspitzt formuliert – zum Mann werden, um bis an die Spitze der führenden Unternehmen zu kommen. Hegemonial „männliche“ Eigenschaften bleiben die einzig wahren Erfolgsgaranten. Allerdings dürfen Frauen – und darin liegt der Widerspruch – ihr Frausein nicht komplett aufgeben, denn es sind gerade die als frauenspezifisch konstruierten Qualitäten wie etwa Soft Skills, welche auf ihren Nutzen hin überprüft werden und eine potentielle Berechtigung zum Aufstieg in gehobene Positionen darstellen; Frauen bleiben somit „das markierte Geschlecht“ (Bröckling, 2002, S. 184). Unterworfen unter immer noch bestehende Festschreibungen der Geschlechterordnung, sollen sie sich im Dienste des Erfolgs also genau dieses „Anders-Sein“ zu Nutze machen, während sie sich gleichzeitig von ihrem „Geschlecht“ lösen sollen – ein Drahtseilakt.

Ausgehend von den Erkenntnissen der Analyse könnte eine eingehende Beschäftigung mit Glaubenssätzen, Selbstwahrnehmung und Handeln der im Diskurs adressierten Individuen die Frage beantworten, inwieweit sich der Subjektivierungsmodus der „Unternehmerin ihrer selbst“ in den Köpfen der Angerufenen manifestiert und sich in weiterer Folge „in Selbstdeutungen und individuelles Verhalten“ (Bröckling, 2013, S. 283) übersetzt. So könnte es nicht nur gelingen Grenzen dieser Regierungsform auszumachen, sondern damit einhergehend auch Räume für Widerstand und Veränderungspotential der bestehenden Verhältnisse.

Literaturverzeichnis

- Aulenbacher, Brigitte (2005). *Rationalisierung und Geschlecht in soziologischen Gegenwartsanalysen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bargetz, Britgitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2015). Gouvernementalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault – eine Einleitung. In Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hrsg.), *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault* (S. 7-30). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Bröckling, Ulrich (2002). Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter. Gender-Konstruktionen in Erfolgsratgebern. *Leviathan*, 48(2), 175 – 194.
- Bröckling, Ulrich (2013). *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform* (5., Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2012). Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen* (6. Auflage, S. 7-40). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bublitz, Hannelore (1999). Diskursanalyse als Gesellschafts->Theorie<. Diagnostik historischer Praktiken am Beispiel der >Kulturkrisen<-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende. In Hannelore Bublitz/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/ Andrea Seier (Hrsg.), *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults* (S. 22-48). Frankfurt u. a.: Campus Verlag.
- Bublitz, Hannelore (2001). Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit. In Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden* (S. 225-260). Opladen: Leske + Budrich.
- Bublitz, Hannelore (2014). Gouvernementalität, Normalisierung und Selbstführung. In Andreas Vasilache (Hrsg.), *Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft. Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault* (S. 83-100). Wiesbaden: Springer VS.
- Bublitz, Hannelore/Bührmann, Andrea D./Hanke Christine/Seier Andrea (1999). Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung. In Hannelore Bublitz/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/ Andrea Seier (Hrsg.), *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults* (S. 10-21). Frankfurt: Campus Verlag.

- Bührmann, Andrea D. (2012). Das unternehmerische Selbst: Subjektivierungsform oder Subjektivierungsweise? In Reiner Keller/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.), *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung* (S. 145-164). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (2014). *Die deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten 2014*. Online verfügbar unter: http://www.bdzv.de/fileadmin/bdzb_hauptseite/markttrends_daten/wirtschaftliche_lage/2014/assets/ZDF_2014.pdf [02.05.2015].
- Burgin, Angus (2012). *The Great Persuasion. Reinventing Free Markets since the Depression*. Cambridge: Harvard University Press.
- Butler, Judith (1991). *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1997). *Körper von Gewicht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2013). *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung* (7. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph (2008). Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hrsg.), *Kritik des Neoliberalismus* (2., verbesserte Auflage, S. 135-219). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.). (2008). *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cafruny, Alan W./Ryner, J. Magnus (2007). *Europe at Bay. In the shadow of US hegemony*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Coates, Jennifer (2013). The discursive production of everyday heterosexualities. *Discourse & Society*, 24(5), 536-552. Online verfügbar unter: <http://das.sagepub.com/content/24/5/536.full.pdf> [30.04.2015].
- Connell, Raewyn (2013). *Gender*. Wiesbaden: Springer VS.
- De Beauvoir, Simone (2008). *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau* (9. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Demirović, Alex (2015). Sex Machine oder: die Führung der Individuen durch Sexualität – Überlegungen zur Gouvernamentalität. In Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer

- (Hrsg.), *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault* (S. 62-89). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Eggers, Maureen Maisha (2011). Diversity/Diversität. In Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard, *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk* (S. 256-263). Münster: Unrast Verlag.
- Flick, Uwe (2005). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (3. Auflage). Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Foucault, Michel (1981). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004a). *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège des France 1977 – 1978*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004b). *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège des France 1978 – 1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2012a). Die Gouvernementalität. In Ulrich Bröckling/Susanne Krasemann/Thomas Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen* (6. Auflage, S. 41-67). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2012b). Staatsphobie. In Ulrich Bröckling/Susanne Krasemann/Thomas Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen* (6. Auflage, S. 68-71). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2013a). Subjekt und Macht. In Daniel Defert/François Ewald (Hrsg.), *Michel Foucault. Analytik der Macht* (5. Auflage, S. 240-263). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2013b). Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit. In Daniel Defert/François Ewald (Hrsg.), *Michel Foucault. Analytik der Macht* (5. Auflage, S. 274-300). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gerlach, Thomas (2000). Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus. *UTOPIE kreativ*, 121/122, 1052-1065.
- Gertenbach, Lars (2010). *Die Kultivierung des Marktes. Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus* (3. Auflage). Berlin: Parodos.
- Gildemeister, Regine/Hericks, Katja (2012). *Geschlechtersoziologie. Theoretische Zugänge zu einer vertrackten Kategorie des Sozialen*. München: Oldenbourg Verlag.

- Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe (2014). *Feministische Ökonomie. INTRO. Eine Einführung*. Wien: Mandelbaum.
- Hark, Sabine (2001). Feministische Theorie – Diskurs – Dekonstruktion. Produktive Verknüpfungen. In Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden* (S. 353-371). Opladen: Leske + Budrich.
- Herr, Hansjörg (2014). Keynesianismus. In Joscha Wullweber/Antonia Graf/Maria Behrens (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* (S. 49-66). Wiesbaden: Springer VS.
- Jäger, Margarete (2004). Diskursanalyse: Ein Verfahren zur kritischen Rekonstruktion von Machtbeziehungen. In Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (S. 336-341). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Siegfried (2001). Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden* (S. 81-112). Opladen: Leske + Budrich.
- Jäger, Siegfried (2012). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast-Verlag.
- Jäger, Siegfried (2013). Von der Ideologiekritik zur Diskurs- und Dispositivanalyse – Theorie und methodische Praxis Kritischer Diskursanalyse. In Willy Viehöver/Reiner Keller/Werner Schneider (Hrsg.), *Diskurs – Sprache – Wissen. Interdisziplinäre Beiträge zum Verhältnis von Sprache und Wissen in der Diskursforschung* (S. 199-211). Wiesbaden: Springer VS.
- Jagose, Annamarie (2001). *Queer Theory. Eine Einführung*. Berlin: Querverlag.
- Kammler, Clemens/Parr, Rudolf/Schneider, Ulrich Johannes (Hrsg.) (2014). *Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: Verlag J. B. Metzler.
- Keller, Reiner (2011). *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kreisky, Eva (2001). *Ver- und Neuformungen des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus*. Online verfügbar unter: http://evakreisky.at/onetexte/neoliberalismus_kreisky.php [29.05.2015].
- Laurie, Penny (2015). *Unsagbare Dinge. Sex, Lügen und Revolution*. Hamburg: Edition Nautilus.

- Lazar, Michelle M. (2004). Politicizing Gender in Discourse: Feminist Critical Discourse Analysis as Political Perspective and Praxis. In Michelle M. Lazar (Hrsg.), *Feminist Critical Discourse Analysis. Gender, Power and Ideology in Discourse* (S. 1-28). Houndmills u. a.: Palgrave Macmillan.
- Lazar, Michelle M. (2007). Feminist Critical Discourse Analysis. Articulating a feminist discourse praxis. *Critical Discourse Studies*, 4(2), 141-164. Online verfügbar unter: <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/17405900701464816> [15.03.2015].
- Lembke, Robert (2005). Der Mensch als Untertan. Zum Begriff der Subjektivierung bei Michel Foucault. *Tabula Rasa*, 23. Online verfügbar unter: <http://www.tabvlarasa.de/23/lembke.php> [10.07.2015].
- Lemke, Thomas (1997). *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Hamburg: Argument Verlag.
- Ludwig, Gundula (2011). *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Maihofer, Andrea (2004). Geschlecht als soziale Konstruktion – eine Zwischenbetrachtung. In Urte Helduser/Daniela Marx/Tanja Paulitz/Katharina Pußhl (Hrsg.), *under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis* (S. 33-43). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Meißner, Hanna (2008). *Die soziale Konstruktion von Geschlecht – Erkenntnisperspektiven und gesellschaftstheoretische Fragen*. Online verfügbar unter: http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_soziale_Konstruktion_von_Geschlecht_Erkennisperspektiven_und_gesellschaftstheoretische_Fragen/hanna_meissner.pdf [23.07.2015].
- Meuser, Michael (2009). Humankapital Gender. Geschlechterpolitik zwischen Ungleichheitssemantik und ökonomischer Logik. In Sünne Andresen/Mechthild Koreuber/Dorothea Lüdke (Hrsg.), *Gender und Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Interdisziplinärer Dialog zur „Modernisierung“ von Geschlechter- und Gleichstellungspolitik* (S. 95-109). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Michalitsch, Gabriele (2006a). *Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Michalitsch, Gabriele (2006b). Privatisiert – Geschlechterimplikationen neoliberaler Transformation. In Meike Lemke/Cornelia Ruhe/Marion Woelki/Béatrice Ziegler (Hrsg.), *Genus Oeconomicum. Ökonomie – Macht – Geschlechterverhältnisse* (S. 119-129). Konstanz:

UVK.

- Michalitsch, Gabriele (2013). Regierung der Freiheit: Die Formierung neoliberaler Subjekte. *grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte*, 46, 46-51.
- Michalitsch, Gabriele (2014). Politische Geschlechter-Arithmetik: Die Regierung der Zahl. Ansätze einer feministischen Kritik der Statistik. *grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte*, 49, 41-47.
- Motschenbacher, Heiko/Stegu, Martin (2013). Queer Linguistic approaches to discourse. *Discourse & Society*, 24(5), 519-535. Online verfügbar unter: <http://das.sagepub.com/content/24/5/519.full.pdf> [30.04.2015].
- Opitz, Sven (2007). Gouvernamentalität im Postfordismus. Zur Erkundung unternehmerischer Steuerungsregime der Gegenwart. In Christina Kaindl (Hrsg.), *Subjekte im Neoliberalismus – Kritische Wissenschaften 2* (S. 93-108). Marburg: BdWi-Verlag.
- Ptak, Ralf (2008). Grundlagen des Neoliberalismus. In Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hrsg.), *Kritik des Neoliberalismus* (2. Auflage, S. 13-86). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pühl, Katharina /Schultz, Susanne (2001). Gouvernamentalität und Geschlecht. Über das Paradox der Festschreibung und Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse. In Sabine Hess/Ramona Lenz (Hrsg.), *Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume* (S. 102-127). Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Reisigl, Martin (2007). Projektbericht: Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 8(2). Online verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702P75> [03.03.2015].
- Reisigl, Martin/Wodak, Ruth (2001). *Discourse and Discrimination. Rhetorics of racism and antisemitism*. London/New York: Routledge.
- Ricken, Norbert (2013). Zur Logik der Subjektivierung. Überlegungen an den Rändern eines Konzepts. In Andreas Gelhard/Thomas Alkemeyer/Norbert Ricken (Hrsg.), *Techniken der Subjektivierung* (S. 29-48). München: Wilhelm Fink Verlag.
- Rose, Nikolas (2000) Das Regieren von unternehmerischen Individuen. *Kurswechsel*, 2, 8-27. Online verfügbar unter: http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/008_nikolas_rose.pdf [11.07.2015].
- Ruck, Nora (2014). *Schönheit als Zeugnis. Evolutionspsychologische Schönheitsforschung und*

- Geschlechterungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schüle, Johann August (2003). Über Veränderungen in den Konstitutions- und Reproduktionsbedingungen von Subjektivität. In Andrea Birbaumer/Gerhard Steinhardt (Hrsg.), *Der flexibilisierte Mensch. Subjektivität und Solidarität im Wandel* (S. 38-57). Heidelberg: Asanger.
- Soiland, Tove (2004). Geschlechterverhältnisse und neoliberale Gouvernementalität. In *Reader der ersten Sommerakademie von attac schweiz ›Verstehen um zu verändern‹* (S. 17-21). Online verfügbar unter: http://www.suisse.attac.org/IMG/pdf/actes_uni04-4.pdf [27.10.2015].
- Soiland, Tove (2009). Gender als Selbstmanagement. Zur Reprivatisierung des Geschlechts in der gegenwärtigen Gleichstellungspolitik. In Sünne Andresen/Mechthild Koreuber/Dorothea Lüdke (Hrsg.), *Gender und Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Interdisziplinärer Dialog zur „Modernisierung“ von Geschlechter- und Gleichstellungspolitik* (S. 35-51). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Titscher, Stefan/Wodak, Ruth/Meyer, Michael/Vetter, Eva (1998). *Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Van Leeuwen, Theo (2008). *Discourse and Practice. New Tools for Critical Discourse Analysis*. New York: Oxford University Press.
- Villa, Paula-Irene. (2003). *Judith Butler*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Villa, Paula-Irene (2011). *Sexy Bodies. Eine soziologische Reise durch den Geschlechtskörper* (4. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Walgenbach, Katharina (2012). *Intersektionalität - eine Einführung*. Online verfügbar unter: <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/schluesstexte/walgenbach-einfuehrung> [02.05.2015].
- West, Candace/Zimmerman, Don H. (1987). Doing Gender. *Gender and Society*, 1(2), 125-151.
- Wetzstein, Irmgard (2011). *Mediativer Journalismus. Konstruktive Konfliktbearbeitung in der qualitätsjournalistischen Auslandsberichterstattung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wodak, Ruth (Hrsg.). (1997a). *Gender and Discourse*. London u. a.: SAGE Publications.

Wodak, Ruth (1997b). "I know, we won't revolutionize the world with it, but..": Styles of female leadership in institutions. In Helga Kotthoff/Ruth Wodak (Hrsg.), *Communication Gender in Context* (S. 335-370). Amsterdam: John Benjamins B.V.

Wodak, Ruth (2001). The discourse-historical approach. In Ruth Wodak/Michael Meyer (Hrsg.), *Methods of Critical Discourse Analysis* (S. 63-94). London: SAGE Publications.

Wodak, Ruth (2005). Gender Mainstreaming and the European Union: Interdisciplinarity, Gender Studies and CDA. In Michelle M. Lazar (Hrsg.), *Feminist Critical Discourse Analysis. Gender, Power and Ideology in Discourse* (S. 90-113). Houndmills u. a.: Palgrave Macmillan.

Wrana, Daniel/Ziem, Alexander/Reisigl, Martin/Nonhoff, Martin/Angermüller, Johannes (Hrsg.). (2014). *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Berlin: Suhrkamp.

Young, Brigitte (2014). Ordoliberalismus – Neoliberalismus – Laissez-faire-Liberalismus. In Joscha Wullweber/Antonia Graf/Maria Behrens (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* (S. 33-48). Wiesbaden: Springer VS.

Onlinequellen:

focus.de

http://www.focus.de/finanzen/karriere/berufsleben/tid-29126/titel-wir-wollen-keine-quote_aid_896825.html [12.10.2015].

http://www.focus.de/finanzen/news/tid-20866/wirtschaft-zum-glueck-eine-frau_aid_578997.html [12.10.2015].

http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/politik-frau-schwesig-und-die-quote_id_3672848.html [28.10.2015].

http://www.focus.de/finanzen/news/wendt-kalkuliert-frauenquote-gut-fuer-die-aktie_id_4327069.html [28.10.2015].

http://www.focus.de/magazin/archiv/focussiert-merk-frauenquote-gesetzlich-verankern_aid_521607.html [12.10.2015].

http://www.focus.de/magazin/archiv/focussiert-ministerin-droht-wirtschaft-mit-frauenquote_aid_513907.html [12.10.2015].

http://www.focus.de/panorama/reportage/report-die-quote-ist-zulaessig_aid_627345.html [12.10.2015].

http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-frauen-bevorzugt_aid_677188.html [12.10.2015].

hubert-burda-media.de

<http://www.hubert-burda-media.de/geschaeftsfelder/medienmarken-national/burdanews/>
[12.10.2015].

http://www.hubert-burda-media.de/geschaeftsfelder/verlage-inland/marken/-focus_aid__8254.html
[12.10.2015].

http://www.hubert-burda-media.de/unternehmen/historie/1990-1999/1990-1999-die-90er-jahre_aid__7108.html [12.10.2015].

spiegel.de

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122611248.html> [15.10.2015].

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-125966638.html> [16.10.2015].

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71030045.html> [29.10.2015].

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-76659499.html> [15.10.2015].

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-84519351.html> [15.10.2015].

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2015-13.html> [15.10.2015].

medialine.de

<http://www.medialine.de/deutsch/mediadaten/focus.html> [12.10.2015].

<http://www.medialine.de/deutsch/mediadaten/focus/leser.html> [12.10.2015].

Sonstige

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/306813/umfrage/meistzitierte-wochenmedien-in-deutschland-5-jahres-auswertung> [10.09.2015].

<http://www.berlinererklaerung.de/presse/> [20.10.2015].

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html> [20.10.2015].

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161108/frauenquote>
[22.10.2015].

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118IPR25532/html/40-der-Sitze-in-Aufsichtsr%C3%A4ten-f%C3%BCr-Frauen> [27.10.2015].

<http://www.spiegelgruppe.de/spiegelgruppe/home.nsf/Navigation/45CA3E395B329908C12573FC0038E5B2?OpenDocument> [16.10.2015].

<http://www.ursula-von-der-leyen.de/chronologie.html> [22.10.2015].

<http://www.welt.de/wirtschaft/article12800567/Fuer-mich-sind-Frauen-keine-schuetzenswerten-Wesen.html> [07.10.2015].

Anhang

Feinanalysierter Text

1 FOCUS Magazin | Nr. 3 (2013) von FOCUS-Redakteur Josef Seitz , FOCUS-
2 Redakteur Thomas Glöckner (Düsseldorf), FOCUS-Autorin Barbara Jung,
3 FOCUS-Redakteur Matthias Kowalski, FOCUS-Korrespondentin Ulrike
4 Plewnia, FOCUS-Redakteur Thomas Röll, FOCUS-Redakteur Jochen Schuster
5 und FOCUS-Redakteur Frank Thewes (Berlin)

6 Titel: „**Wir wollen keine Quote**“

7 **Diese Woche läuft eine Frist zum Einspruch gegen die Frauenquote ab. Die**
8 **meisten Deutschen lehnen diesen Staatseingriff ab. Doch für viele Frauen ist**
9 **ihr Nein zur Quote ein Tabu. Hier stehen Prominente zu ihrer Meinung.**

10 Eigentlich ist es ganz einfach. Nicht einmal Frauen, die eine Frauenquote
11 fordern, wollen im Erfolgsfall als Quotenfrau gelten. Noch entschiedener sind
12 viele der von FOCUS in der vergangenen Woche Befragten: „Quotenfrau“? Ein
13 Schimpfwort. Und tschüss, Quotilde!

14 Frauen möchten nicht an die Spitze gehätschelt werden. Selbstverständlich
15 erheben sie den Anspruch auf Erfolg. Aber: auf eigenen Erfolg – durch Leistung
16 und durch Persönlichkeit, durch Fähigkeit und durch Fleiß. Nicht durch die
17 Gnade eines zweiten X-Chromosoms im Erbgut.

18 „Die Frauenquote bedeutet für mich die Diskriminierung des weiblichen
19 Geschlechts“, befindet die Bundesvorsitzende der Jungen Unternehmer, Lencke
20 Wischhusen. CSU-Politikerin Dagmar Wöhlr bekräftigt: „Eine fähige Frau
21 braucht die Quote wie ein Walfisch eine Kapuze.“ Die Biologin Christiane
22 Nüsslein-Volhard, Nobelpreisträgerin 1995, zu FOCUS: „Eine Quote verletzt
23 die Würde der Frau. Denn jede Frau in einer Leitungsposition würde zur
24 Quotenfrau. Das ist ein Stigma, das sich auch durch hervorragende Leistungen
25 nicht tilgen lässt.“

26 **Eine exklusive FOCUS-Umfrage zeigt mit aktuellen Zahlen, wie gespalten**
27 **die Deutschen bei diesem Thema sind. Die Mehrheit, 52 Prozent, lehnt eine**

28 gesetzliche Frauenquote ab (ja: 44 Prozent). Selbst unter den Frauen überwiegen
29 mit 50 Prozent die Gegnerinnen (ja: 47 Prozent).

30 Dennoch ist das öffentliche Nein zur Quote ein Tabu. Viele der von FOCUS
31 befragten prominenten Frauen argumentierten im Gespräch bereitwillig, warum
32 sie gegen eine Frauenquote sind. Mit ihrem Namen und ihrem Gesicht zu ihrer
33 Meinung stehen wollten sie nicht.

34 Bis zum Dienstag dieser Woche können sich die europäischen Parlamente
35 äußern, ob sie eine einheitliche Quotenregelung für Europa wollen. EU-
36 Kommissarin Viviane Reding spricht von einer „Gesetzesinitiative zum
37 Niederschmettern der gläsernen Decke“ – jener gefühlten, aber nie sichtbaren
38 Barriere, die Frauen angeblich am Aufstieg hindert. In börsennotierten
39 Unternehmen sollen bis 2020 in den Aufsichtsräten 40 Prozent Frauen sitzen.
40 Wenn der Staat beherrschenden Einfluss ausübt, soll die 40-Prozent-Quote sogar
41 schon von 2018 an gelten. In Deutschland gibt es gerade in der CDU eine starke
42 Frauenfraktion, die auf eine gesetzliche Quote pocht, um verbindlich
43 vorzuschreiben, wie viele Führungspositionen Unternehmen an Frauen vergeben
44 müssen.

45 Die Argumente sind bekannt. Frauen machen 51 Prozent der deutschen
46 Bevölkerung aus und stellen 44 Prozent der Beschäftigten. Ihr Anteil an
47 Führungskräften beträgt aber 21,3 Prozent, in Dax-Vorständen sogar nur 7,8
48 Prozent. Wenn Talent und Potenziale aber gleichmäßig auf beide Geschlechter
49 verteilt sind, wenn Frauen nicht mehr nur gleich qualifiziert sind, sondern heute
50 die besseren Abschlüsse machen, warum sind sie dann nicht in den
51 Führungsetagen der Unternehmen zu finden?

52 **Dann müsse, wie das bei den Befürwortern heißt, „positiv diskriminiert“**
53 **werden.**

54 Im September 2012 plädierte der Bundesrat für die Einführung einer
55 gesetzlichen Frauenquote. Das von SPD und CDU bestimmte Land Berlin sagte
56 ja, auch die unionsgeführten Bundesländer Saarland und Sachsen-Anhalt – zum
57 Ärger der Bundeskanzlerin. Die reagiert und regiert nicht nur in der Finanzkrise
58 bei emotionalen Themen stets besonders rational.

59 Den Quotenbefürwortern in der eigenen Partei gönnt Merkel
60 Lippenbekenntnisse, mehr nicht. Die Wirtschaft habe die Frauen „sträflich
61 vernachlässigt“. Oder wie jüngst auf dem Parteitag: „Meine Geduld bei dem
62 Thema geht zu Ende.“ Offiziell unterstützt sie den Vorschlag der
63 Familienministerin Kristina Schröder (siehe Interview rechts), die auf die
64 Eigenverantwortung der Unternehmen setzt. Tatsächlich hält sich die Kanzlerin
65 beim Thema Quote bewusst zurück. Sie selbst hat es von „Kohls Mädchen“, das
66 der damalige Bundeskanzler gönnerhaft zur Frauenministerin emporgehoben
67 hatte, zur mächtigsten Frau der Welt gebracht – und zu einer der drei weiblichen
68 Führungskräfte unter 43 Regierungschefs Europas. Nebenbei: Das entspricht
69 einer Frauenquote von sieben Prozent.

70 In Deutschland geht die Politik mit Beispiel voran, ob es ein gutes ist, bleibt
71 abzuwarten. Als erste Partei haben die Grünen schon zu ihrer Gründung 1980
72 eine Frauenquote von 50 Prozent eingeführt.

73 Die SPD folgte fast zehn Jahre später mit 40 Prozent Frauen für Ämter und
74 Mandate. Die CDU rang sich 1996 zu einem Frauenquorum durch, nach dem ein
75 Drittel der Ämter weiblich besetzt werden soll. Die CSU überholte die
76 Schwesterpartei 2010 mit 40 Prozent.

77 **Seite 2: Viele Frauen benachteiligen sich selbst**

78 **Ist die Politik durch die Frauenquote fraulicher und fairer geworden?** Eine
79 Antwort gibt die Quote nicht. Sie belegt ein Problem, das auch aus der
80 Wirtschaft bekannt ist: Nicht die Frauen tun sich schwer. Die Mütter sind
81 benachteiligt. Der Anteil kinderloser Frauen im Parlament ist höher als in der
82 Bevölkerung, hat Hilke Brockmann festgestellt. Die Soziologin an der Bremer
83 Jacobs University vermutet eine „Selektion zu Gunsten von Politikerinnen im
84 heutigen Bundestag, die kaum Kinder haben“. Für die Mutter zweier Kinder gilt:
85 „Frauen werden benachteiligt, weil sie Kinder bekommen und betreuen. Eine
86 Frauenquote allein kann die Benachteiligung von Müttern nicht wirksam
87 verhindern.“

88 Verbessern außerhalb der Politik mehr Frauen die Qualität der Führung? Von
89 der ersten Frau im Vorstand der Allianz wollte ein Journalist 2012 wissen: „Was

90 ändert sich durch Sie im Vorstand?“ Helga Jung gab trocken zur Antwort: Der
91 Vorstandsvorsitzende eröffne die Sitzung nicht mehr mit „Good Morning,
92 Gentlemen!“.

93 **Soft Skills und freundlichere Umgangsformen dank mehr Frauen?**

94 Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen verbreitet gern die Behauptung,
95 dass „bekanntermaßen gemischte Teams erfolgreicher sind. Deshalb brauchen
96 wir in Deutschland eine Frauenquote.“ Allen Träumerinnen und Träumereien
97 von der besseren Welt, sobald sie von mehr Frauen geführt wird, erteilt Sonja
98 Sackmann eine Absage.

99 Die Professorin für Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität
100 der Bundeswehr München: „Es gibt noch keine mir bekannten
101 wissenschaftlichen Belege dafür, dass mehr Frauen in Führungspositionen die
102 Firmenkultur verändern. Wir forschen derzeit daran.“ Nach einigen früheren
103 Studien könnten Frauen als Führungskräfte gegenüber anderen Frauen durchaus
104 besonders fordernd auftreten: „Warum sollen die es leichter haben, als ich es
105 hatte?“

106 **Legitim ist es, wenn Frauen die Quote als persönlichen Karriereturbo** 107 **fordern.**

108 Nur: Eine Wirtschaft muss sie sich leisten können. Und: Eine Gesellschaft muss
109 es sich leisten wollen, dass der Staat in Lebensplanungen eingreift. Die DDR mit
110 ihrer Frauen-Beschäftigungsquote von knapp 50 Prozent galt als Paradebeispiel
111 für Gleichberechtigung. Zum Hort der Glückseligkeit hat es sie für wenige
112 Menschen gemacht. Auch für wenige Frauen.

113 Telekom-Chef René Obermann, verheiratet mit TV-Talkerin Maybrit Illner und
114 bis Ende 2013 Vorstandsvorsitzender, ist der prominenteste Verfechter der
115 Frauenquote in verantwortlicher Position. „Auf die Qualifikation von Frauen in
116 von Männern dominierten Positionen können wir nicht mehr verzichten“, hat er
117 2011 in einem Beitrag für FOCUS argumentiert.

118 Der Emanzipationsanspruch „Gleich“berechtigung war gestern. Die geplante
119 „positive Diskriminierung“ von heute bringt Unternehmen in Schwierigkeiten.

120 **Selbst der frauenfreundlichste Dax-Konzern Deutschlands**, so zumindest das
121 Bundesfamilienministerium, lehnt die Frauenquote ab. Für den Konsumgüter-
122 und Klebstoff-Hersteller Henkel sagt Aufsichtsratsvorsitzende Simone Bagel-
123 Trah: „Vielfalt macht ein Unternehmen stärker und wettbewerbsfähiger. Ich
124 finde aber den Weg dahin mit starren, vorgegebenen Quoten falsch.“

125 Die Autobauer Daimler und Ford ziehen sich auf den Begriff „Diversity“
126 zurück. Brigitte Kasztan, Diversity-Managerin bei Ford Europa, beschreibt ihr
127 Frauenproblem. Eine Frauenquote wäre schwierig, sagt die 53-Jährige, „da wir
128 dann gleichermaßen Quoten für Migrationshintergrund, Alter, Behinderung oder
129 sexuelle Orientierung schaffen müssten – um unserer weltweiten Philosophie
130 treu zu bleiben“.

131 **Wer ja sagt zur Frauenquote, sagt auch ja zur Schwulenquote**, heißt das im
132 Klartext. Und zwingt ordnungspolitisch Unternehmen in zu Recht private
133 Lebensbereiche.

134 Daimler beziffert den Anteil von Frauen in Führungspositionen mit zwölf
135 Prozent. Bis zum Jahr 2020 hat sich der Konzern vorgenommen, dass jede fünfte
136 leitende Position mit einer Frau besetzt ist – dabei liegt der Frauenanteil in der
137 Gesamtbelegschaft der Daimler AG bislang nur bei gut 14 Prozent. Womit auch
138 schon das Kernproblem umschrieben ist: zu wenige Mitarbeiterinnen, denen zu
139 viele Chefposten zugewiesen werden müssen?

140 „Frauen sind die Gewinner am Arbeitsmarkt“, fasste am Montag dieser Woche
141 das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) seine Forschungsergebnisse
142 zusammen. Nach den aktuellen Zahlen, die FOCUS vorab vorlagen, stieg die
143 Frauen-Erwerbsquote seit dem Jahr 2000 von 63 auf heute 72 Prozent. Wenn
144 trotzdem weniger Frauen in Führungspositionen ankommen, erklärt das die IW-
145 Arbeitsmarktforschung mit der „Art der gewählten Berufe und der
146 Teilzeitbeschäftigung im Anschluss an Babypausen“.

147 Tatsächlich weist die Studie nach, dass der Anteil junger Frauen, die ein
148 Studium in den sogenannten MINT-Fächern Mathematik, Informatik,
149 Naturwissenschaft und Technik aufnahmen, seit 2000 sogar um zwei Prozent
150 zurückging.

151 **Diese Frauen benachteiligen sich selbst.** Mehr als die Hälfte aller Manager in
152 der deutschen Industrie haben ein MINT-Fach studiert. „Unternehmen können
153 nicht dafür bestraft werden, dass sich Frauen entscheiden, ihre Erwerbsbiografie
154 zu unterbrechen oder wenig gefragte Fächer zu studieren“, erklärt IW-
155 Arbeitsmarktforscher Oliver Stettes.

156 Und wenn mit 22,3 Prozent fast jede vierte Frau gar nicht Vollzeit arbeiten will?
157 „Das ist ein Handicap, das schwer zu kompensieren ist. Führung in Teilzeit ist
158 die Ausnahme. Aus Sicht der Arbeitsmarktforschung trägt das Ehegattensplitting
159 mit Schuld daran, dass in Deutschland Frauen in Führungspositionen eher selten
160 sind.“

161 **Seite 3: Nur jede Fünfte ist bereit für den Karriere-Stress**

162 **Große Unterschiede anhand des kleinen Unterschieds** lassen sich schon an
163 den Universitäten erkennen. Bei einer Befragung unter 1200 Studierenden mit
164 einem Durchschnittsalter von 24 Jahren offenbarten die Frauen 2012 eine andere
165 Wertewelt.

166 Bei der Frage nach den „Anforderungen an einen guten Arbeitgeber“ nannten sie
167 an erster Stelle das „Betriebsklima“ (82 Prozent gegenüber 74 Prozent bei den
168 männlichen Kommilitonen). „Leistung und Erfolg“ sind 27 Prozent der Frauen
169 wichtig (gegenüber 36 Prozent). Die Frage „Möchtest du eine Führungsfunktion
170 einnehmen?“ beantworteten 77 Prozent der Männer mit Ja. Bei den weiblichen
171 Studierenden rangen sich nur 66 Prozent durch, dieses Ziel klar zu formulieren.

172 „Meines Erachtens haben manche Frauen einfach nicht ein so ausgeprägtes
173 Machtmotiv“, fasst Beate Schellenberger-Busch zusammen. Die Bereichsleiterin
174 der Unternehmensberatung Kienbaum Executive Consultants: „Das sollte
175 vorhanden sein, um in einer Top-Führungsposition nicht nur erfolgreich, sondern
176 auch glücklich zu sein.“ Sie habe Frauen gesprochen, sagt die Headhunterin, die
177 „die Quote als ein Gezogenwerden empfinden“.

178 Männer macht die Quote ohnehin nicht glücklich. „Gespräche mit jungen
179 männlichen Führungskräften signalisieren mir eindeutig steigenden Frust über
180 die Bevorzugung von Frauen“, sagt Norbert Abraham, Headhunter und Personal
181 Coach bei der Personalberatung Ingeniam in Frankfurt/Main. Er glaubt an eine

182 „Menge guter Frauen, die das Zeug zu Spitzen-Führungskräften haben“. Und
183 dennoch, stellt Abraham fest, „ist eine Frauenquote barer Unsinn“. Vor allem in
184 Männerdomänen wie Informatik und vielen Ingenieursbereichen sei das schon
185 „mathematisch kaum machbar“.

186 Noch weiter geht der Münchner Personalberater Dieter Rickert. Er sprach 2011
187 von einer „natürlichen Frauenquote“. Die liege bei sechs Prozent. Und er rechnet
188 vor, wie er zu diesem Ergebnis kommt: „Bei Aufnahme des Studiums sind zwar
189 rund die Hälfte aller Studenten weiblich, aber das Gros der Damen wählt Fächer,
190 die für eine Wirtschaftskarriere ausscheiden. Auf Grund der gewählten
191 Ausbildung stellen die Frauen allenfalls ein Drittel der Berufsanfänger, die eine
192 Chance haben, im Top-Management zu landen.“

193 Die Erfahrungen bei der Personalvermittlung sprächen dafür, dass nur jede
194 fünfte dieser Frauen bereit sei, sich den Stress einer Karriere bis nach ganz oben
195 anzutun. Personal-Mathematik nach Dieter Rickert: „20 Prozent von einem
196 Drittel machen eine natürliche Frauenquote von sechs Prozent. Das ist nicht weit
197 von den Ist-Verhältnissen entfernt, wenn man die obersten beiden
198 Führungsebenen betrachtet.“

199 **Kein Handlungsbedarf also für die Gleichberechtigung? Eben doch.** Nur
200 kann an dieser Stelle nicht Symbolpolitik genügen, die nichts kostet, weil die
201 Politiker die Last den Unternehmern zuschieben.

202 Quoten-Freundin Ursula von der Leyen hat schon 2008 den gesetzlichen
203 Anspruch auf Kinderbetreuung geschaffen. Von diesem Jahr 2013 an soll er
204 gelten für Kinder zwischen einem und drei Jahren. Es bleibt bisher beim
205 Versprechen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts fehlten noch im
206 vergangenen Jahr bundesweit 220 000 der geplanten 780 000 Kita-Plätze. So
207 spielen auch Frauen mit dem Potenzial zur Führungskraft mit ihren Kleinkindern
208 im Sandkasten – statt wirtschaftliche Sandkastenspiele in den Planungsstäben
209 der Weltmarktführer zu betreiben.

210 **„Eine Quote zum jetzigen Zeitpunkt wäre eher kontraproduktiv“**, sagt
211 Johanna Hey. Die Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität
212 Köln ist überzeugt, dass Frauen in den Führungsetagen unterrepräsentiert

213 bleiben werden, „solange sie Familie haben und sich nicht damit abfinden
214 wollen, die Kindererziehung komplett abzugeben“.

215 Viele der von FOCUS befragten Frauen bestehen auf dem Prinzip der Leistung.
216 „Weicht nie von diesem Prinzip ab“, fordert auch Nina Ruge, Moderatorin und
217 Partnerin des Vorstandsvorsitzenden der Linde AG, Wolfgang Reitzle. „Die
218 Quote ist ein Gewächs aus dem Vorgarten von Wolkenkuckucksheim“, sagt die
219 56-Jährige. „Zwingt die Unternehmen zu Familienförderung mit flexiblen
220 Arbeitszeiten, tollen Kindergärten und Krankenschwestern, die sich um kranke
221 Kinder kümmern. Aber: Lasst nur die Besten aufsteigen!“

222 Ähnlich denkt Marie-Christine Ostermann, Chefin des Mittelständlers Rullko:
223 „Wenn ein Unternehmen unabhängig vom Geschlecht nicht die besten
224 Mitarbeiter wählt, wird es irgendwann nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Ich
225 halte die Frauenquote für Schaufensterpolitik. Stattdessen müssen die
226 Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen verbessert werden, vor allem in der
227 Kinderbetreuung.

228 Die Geschichte kennt viele Beispiele, in denen Frauen die Familie der
229 Führungsposition opferten. Elizabeth I. von England heiratete nie, um ihre
230 Unabhängigkeit nicht aufzugeben. Katharina die Große von Russland fasste das
231 Thema Opfer noch weiter. Sie ließ ihren Gatten absetzen und ermorden.
232 Zumindest fehlte es ihr nicht am Willen zur Macht.

233 **Wunsch und Wirklichkeit:** 2011 haben sich die 30 Dax-Unternehmen
234 in einer gemeinsamen Erklärung mehr Chefinnen verordnet. Die
235 Maßnahmen reichen von flexiblen Arbeitszeiten über Mentoring bis zur
236 Zusammenarbeit mit Hochschulen.

237 **Seite 4: So äußern sich die Prominenten**

238 CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD, 70 BIOLOGIN UND
239 NOBELPREISTRÄGERIN »Eine Quote verletzt die Würde der Frau. Jede Frau
240 in einer Leitungsposition würde zur Quotenfrau«

241 MARIA HÖFL-RIESCH, 28 SKI-RENNLÄUFERIN »Können und Leistung
242 sollten entscheidend sein, nicht das Geschlecht«

243 SIMONE BAGEL-TRAH, 44 AUFSICHTSRATSCHEFIN HENKEL »Ein
244 Unternehmen kann durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen und
245 Vorbilder Vielfalt auch ohne starre Vorgaben erreichen«

246 DESIREE NOSBUSCH, 48 SCHAUSPIELERIN »Ich möchte mich niemals als
247 staatlich verordnete Frau fühlen«

248 ELKE STRATHMANN, 54 PERSONALVORSTAND CONTINENTAL »Eine
249 Quote erhöht nicht über Nacht den für uns wichtigen Frauenanteil in
250 naturwissenschaftlichen Studiengängen«

251 NINA RUGE, 56 TV-MODERATORIN »Viele Firmen fahren bereits effiziente
252 Programme zur Frauenförderung. Das wird Schule machen – ohne Zwang«

253 DAGMAR WÖHRL, 58 POLITIKERIN, CSU »Eine fähige Frau braucht die
254 Quote wie ein Walfisch eine Kapuze«

255 DANIELA WEBER-REY, 55 JURISTIN UND BERATERIN DER EU »Der
256 richtige Weg sind unternehmenseigene Ziele und die Schaffung von
257 Gruppendruck durch Transparenz«

258 JULIA FISCHER, 29 GEIGENSOLISTIN »Das viel gravierendere Problem ist
259 doch, dass Frauen für ihre Arbeit oft schlechter bezahlt werden«

260 CORA STEPHAN, 61 AUTORIN »Quote ist Quatsch. Statt auf Gender
261 Mainstreaming sollten wir uns auf Demografie und Konjunktur verlassen.
262 Frauen haben eine gute Verhandlungsposition«

263 GERTRUD HÖHLER, 72 POLITIKBERATERIN UND PUBLIZISTIN »Die
264 Quote richtet schon jetzt Schaden an. Nur um ihr zu entgehen, stellen Firmen
265 Frauen auf Positionen ein, denen sie nicht gewachsen sind«

266 SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER, 61 JUSTIZMINISTERIN,
267 FDP »Wir brauchen keine Quote, sondern bessere Bedingungen für die
268 Vereinbarkeit von Beruf und Familie«

269 JOHANNA HEY, 42 PROFESSORIN FÜR STEUERRECHT »Damit
270 wirklich mehr Frauen in Führungspositionen kommen, müssten sich
271 Managementstrukturen ändern«

- 272 REGINE STACHELHAUS, 57 PERSONALCHEFIN VON E.ON »Viel
273 wichtiger ist es, Frauen aus dem mittleren Management zu entwickeln, damit sie
274 für Top-Jobs in Frage kommen«
- 275 KATHARINA WAGNER, 34 LEITERIN DER BAYREUTHER FESTSPIELE
276 »Die Mädels meiner Generation haben eine solche Quote überhaupt nicht nötig.
277 Sie sind gut ausgebildet und tough im Job«
- 278 REGINA ZIEGLER, 68 FILMPRODUZENTIN »Eine Gesellschaft, in der nur
279 noch zählt, was man zählen kann, läuft in eine Sackgasse«
- 280 CATHARINA CRAMER, 34 GESCHÄFTSFÜHRERIN WARSTEINER
281 »Führungspositionen nach Neigung, Talent und Leistung zu besetzen, halte ich
282 für den richtigen Weg«
- 283 ELIZABETH HARRISON, 53 KLINIKCHEFIN IN MÜNCHEN »Wer möchte
284 schon als Quotenfrau belächelt werden?«
- 285 HUBERTINE UNDERBERG-RUDER, 50 UNTERNEHMERIN »Bei der
286 Zusammensetzung von Teams spielen viele Faktoren eine Rolle. Da die
287 Geschlechterfrage herauszugreifen erscheint mir eine nicht sinnvolle
288 Einengung«
- 289 VERONICA FERRES, 47 SCHAUSPIELERIN »Die Quote diskriminiert
290 Männer und würde uns Frauen eher schaden als nutzen«
- 291 HERGARD ROHWEDDER, 74 RECHTSANWÄLTIN »Die Quote öffnet
292 politisch Tür und Tor für Ansprüche aller denkbaren Minderheiten«
- 293 ANNETTE ROECKL, 45 UNTERNEHMERIN »Wir sollten lieber über
294 Arbeitszeitmodelle nachdenken, die es auch Müttern gestatten, ihren
295 Wunschberuf auszuüben«
- 296 INGEBORG NEUMANN, 55 VIZEPRÄSIDENTIN DES BDI »Das
297 Grundgesetz schützt die Entscheidungsfreiheit von Unternehmen«
- 298 ILSE AIGNER, 48 VERBRAUCHERMINISTERIN, CSU »In klassischen
299 Männerberufen können kleine Firmen verbindliche Quoten unmöglich erfüllen«

300 SIMONE THOMALLA, 47 »TATORT«-KOMMISSARIN »Die Quote
301 beschneidet die Freiheit der Firmen, Mitarbeiter einzustellen, die kompetent
302 sind«

303 WALTRAUD MEIER, 57 OPERNSÄNGERIN »Natürlich wäre es gut, wenn
304 Frauen leichter nach oben kämen. Aber solche Dinge muss man flexibel
305 handhaben«

306 BARBARA DENNERLEIN, 48 JAZZMUSIKERIN »In eine Big Band Frauen
307 per Quote reinzudrücken bringt nicht unbedingt einen guten Sound«

308 REGINA FELDMANN, 59 VORSTAND DER KASSENÄRZTLICHEN
309 BUNDESVEREINIGUNG »Auch ohne Quote können Frauen Karriere machen.
310 Ich habe Frauen oft zielgerichteter und pragmatischer als Männer erlebt«

311 LENCKE WISCHHUSEN, 27 BUNDESVORSITZENDE »JUNGE
312 UNTERNEHMER« »Die Frauenquote ist pure politische Ideologie. Wir
313 schaffen es auch ohne an die Spitze«

314 DANIELA ZIEGLER, 64 SCHAUSPIELERIN »Frauen können und sollen sich
315 anders die Geltung verschaffen, die ihnen zusteht. Gerade die Top-Frauen in der
316 Politik zeigen doch, dass es auch anders geht«

317 PETRA ROTH, 68 EX-OBERBÜRGERMEISTERIN VON FRANKFURT AM
318 MAIN, CDU »Auf vielen Feldern, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wird
319 doch händeringend nach weiblichen Chefs gesucht«

320 MARIE-CHRISTINE OSTERMANN, 35 UNTERNEHMERIN »Wenn ein
321 Unternehmen unabhängig vom Geschlecht nicht die besten Mitarbeiter wählt,
322 wird es irgendwann nicht mehr wettbewerbsfähig sein«

323 VERA LENGSELD, 60 POLITIKERIN, CDU »Die Quote zerstört die
324 Solidarität unter Frauen«

325 GABRIELE QUANDT, 60 VORSITZENDE DER HARALD QUANDT
326 HOLDING »Ich bin großer Fan von Frauen in Führungspositionen. Ich glaube
327 aber nicht, dass die Quote mehr Frauen dazu bringen wird, Führungsaufgaben zu
328 übernehmen«

Abbildungsverzeichnis



Abb.1

Quelle: <https://a248.e.akamai.net/f/248/4737/10/p5.focus.de/img/fotos/origs408160/6502307237-w1280-h480-o-q72-p4/focustitel03-13.jpg>

Abstract

Mit der Hegemonialwerdung des Neoliberalismus wurde das Markt-Prinzip auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft ausgedehnt. Um Erfolg zu haben, gilt es sich demnach stets an unternehmerischen Standards zu orientieren und gemäß diesen Anforderungen zu optimieren; alle sollen sich wie flexible, risikobereite und eigenverantwortliche Unternehmer_innen verhalten. Bei genauerer Betrachtung offenbart sich, dass die mit dieser, als allgemeines Leitbild etablierten Figur des „unternehmerischen Selbst“, in Verbindung gebrachten Eigenschaften, wie etwa „aktiv“ und „unabhängig“, in der westlichen Gesellschaft vorwiegend männlich konnotiert sind. Die vermeintlich geschlechtslose Konstruktion dieses „unternehmerischen Selbst“ steht daher im Widerspruch zur Subjektkonstitution in realen Gegebenheiten, in denen „Geschlecht“ eine nicht ausblendbare Rolle spielt. Ausgehend davon analysiert die vorliegende Arbeit den Diskurs um die Maßnahme der Frauenquote – welche wirtschaftspolitische und genderpolitische Interessen in sich vereint – anhand der Berichterstattung der Magazine „Der Spiegel“ und „Focus“, um zu untersuchen welche Subjektivierungsformen sich im Spannungsverhältnis zwischen – an alle als vermeintlich geschlechtslose Unternehmer_innen gerichteten – neoliberalen Anrufungen und gegebenen Geschlechterarrangements herausbilden. Es konnte dabei eine Subjektivierungsweise identifiziert werden, welche sich spezifisch an Frauen richtet und diese aufruft zu „Unternehmerinnen ihrer Selbst“ zu werden. Gemäß diesem Selbst sollen sie sich – um erfolgreich zu sein – der sozialen Norm fügen, unternehmerisch zu sein, also mit Eigenschaften punkten, welche typischerweise als „männliche“ konstruiert sind. Auf der anderen Seite sind es allerdings gerade die Frauen zugeschriebenen Qualitäten, wie etwa Soft Skills, welche auf ihren ökonomischen Nutzen hin überprüft werden und eine potentielle Berechtigung zum Aufstieg in gehobene Positionen darstellen. Unterworfen unter immer noch bestehende Festschreibungen der Geschlechterordnung, soll sich nun also auch die eigene Geschlechtsidentität, im Dienste des Erfolgs, flexibel den jeweiligen Anforderungen des Marktes anpassen.

With neoliberalism becoming hegemonial, the principles of the market were extended to all areas of life. To be successful it is therefore considered to orientate on entrepreneurial standards and optimize oneself corresponding to them; everyone is forced to act as a flexible, risk-taking and responsible entrepreneur. A closer look reveals that attributes

related to this leading figure of the “entrepreneurial self”, like active and independent, are mainly connoted as masculine in Western society. The assumed genderless construction of the "entrepreneurial self" is therefore contradictory to the constitution of subjects in real conditions, in which gender plays a significant role. On the basis of these assumptions the current thesis analyses the discourse about the quota for women – which unites economic-political interests and gender politics – in the reporting of the magazines “Der Spiegel” and “Focus”. This serves to explore which forms of subjectification develop in the tension between – to seemingly genderless entrepreneurs directed – neoliberal invocations and predominant gender relations. Thereby a mode of subjectification can be identified which invokes specifically women to become an “entrepreneurial self” themselves. According to this self they should - to be successful - adopt the social norm to act entrepreneurial and excel due to properties which are typically constructed as male. On the other hand qualities attributed particularly to women, such as soft skills, are checked for their economical benefits and represent a potential justification for promotion to senior positions. Submitted to existing codifications of gender order they should flexibly adapt even their own gender identity to the respective requirements of the market.

Lebenslauf

Vor- und Nachname Sonja Leithner

Schulbildung

2007 - 2009 Vienna Business School – kaufmännisches Kolleg

1998 - 2006 Bundesrealgymnasium, Wien

1994 - 1998 Volksschule, Wien

Universitäre Bildung

Oktober 2009 bis dato Studium der Psychologie (Universität Wien)

Oktober 2006 - Juni 2007 Studium der Kultur- und Sozialanthropologie
(Universität Wien)

Berufliche Tätigkeiten und Praktika

November 2012 bis dato BürgerInnenservice des Bundesministerium für
Verkehr, Innovation und Technologie, Wien,
Sachbearbeiterin

Jänner - Mai 2012 Praktikum im Nachbarschaftszentrum 6, Wiener
Hilfswerk, Wien

April - Mai 2011 Interviewtätigkeit für Telemark-Marketing, Wien

Februar - September 2010 Audio Media Digital GmbH, Wien, Büromitarbeiterin

August 2009 Praktikum in der Wirtschaftskammer Wien (Sparte
Tourismus und Freizeitwirtschaft), Wien

September 2006 Praktikum im Therapiezentrum Keil, Wien